

# offen-siv

---

**Zeitschrift für Sozialismus und Frieden**

**5-2019**

---

**Spendenempfehlung: 3,00 €**

## **Ausgabe September-Oktober 2019**

70. Jahrestag der Gründung der DDR.....	4
<i>Erich Buchholz: Wie kam es zur Gründung der DDR?.....</i>	4
<i>Gerhard Schiller: Die DDR war demokratisch legitimiert.....</i>	49
<i>KPD: Wissenschaftlich-strategische Konferenz zum 70. Jahrestag der Gründung der DDR, 5./6. Oktober 2019, Berlin....</i>	58
<i>Ideologische Kommission der KPD: Die von unserer Partei veranstaltete Konferenz zum 70. Jahrestag der Gründung der DDR am 5./6. Oktober 2019 in Berlin ist ausverkauft!.....</i>	61

Zu „fridays for futur“.....	61
<i>Fritz Dittmar: Zu Kubi: Irrationalismus und Klimaskepsis</i> .....	61
<i>Fidel Castro: Rede auf der Konferenz der Vereinten Nationen     über Umwelt und Entwicklung am 12. Juni 1992 in Rio de     Janeiro</i> .....	66
Zur Diskussion gestellt.....	67
<i>Michael Wassiljewitsch Popow: Lenins Linkskriterien</i> .....	67
<i>Sebastian Rostock und Nadezhda Syrkina: Lenins     Klassenmerkmale und der Weg zur klassenlosen Gesellschaft</i> ....	75
Berichte und Aufrufe.....	87
<i>Heinz Ahlreip: Ein Prozent</i> .....	87
<i>Kommunistischen Allunionspartei (Bolschewiki)–WKP (b):     Aufruf im Zusammenhang mit den Parlamentswahlen in der     Ukraine</i> .....	90
<i>Gesellschaft zur Rechtlichen und Humanitären Unterstützung:     Protest gegen Unrechtsakte der BRD-Justiz</i> .....	92
<i>Jürgen Geppert: Rede bei der Gedenkveranstaltung für Ernst     Thälmann und dem 50. Jahrestages des Bestehens der     Thälmann-Gedenkstätte Hamburg</i> .....	93
Fernstudium 2020-2021.....	96
Konzeption des marxistisch-leninistischen Fernstudiums von KPD und offen-siv, März 2020 – September 2021.....	96

## **Impressum**

### **offen-siv, Zeitschrift für Sozialismus und Frieden**

Herausgeber: Frank Flegel

Geschäftsführung, Redaktion, Satz, Herstellung, Schreibbüro: A. C. Heinrich und F. Flegel

Druck: Druckservice orbital, Rielasingen/Worblingen.

Bezugsweise: unentgeltlich, Spende ist erwünscht.

Adresse: Red. offen-siv, F. Flegel, Gerhart-Hauptmann-Str. 14, 37194 Bodenfelde-Wahmbeck,

Tel.u.Fax: 05572-999 22 42, Mail: [redaktion@offen-siv.com](mailto:redaktion@offen-siv.com), Homepage: [www.offen-siv.net](http://www.offen-siv.net)

#### Spendenkonto:

Konto Frank Flegel bei der Sparkasse Hannover, IBAN: DE10 2505 0180 0021 8272 49,

BIC: SPKHDE2HXXX; Kennwort Offensiv.

## Redaktionsnotiz

Am 7. Oktober jährt sich die Gründung der DDR zum 70. Male. Aus diesem Anlass findet neben einigen weiteren Festveranstaltungen die Konferenz der KPD statt „Die DDR – das neue Deutschland“. Sie ist seit fast vier Wochen ausverkauft, alle Eintrittskarten sind weg und wir haben leider trotz intensiven Bemühens keinen größeren Saal bekommen können. Weiteres dazu und auch zu der Absicht, einen Protokollband der Konferenz herauszubringen findet Ihr im Heft.

Wir haben aus Anlass des 70. Jahrestages der Gründung der DDR eine 45-seitige Arbeit von Erich Buchholz ins Heft aufgenommen. Es handelt sich um einen Nachdruck, denn wir haben diese Arbeit vor fünf Jahren bereits schon einmal veröffentlicht, dachten uns aber, dass es denjenigen, die damals bereits Abonnenten/innen waren, nicht schaden würde, sich diese Arbeit von Erich nochmal in Erinnerung zu rufen und vor allem halten wir eine Wiederveröffentlichung für all diejenigen, die seitdem neue Abonnenten/innen geworden sind, für gut und wichtig.

Danach kommt zum gleichen Thema ein guter Basisgenosse der SED zu Wort, der sehr persönlich seinen Weg zur SED und die Entwicklung der DDR nachzeichnet.

Des weiteren geht es in diesem Heft um „friday for futur“ und um Lenin und seine Aussagen und deren Bedeutung. Zusätzlich drucken wir einige Reden, Kommentare und Aufrufe.

Nun noch ein paar Bemerkungen zum marxistisch-leninistischen Fernstudium von KPD und offen-siv: Es wird ab März 2020 wieder mindestens einen Studiengang geben, eventuell auch zwei parallel laufende, das hängt von der Anzahl der Anmeldungen ab. Der Studiengang erstreckt sich über eineinhalb Jahre, der Tagungsort wird Hannover sein. Ihr findet die Konzeption und Seminarplanung am Ende dieses Heftes. Anmeldungen bitte an die Redaktion offen-siv (siehe Impressum).

Bitte denkt daran: die Zeitschrift offen-siv lebt allein von den Spenden ihrer Leserinnen und Leser.

### **Spendenkonto Offensiv:**

**Konto Frank Flegel bei der Sparkasse Hannover,  
IBAN: DE 10 2505 0180 0021 8272 49,  
BIC: SPKHDE2HXXX; Kennwort: Offensiv.**

## 70. Jahrestag der Gründung der DDR

### ***Erich Buchholz*<sup>1</sup>: Wie kam es zur Gründung der DDR?**

Liebe Leserin, lieber Leser!

Die DDR, die Deutsche Demokratische Republik, wurde nicht plötzlich, aus „heiterem Himmel“ heraus gegründet.

Diesem Ereignis ging ein längerer, sich über drei bis vier Jahre erstreckender Zeitraum mit scharfen Auseinandersetzungen zwischen „Ost“ und „West“ voraus.

Eine wesentliche Rolle spielte dabei Berlin als ehemalige Reichshauptstadt, genauer die Situation und Entwicklung in Berlin. Dort hatten nämlich alle vier Alliierten (mit eigenen militärischen Verbänden) „Platz genommen“. Obzwar sie gemäß den Vereinbarungen Berlin gemeinsam „verwalten“ sollten, war jedem dieser vier Alliierten ein eigener „Sektor“ zugeteilt. So gab es einen us-amerikanischen, einen britischen und einen französischen Sektor im Westen Berlins und einen sowjetischen Sektor in Ostberlin.

Obwohl die Repräsentanten der Sowjetunion, der USA und Großbritanniens im Potsdamer Abkommen noch eine gemeinsame völkerrechtliche Vereinbarung über das Schicksal und die Zukunft Deutschlands beschlossen hatten, ergaben sich im Alltag der vier Besatzungen recht bald zunehmend Differenzen. Das Schicksal Berlins erwies sich zunehmend als „Muster“, als Vorstufe der Entwicklung in ganz Deutschland, also seiner Spaltung.

---

<sup>1</sup> Erich Buchholz, Jahrgang 1927, ist 1946 - unmittelbar nach dem Zusammenschluss von KPD und SPD zur SED - in die SED eingetreten und hatte im Laufe der Jahre unterschiedliche Parteifunktionen zu erfüllen. Erich Buchholz war lange Jahre Ordinarius für Strafrecht an der Humboldt-Universität in Berlin (DDR). Er hatte verschiedene Funktionen an der Universität inne, so war er Dekan und u.a. Vorsitzender eines Beirates, der für die juristische Ausbildung in der DDR federführend war. In seiner Funktion als 'Strafrechtler' hat er an vielen internationalen Veranstaltungen und Konferenzen teilgenommen - z.T. wissenschaftlicher Art, z.T. im Auftrag der DDR-Regierung oder der UNO.

Nach der Konterrevolution war er als Anwalt in der Strafverteidigung tätig.

Deshalb sah ich mich veranlasst, dem Prozess der Spaltung Berlins in dieser Schrift besonderen Raum zu geben – zumal ich hier vieles „vor Ort“ ganz unmittelbar persönlich erlebte. Wen das nicht oder nicht so sehr interessiert, mag die Passagen über Berlin überspringen.

Nach einer knappen Einleitung zur DDR und den Abschnitten über Berlin folgen dann Bemerkungen zur Entstehung des Grundgesetzes, zum „ersten Gesicht“ der BRD (unter der Überschrift „Adenauers BRD“) und zur Schaffung des westdeutschen Teilstaates, der BRD, um dann die aus dieser Situation gezwungenermaßen vorgenommene Gründung der DDR zu behandeln.

## Ein Wort zur DDR

Die DDR war zweifellos der einzige deutsche Friedensstaat. Von ihm wurden **keine kriegerischen Einsätze** im Ausland betrieben.

Er betrieb mit den seine Politik maßgebend bestimmenden bewährten und ausgewiesenen Antifaschisten von Anfang an eine Politik der Ausrottung des Faschismus und seiner Ideologie sowie der konsequenten Verfolgung der Nazi- und Kriegsverbrecher.

Bedeutendes vermochte er auf dem Gebiet der Sozialpolitik und des Bildungswesens zu leisten: Arbeitslosigkeit und Niedriglöhne gab es nicht. Alle Schulen und Universitäten wurden für bis dahin benachteiligte soziale Schichten des Volkes geöffnet.

Überhaupt enthielten alle Verfassungen der DDR, besonders die durch einen Volksentscheid angenommen von 1968 nicht nur die traditionellen Menschenrechte, die politischen und Bürgerrechte, wie sie auch im GG der BRD ihren Platz haben, sondern , im Gegensatz zum GG der BRD, dem soziale Menschenrechte fremd sind, **alle sozialen und kulturellen Menschenrechte**, wie das Recht auf Arbeit, das Recht auf (unentgeltliche) schulische und berufliche Bildung einschließlich der Hochschulbildung, das Recht auf unentgeltlichen medizinischen Versorgung bei Krankheit und Berufsunfähigkeit und alle anderen sozialen und kulturellen Menschenrechte

Darüber wäre an anderer Stelle Näheres und begründetes darzustellen.<sup>2</sup>

---

<sup>2</sup> Im Einzelnen habe ich in meinem Buch „Rechtsgewinne? Welche Rechte gewannen die DDR-Bürger durch den Beitritt? Haben sie Rechte verloren?“ Verlag Wiljo Heinen, 2010 die Rechtslage genau untersucht und gelang zu dem Ergebnis, dass die DDR-Bürger durch den Beitritt keine Rechte gewannen, aber in riesigem Umfang Rechte verloren, die finanziell gesehen, riesige Einbußen für den Einzelnen und noch weit größere für alle DDR-Bürger mit sich brachten und immer weiter bringen.

In dieser Schrift beschränke ich mich auf die Beantwortung der im Titel gestellten Frage: **Wie kam es zur Gründung der Deutschen Demokratischen Republik, der DDR, am 7. Oktober 1949.**

Die überwiegende Mehrzahl derer, die heute in diesem Lande leben, hat von diesem Vorgang keine unmittelbare, namentlich keine persönliche Kenntnis. Sie sind auf das angewiesen, was sie von ihren Eltern, in der Schule oder sonstwo erfahren und erfahren.

Wer, wie ich, nun inzwischen seit einiger Zeit im vierten deutschen Staat lebt, weiß, dass und wie diejenigen, die durch ihre Herrschaft über Medien und andere die Meinung der Bürger beeinflussenden Instrumente verfügen, diejenigen, die also das jeweilige Meinungsmonopol besitzen, die **Geschichte** aus ihrer Sicht **umschreiben**.

Auch der bekannte Slogan „Fakten, Fakten, Fakten“, der so auf die Wahrheit ausgerichtet erscheint, ist trügerisch. Denn es kommt immer auf den Zusammenhang, die Gründe und Hintergründe des Zustandekommens dieser Fakten an.

Die Tatsache, dass Menschen durch Polizeigewalt oder Ähnliches an Grenzen ums Leben kommen, so früher an der Grenze zu Holland oder an der innerdeutschen oder wie jüngstens im Mittelmeer vor der Grenze Italiens, besagt noch nicht viel. Es bedarf der Kenntnis der Zusammenhänge, Gründe und Hintergründe des Zustandekommens der jeweiligen „Fakten“, um sie beurteilen zu können.

Als Strafrechtler darf ich zur Illustration solcher Zusammenhänge darauf hinweisen, dass nicht jede vorsätzliche Tötung eines Menschen krimineller Mord oder Totschlag ist. Wer - was nicht selten verkannt wird - aus Notwehr handelt oder aus einem anderen gesetzlichen Rechtfertigungsgrund heraus einen Menschen tötete, begeht keine Straftat und darf daher nicht verfolgt und bestraft werden.

Zur begründeten Beantwortung der in der Überschrift gestellten Frage sehe ich mich nicht zuletzt deshalb im Stande, weil ich nicht nur über die gängigen Dokumente verfüge, sondern vor allem deshalb, weil ich in Berlin, damals vor allem in Westberlin, vieles unmittelbar erlebt habe, was mit dem Thema zusammenhängt. Ich verfüge nicht nur über die jeweils maßgeblichen Dokumente, sondern über meine eigene Erfahrung und meine eigenen Erlebnisse.

Das Thema hat – wie unschwer erkennbar – etwas mit der **Spaltung Deutschlands** zu tun.

Wie und wann nahm sie definitive Formen an?

Wer hatte welches Interesse an einer Spaltung Deutschlands?

## Schritte zur staatlichen Spaltung Deutschlands und zur Gründung der DDR

Die maßgebliche erste Station des Weges, der dann auch zur Gründung unserer DDR führte, habe ich unmittelbar, buchstäblich mit meinen Händen erlebt:

Ich meine die **separate Währungsreform** vom Sonntag, dem 20. Juni 1948. An diesem Tage war ich als Dienstanwärter im Bezirksamt Tiergarten in Westberlin zum Geldumtausch eingesetzt worden. Bevor ich die ersten - dem Dollar ähnlich sehenden - neuen Banknoten ausgab, las ich auf den Banderolen ein Datum: **17. Nov. 1947!!!**

Ein paar Worte zu mir: Ich war 1927 im Krankenhaus Moabit zur Welt gekommen und hatte dann meine Kindheit und Jugendzeit in Moabit, im Stadtbezirk Berlin Tiergarten verlebt zwischen den S-Bahnhöfen Putlitzstrasse und Bellevue, zwischen der Kaserne in der Rathenowerstraße und der Beusselstraße. Wir kannten den Großen Tiergarten, den Grunewald mit dem Freibad Wannsee, und natürlich auch den Dom mit dem im 2. Weltkrieg total zerstörten kaiserlichen Stadtschloss und den Alexanderplatz.

Um meine in den letzten Kriegstagen in Halbe erlittene Verwundung (Granatsplitter) überhaupt medizinisch behandeln zu lassen, erhielt ich, da ich mich angesichts der „irren“ Lage im Kessel von Halbe in sowjetische Kriegsgefangenschaft begeben hatte und schließlich in dem heillos überfüllten „Lazarett“ Teupitz gelandet war, unter dem Datum vom 12. Mai 1945 vom örtlichen russischen Feldkommandanten den Befehl, mich nach meinem Heimatort Berlin zu begeben. Dorthin bewegte ich mich befehls-gemäß ohne Bewachung. So war ich bereits Mitte Mai wieder zu Hause.

Anfang August las ich, wie andere Berliner auch, erstmals den Text des von den Alliierten (USA, Großbritannien und UdSSR) verabschiedeten „Potsdamer Abkommens“ vom 3.8.1945, dem Frankreich, bei den Verhandlungen nicht dabei, als vierter Allii-erter in allen Punkten zustimmte.

Dank meines Vaters und aufgrund vieler eigener Eindrücke und Erfahrungen war ich zunehmend zu einem überzeugten Gegner des Naziregimes geworden und sah mich deshalb nicht als von den Alliierten besiegt, sondern als von der Verbrecherbande Hitlers befreit.

Ich las das Abkommen mit diesen Augen.

„Es ist nicht die Absicht der Alliierte, das deutsche Volk zu vernichten oder zu ver-skla-ven.“

**Also doch kein Morgenthauplan**, der einen sich über Jahrzehnte hinziehenden Ge-nozid am deutschen Volk durch Entmannung aller Männer vorsah - wie es uns 1944

die Nazis, um den Kampfeswillen der Deutschen zu stärken, zur Kenntnis gebracht hatten.

Ich las weiter: „Die Alliierten wollen dem deutschen Volk die Möglichkeit geben, sich darauf vorzubereiten, sein Leben auf einer demokratischen und friedliebenden Grundlage von neuem wieder aufzubauen.“

Weiter war vorgesehen: Die völlige Abrüstung und Entmilitarisierung Deutschlands, die Vernichtung der Nazipartei, der NSDAP, mit allen ihren Gliederungen. Die endgültige Umgestaltung des deutschen politischen Lebens auf demokratischer Grundlage, die Aufhebung aller nazistischen Gesetze Die Verhaftung der Kriegsverbrecher und aller Mitschuldigen, um sie dem Gericht zu übergeben. Die demokratische Umgestaltung des Erziehungswesens, des Gerichtswesen und der Verwaltung und dem gemäß die Entfernung aller Nazis aus diesen Institutionen

Weiter las ich: „**Während der Besatzungszeit ist Deutschland als eine wirtschaftliche Einheit zu betrachten**“. Und: „Die höchste Regierungsgewalt in Deutschland wird durch die Oberbefehlshaber der Streitkräfte der vier Alliierten ausgeübt“ und hierfür ein alliierter Kontrollrat gebildet

Ich war sehr beruhigt, zumal ich, wie mein Vater, vor allem den Worten Roosevelts traute und hoffte, dass auch Churchill in seinem Sinne handeln würde (Stalin war für mich kein Begriff!). Indessen unterzeichneten statt Roosevelt Truman und statt Churchill Attlee dieses völkerrechtliche Abkommen, das durch die Konferenzen von Teheran und Jalta konzeptionell vorbereitet worden war, die Ergebnisse dieser Konferenzen spezifizierte und konkretisiert.

Als ich am 20.Juni 1948 in meinem Stadtbezirk diese separate Währungsreform praktisch durchzuführen hatte, kamen mir diese Worte des von mir später immer wieder gelesenen Potsdamer Abkommens in den Sinn:

**Während der Besatzungszeit ist Deutschland als eine wirtschaftliche Einheit zu betrachten!**

Die neuen Banknoten waren nach dem Datum auf den Banderolen somit bereits **ein halbes Jahr vor der Ausführung der separaten Währungsreform in den USA gedruckt** worden. Dem waren - vorstellbar - **über Monate die politischen Planungen zu dieser bis zum letzten Augenblick geheim gehaltenen Aktion vorangegangen** - und das in einer Zeit, in der die vier Besatzungsmächte über die dringend notwendige **gesamtdeutsche** Währungsreform verhandelten!

Diese von den USA insgeheim vorbereitete separate Währungsreform war **ein offener und offensichtlicher Bruch des Potsdamer Abkommens, des maßgeblichen völ-**



**kerrechtlichen Dokuments für die Nachkriegs-Zukunft Deutschlands durch die USA** und die anderen westlichen Besatzungsmächte.

Es war ein besonders krasser Schritt zur Einbeziehung der Westzonen in die Welt-herrschaftsvorhaben der USA, so dann später unmittelbar in die NATO. Da diese separate Währungsreform der USA in jenen Monaten vorbereitet und dann ausgeführt wurde, als die Außenminister der Alliierten das wahrlich komplizierte Problem einer objektiv dringenden Währungsreform gemeinsam berieten, beraten hatten, beweist das Verhalten der USA zu ihrem östlichen Alliierten und Vertragspartner eine beispiellose Heimtücke und Bösartigkeit.

Die eigenwillige Aktion der USA war ein hinterhältiges, vertragsbrüchiges, **feindseliges** Unternehmen, ein Bestandteil des von den USA mit dem durch nichts zu rechtfertigenden Abwurf der ersten Atombomben auf die japanischen Städte Hiroshima und Nagasaki eingeleiteten „**Kalten Krieges**“.

Es war de facto die Aufkündigung des Potsdamer Abkommens und aller damit verbundene Vereinbarungen seitens der USA.

Nur: Eigentlich und letztlich wollten, ja mussten sie formell an diesem Ankommen festhalten. Denn nur unter dieser Voraussetzung gab es für sie einen Rechtsgrund für ihre Anwesenheit in Westdeutschland und in Berlin. Dort krallten sie sich mit Klauen und Zähnen fest.

Was bedeutete diese Währungsreform für Westdeutschland?

Die westdeutschen Länder wurden durch diese ihnen auferlegte neue, der US-Währung nahe Währung **in das westliche Währungssystem einbezogen**, besonders in das der USA.

So konnten die USA nicht nur auf die Währung, sondern vor allem auf die Wirtschaft in Westdeutschland Einfluss nehmen. Besonders deutlich trat dies in der „**Marshallplan-Hilfe**“ in Erscheinung, mit der westdeutsche Unternehmen, vornehmlich die großen, nicht nur mit Kapital versorgt wurden, sodass der in den westdeutschen Ländern weitgehend unberührt fortbestehende Kapitalismus sich alsbald enorm entfalten konnte.

Wir erlebten eine Restauration des westdeutschen Kapitalismus sondergleichen, zumal die Umtauschquoten und Relationen des Geldumtausches **für die Wirtschaft günstig waren und nicht für die „kleinen Leute**“.

Die Bürger der westdeutschen Länder, die die Zusammenhänge nicht durchschauten, erfreuten sich des größeren Warenangebots, das sich statistisch in außergewöhnlich hohen Zuwächsen der jährlichen individuellen Konsumtion in den 50er Jahren von

über 7 % (!) reflektierte, was ihnen als „Wirtschaftswunder“ suggeriert wurde, zumal die westlichen Schaufenster gegenüber dem spärlichen und noch lange Zeit durch Rationierung beschränkten Warenangebots in Ostdeutschland besonders auffielen.

Damals ahnte kaum jemand, dass diese eigentlich irrealen Prozente als bald nach unten, auf unter 0%, korrigiert werden mussten.

Aber was bedeutete diese urplötzlich durchgeführte, separate Währungsreform für die Wirtschaft **Ostdeutschlands**, der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ)?

Unabhängig von der ökonomischen Situation dieser Wirtschaft bewirkte eine solche von heute auf morgen plötzlich eingeführte neue Währung, dass das „alte Geld“, die Reichsmark (RM), ihre Geltung – jedenfalls im Währungsgebiet der neuen Währung – verlor, es aber im Gebiet der SBZ - zunächst - weiter fort galt und im Umlauf blieb.

Ummengen alten, eigentlich wertlosen Geldes wurden aus dem Westen in den Osten, die SBZ, verbracht, geschmuggelt, was eine gefährliche **Inflation** in Ostdeutschland hätte bewirken können – wenn nicht die Besatzungsmacht in der SBZ in aller Eile als eine **Notmaßnahme** in einer besonderen provisorischen „Währungsreform“ hätte ein „Notgeld“ in Umlauf bringen lassen. Dieses Notgeld war die „Tapetenmark“, nämlich alte Geldscheine mit aufgeklebtem kleinen Papier wie Briefmarken. Sie wurden den Bürgern der SBZ in einem sozialen Umtauschsystem ausgehändigt.

Was bedeutete diese separate Währungsreform für uns Deutsche?

Für uns Deutsche war diese separate Währungsreform **die Spaltung unseres Landes**. Denn die Spaltung einer Währung ist die Spaltung der Wirtschaft. Die Spaltung der Wirtschaft aber war - und ist überall - die Spaltung der Gesellschaft des jeweiligen Landes.

Immer und überall folgt die Politik der Ökonomie.

Aber wir alle - in Ost und West - wollten keine Spaltung Deutschlands, wir wollten die **Einheit Deutschlands**. **Wir wollten sie erhalten** - und später, als die Spaltung feste Formen angenommen hatte, **wiederhergestellt haben**. Das Streben nach Erhaltung eines einheitlichen, aber anderen, nämlich friedliebenden antifaschistischen demokratischen Deutschlands war in Ost und West sehr stark ausgeprägt.

Deshalb fand die bereits 1946 eröffnete Diskussion um eine entsprechende **Verfassung für ganz Deutschland** überall großen Widerhall. Vorstellungen zu Inhalten und Bestimmungen einer solchen Verfassung für ganz Deutschland finden sich demgemäß in den 1946/47 verabschiedeten **Länderverfassungen** in Ost und West

Das wussten auch die USA. Aber - wie auch sonst in der Nachkriegsgeschichte - kümmerten sie sich **niemals** um die Wünsche und Hoffnungen der Völker, der Menschen.

An dieser Stelle ist es geboten, daran zu erinnern, dass die Sowjetunion – im Gegensatz zur USA und den anderen westlichen Besatzungsmächten – **zu keiner Zeit an einer Spaltung oder Teilung Deutschlands interessiert** war oder nur an eine solche gedacht hatte .

Sie erkannte, dass die von den USA im Sommer 1948 eigenmächtig vollzogene separate Währungsreform auch eine weitere **Spaltung Europas** beförderte.

## **Stalin wollte ein anderes Europa!**

So lautet der Titel des von Wladimir K. Wolkow im Verlag edition ost im Jahre 2003 verfassten Buches, das Moskaus Außenpolitik in den Jahren 1940 bis 1968 – gestützt auf entscheidende Dokumente – untersucht.

Die Sowjetunion wollte für sich und seine Bürger endlich einen gesicherten Frieden haben.

Dem entsprach der Wunsch nach einem friedliebenden entmilitarisierten demokratischen geeinten Deutschland, mit einer **Neutralität**, wie sie Österreich erlangen konnte.

Darum ging es Stalin.

Deshalb hatte die Sowjetische Besatzungsmacht in ihrer Besatzungszone keinen Aufbau des Sozialismus gefordert oder gefördert.

In der DDR ging es - zum Zwecke der Überwindung alles Faschistischen - um die Entwicklung einer **antifaschistisch-demokratischen Ordnung**.

Ich erinnere mich eines Gesprächs im Sommer 1949 in der Humboldt-Universität mit einer Vertreterin der Sowjetischen Besatzungsmacht,(SMAD), die für Universitäten zuständig war, in dem sie sehr nachdrücklich forderte, nichts zu forcieren, im Rahmen der antifaschistisch-demokratischen Ordnung zu bleiben und - im Unterschied zu den Volksdemokratien in Osteuropa - keinen Kurs auf die Schaffung einer sozialistischen Gesellschaft zu nehmen. Das erfuhr ich damals auch in vielen anderen Zusammenhängen.

Bekanntlich hat **erst** die II. Parteikonferenz der SED am 9. Juli **1952** - aus hier nicht näher zu erörternden Gründen - beschlossen, in der DDR die Grundlagen des Sozialismus, noch nicht den Sozialismus zu schaffen.

## Die Vorbereitung der Spaltung Berlins

Bevor wir den hier abzubrechenden Faden bis zur Bildung des westdeutschen Separatstaats und dann zur Gründung der DDR wieder aufnehmen, ist es unerlässlich, auf die **Spaltung Berlins** einzugehen.

Denn Berlin war die Hauptstadt des von den vier Alliierten besiegten faschistischen deutschen Staates und sollte - nach ihren im Potsdamer Abkommen fixierten Vorstellungen - auch die **Hauptstadt eines künftigen friedliebenden demokratischen Deutschland** werden, mit dem ein Friedensvertrag abzuschließen sein würde, und das dann auch Mitglied der Vereinten Nationen (UN) sollte werden können.

Bekanntlich wurden die beiden deutschen Staaten am 18. September 1973 gleichzeitig per Akklamation und unter allgemeinem Beifall in diese Organisation aufgenommen, aber einen **Friedensvertrag mit Deutschland** gibt es bis heute ebenso wenig wie eine im Art. 146 GG nach wie vor vorgesehene ordentliche, durch **Volksentscheid angenommene Verfassung** dieser BRD.

In dem vorstehend gekennzeichneten Sinne der Rolle der deutschen Hauptstadt Berlin hatten die vier Alliierten Berlin als Sitz des Alliierten Kontrollrats und anderer Gremien der Besatzungsmächte ausersehen

Wir untersuchen daher jetzt zunächst **Schritte zur Spaltung Berlins**

### Schritte zur Spaltung Berlins

Eine erste Frage lautet:

Wie waren denn eigentlich die Truppen der westlichen Besatzungsmächte nach Berlin gekommen?

Die Befreiung der Reichshauptstadt von den Nazis und ihrem Militär wurde **ausschließlich durch die Rote Armee** erreicht.

Als ich Mitte Mai 1945 wieder nach Hause gekommen war, begegneten uns auf den Straßen und Plätzen über Monate nur Rotarmistinnen und Rotarmisten!

Eines Tages im August, als ich im Tiergarten Kräuter wie Melde als Ersatz für Spinat sammelte, hörte ich mir fremde Laute und Töne. Bei näherem Hinsehen wurde mir klar, dass die US-Army auf der Ost-West-Achse (die später in „Straße des 17. Juni“(!) umbenannt wurde) paradierte und so - ohne Publikum - ihre Anwesenheit in Berlin, in Westberlin, vorführte.

Was war geschehen? Am 3. Juli 1945 hatten Amerikaner und Britten – gemäß der Vereinbarung zwischen den vier Alliierten - ihre Sektoren Berlins in Besitz genom-

men. Die Franzosen, die so schnell noch nicht auf ihre Aufgaben als vierte Besatzungsmacht eingerichtet waren, kamen erst am 12. August nach Berlin. Zu den Offizieren dieser Besatzungsmacht gehörten auch solche, die in der Resistance gegen die Nazis gekämpft hatten, darunter nicht wenige Kommunisten (sie wurden später ausgewechselt)

Jedenfalls benahm sich der US-amerikanische Kommandant nach Gutsbesitzermanier und machte, unbeschadet dessen, dass ganz Berlin von **einer** Alliierten Kommandantur zu verwalten war, vieles von dem, was die Rote Armee zunächst für ganz Berlin wiederhergestellt oder zum Zwecke der Überwindung des Nazismus eingeführt hatte, rückgängig. Das betraf auch die Berliner Justiz, worauf später einzugehen sein wird.

Jedenfalls regierten von nun an in den westlichen Sektoren Befehlshaber im Einklang mit den westlichen Zonenbefehlshabern auf Weisungen ihrer Regierungen!

Für uns Berliner wurde immer deutlicher, dass die Politik und Entwicklung in den vier Besatzungszonen - entsprechend in den vier Sektoren Berlins - **zunehmend unterschiedlich** verlief. Das betraf vor allem die konsequente Entnazifizierung und die strafrechtliche Verfolgung von Nazi- und Kriegsverbrechern,

In den Ländern der sowjetischen Besatzungszone wurden – im Lande Sachsen durch Volksentscheid, in den anderen durch Gesetze der Landesparlamente – die Nazi- und Kriegsverbrecher (die ja vor allem die Kriegsgewinnler waren) enteignet, wodurch ihnen die ökonomische Grundlage ihres verbrecherischen Wirkens entzogen wurde. Das war ein Akt, um die Wurzeln des deutschen Faschismus auszurotten.

In diesen Ländern, teilweise auch in Berlin, wurden weiterhin im Sinne der konsequenten Entnazifizierung gemäß dem Potsdamer Abkommen neue antifaschistische Kräfte für die Schulen, für die Verwaltung und die Justiz gefunden und ausgebildet. (Ich nenne nur die Neulehrer- und Volksrichterausbildung). Wie notwenig eine solche Auswechslung des Personals von Schulen, Verwaltung und Justiz war, erlebte ich - wiederum -, ganz persönlich. Da mein Reifevermerk vom März 1945 für das von mir erstrebte juristische Studium – im nachhinein ! – nicht anerkannt wurde, hatte ich mein Abitur nachzuholen. Als Lehrer standen uns vielfach dieselben zur Verfügung, die wir in der Nazizeit hatten. Einer von ihnen, der sich uns über Jahre als ein ganz scharfer Nazi ausgewiesen hatte, kam eines Tages auf mich zu mit den Worten: „Sie wissen doch, dass ich schon immer dagegen gewesen war!“ – er, ausgerechnet er, meinte, gegen die Nazis gewesen zu sein! Das war gelogen,

Aber es offenbarte eine Erfahrung, die wir damals nur zu oft hatten machen müssen: **Viele Nazis wollten plötzlich keine gewesen sein!** Auch aus dieser ganz persönlichen Erfahrung erkannte ich, wie gut, richtig, ja notwendig es war, das Nazipersonal

auszuwechseln und durch neue nazistisch nicht belastete Personen, möglichst Antifaschisten, zu ersetzen.

Denn Mathematik und Physik, auch Rechtskunde konnte man - über die Zeit und mit Geduld - erlernen. Aber **Überzeugungen**, besonders politische, nazistische, deren Elemente, wie Nationalismus, Rassismus, Antisemitismus, Antisozialismus, erst recht Antikommunismus, und Militarismus, vielen Deutschen über Jahrzehnte eingepflicht worden waren, lassen sich nicht abstreifen wie ein altes Kleidungsstück.

Auch in der Folgezeit fand ich mich immer wieder – besonders im Justizwesen der DDR – darin bestätigt, dass es in Ostdeutschland, dann in der DDR, gut und richtig gewesen war, das Personal, vor allem Richter und Staatsanwälte, auszutauschen: So wurden in Ostdeutschland etwa 90% der Richter und Staatsanwälte aus der überkommenen Justiz **entfernt**, während in Westdeutschland etwa 90% **übernommen** wurden! Das führte dort u. a. dazu, dass in einigen westdeutschen Gerichten mehr ehemalige Mitglieder der NSDAP ihren Dienst versahen (also hitlertreu fortsetzen), als solche vor 1945 an diesen Gerichten tätig gewesen waren!

Es ist unbestritten, dass im Gegensatz zu den konsequenten Entnazifizierungsmaßnahmen in Ostdeutschland die Entnazifizierung in den westlichen Besatzungszonen vielfach halbherzig oder schleppend betrieben wurde. Die entsprechenden Bestimmungen des Potsdamer Abkommens waren sehr bald in Vergessenheit geraten.

Demgegenüber lehnte sich im sowjetischen Sektor Berlins (in Ostberlin) die gebotene gesellschaftliche Entwicklung, vor allem hinsichtlich Entnazifizierung und Überwindung der Wurzeln des deutschen Faschismus, an die Umwälzungen in der sowjetischen Besatzungszone, in den ostdeutschen Ländern, an. Deshalb war es damals alsbald allgemein bekannt, dass Nazis oder sonst belastete Personen, besonders, wenn sie damit rechnen mussten, dass ihnen Kriegsverbrechen oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit vorgeworfen werden, gut daran taten, in den „Westen“ zu gehen und womöglich über die „Rattenlinie“ mit Hilfe des Vatikans sich ins Ausland, so nach Südamerika, besonders Argentinien, abzusetzen.

Sehr anschaulich erlebte, vernahm, sah und hörte ich als damaliger Westberliner die unterschiedliche geistige Entwicklung bereits im Verlaufe des Jahres 1946: In Medien, auf der Straße und anderswo vernahm ich denselben Jargon, dasselbe Vokabular, das ich bis zum Mai 1945 anhören musste, vor allem Antisowjetismus und Antikommunismus. Nur das Hakenkreuz, das „Braunhemd“, den „Hitlergruß“, die Worte „Parteigenosse“ und „Volksgenosse“ unterließ man. Ich spürte in meinem ganzen Körper: Es hatte sich seit der militärischen Niederschlagung des Hitlerfaschismus in den Köpfen dieser Deutschen nichts oder fast nichts geändert. Von Entnazifizierung und Überwindung des Faschismus vermochte ich in Westberlin kaum etwas zu erkennen.

Als ich einige Jahre später von der „Ehrenerklärung“ Adenauers als Bundeskanzler für die „Deutsche Wehrmacht“ **und auch für die Waffen-SS** am 3. 12. 1952 vor dem ersten Bundestag hörte, die von den Abgeordneten der maßgeblichen Parteien mit Beifall bekräftigt wurde und da diese Abgeordneten für ihre Wähler auftraten, war für mich klar und unwiderlegbar: In der Mehrheit der Deutschen, in stärkerem Maße vieler Westdeutscher **bestand das überkommene Denken der Vergangenheit, so der Nazizeit, fort.**

Im Gegensatz zu diesem Erscheinungsbild im Westen unseres Landes, auch zu dem in Westberlin, war über die konsequente Verfolgung der Nazi- und Kriegsverbrecher hinaus durch Aufklärung in den Medien, in Versammlungen und Foren und in vielen persönlichen Gesprächen, unter besonderer Mitwirkung von Antifaschisten, Opfern des Naziregimes, sehr viel dafür geleistet worden, die Deutschen über den verbrecherischen Charakter des Faschismus und seine sozialen Wurzeln aufzuklären.

Das war erkennbar, spürbar.

## **Noch keine Spaltung Deutschlands, aber der deutschen Arbeiterbewegung**

Nun war diese unterschiedliche, zunehmend gegensätzliche Politik und gesellschaftliche Entwicklung schon ernst zu nehmen, aber es war **noch nicht die Spaltung Deutschlands.**

Indessen war mit dieser zunehmend gegensätzlichen gesellschaftlichen Entwicklung in Deutschland ein Vorgang verbunden, der besondere Auswirkungen auf die Zukunft Deutschlands haben sollte. Es geht, es ging um die **Vereinigung von KPD und SPD zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED), einer deutschen Arbeiterpartei, die in ganz Deutschland wirken wollte und sollte.**

Bereits wenige Wochen nach der Befreiung vom Hitlerfaschismus trafen sich Vertreter dieser beiden deutschen Arbeiterparteien, um als Schlussfolgerung aus der Geschichte über eine Zusammenarbeit und über einen Zusammenschluss dieser beiden deutschen Arbeiterparteien nachzudenken und zu beraten. Die Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung in der Weimarer Zeit hatte den Nazis bei ihrer „Machtergreifung“ Vorschub geleistet. Verfolgt, in die Konzentrationslager verbracht und ermordet wurden dann Kommunisten wie Sozialdemokraten. Die unübersehbare historische Lehre

aus dieser geschichtlichen Erfahrung lag auch für einen noch sehr jungen Kriegsteilnehmer so klar und eindeutig, sonnenklar wie nur irgendetwas auf der Hand.<sup>3</sup>

Die Vereinigung von KPD und SPD zur SED, der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, - wie das dann Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl im Admiralspalast am 22.4.1946 mit ihrem Händedruck weltöffentlich gemacht hatten, war das später auch im Abzeichen dieser Partei manifestierte Resultat.

Wie es dazu kam, muss hier nicht im Einzelnen nachgezeichnet werden.<sup>4</sup>

Bekanntlich hat die sowjetische Besatzungsmacht, in der Kommunisten eine maßgebliche Rolle spielten, die die jüngere deutsche Geschichte genauso beurteilten, wie die deutschen Kommunisten und die Mehrzahl der Sozialdemokraten, diese Lehre und Erkenntnis deutscher Kommunisten und Sozialdemokraten begrüßt und - wo möglich - unterstützt.

Demgegenüber mischten sich die westlichen Besatzungsmächte, die Zonenkommandeure wie die Sektorenkommandanten, in eine eindeutig innerdeutsche, **innerparteiliche Angelegenheit** der Deutschen, namentlich der deutschen Arbeiterbewegung, ein:

Sie sahen die jüngere deutsche Geschichte anders. Denn die Regierungen Englands und Frankreichs hatten ja Hitler den Rücken gestärkt, so besonders auffällig in München, wo sie Hitler freie Bahn zur Zerschlagung der Tschechoslowakei eröffneten.

---

<sup>3</sup> Mein Vater, der niemals einer politischen Partei angehört hatte, aber ein sehr selbständig denkender Mensch war, hatte mich, als diese Frage der Vereinigung von KPD und SPD aufkommen war, in meiner eigenen Erkenntnis bestärkt. Er stammte aus einem kirchlichen Elternhaus, wurde aber durch eigene Überlegungen sehr bald Atheist. Seine bedrückenden Erlebnisse im ersten Weltkrieg, von denen er mir viel erzählt hatte, machten ihn zu einem entschiedenen Kriegsgegner. In diesem Sinne nahm er mich als vier- oder fünfjährigen Jungen vor 1933 in einen Antikriegsfilm mit. Was ich da sah und hörte, hat mich tief beeindruckt. Verstärkt durch eigene schlimme Erlebnisse im Hitlerkrieg wurde auch ich ein ebenso entschiedener Kriegsgegner und dann Nazigegner.

Als wir am 27. Februar 1933 abends vom Stadtteil Moabit aus die schwarze Rauchwolke über dem Reichstagsgebäude sahen, sagte er im selben Augenblick sofort: "**Das waren die Nazis**". Später wurde diese seine Erkenntnis im Gegenprozess zum Leipziger Reichstagsbrandprozess in Paris schlüssig durch überzeugende Beweise bestätigt.

<sup>4</sup> Zu diesem Gegenstand verweise ich auf eine Schrift des Historikers Norbert Podewin „Vereinigung oder Vereinnahmung“ Edition Luisenstadt.



Auch hatten sie im September 1939 das von Hitlertruppen überfallene Polen im Stich gelassen, als es ihnen ein Leichtes gewesen wäre, Hitler zum Einhalten zu zwingen und die zahllosen Opfer des Hitlerkrieges, auch die ihrer eigenen Völker, zu vermeiden. Churchill meinte ja auch: Lasst uns zusehen und beobachten, wie sich Stalin und Hitler gegenseitig schwächen, um dann nach unserem Gutdünken tätig zu werden.

Offensichtlich wirkten politische und nicht zuletzt ökonomische Gemeinsamkeiten Hitlerdeutschlands und der Westmächte. Dieses Phänomen blieb nicht ohne Folgen für das Verhältnis zu den Vereinigungsbestrebungen der deutschen Kommunisten und Sozialdemokraten. Die westlichen Besatzungsmächte **verhinderten** in ihren **Zonen** diesen Zusammenschluss. In **Berlin** konnten sie als Sektorenkommandanten ein dahin gehendes Verbot nicht aussprechen. Aber sie agierten offen und auch verdeckt in gleichem Sinne

Nicht zuletzt nahm die SPD-Spitze in Westdeutschland, so Kurt Schumacher, Einfluss auf die Situation und Entwicklung in Berlin. Bevor die gewählten Delegierten von SPD und KPD am 14. April 1946 im Friedrichstadt-Palast den Zusammenschluss von 70.000 KPD- und 29.000 SPD-Mitgliedern beschlossen, hatten sich am 31. März in Westberlin in einer Urabstimmung 18.000 SPD-Mitglieder gegen eine sofortige Vereinigung der beide Parteien ausgesprochen. Unmittelbar danach wurde am 7. April in einer besonderen Zusammenkunft in Zehlendorf(!) in Westberlin eine so genannte „rechtmäßige SPD“ konstituiert. Dadurch wurden 37.000 SPD-Mitglieder der Vereinigung der beiden Arbeiterparteien entzogen. So wurde unter den drohenden Wolken des Kalten Krieges die Vereinigung von KPD und SPD in Berlin verhindert.

Im Ergebnis dieser erbitterten Auseinandersetzungen hatte sich in **Ostberlin die Mehrzahl** der Sozialdemokraten mit den Kommunisten zur SED vereint. Demgegenüber machte in **Westberlin** nur **eine geringere Zahl** der Sozialdemokraten diese Vereinigung mit.

Die Sozialdemokraten, die in Ostberlin der Vereinigung fernblieben, hatten ihre SPD-Parteibüros, die von den SPD-Parteispitzen „geführt“ wurden, bis zum 13. August 1961 offen gehabt. Danach schlossen sie diese selbst.

Das politische Ergebnis der Verhinderung des Zusammenschlusses von KPD und SPD in Berlin kam überdeutlich bei den ersten **Wahlen zum Parlament von Berlin, zur Stadtverordnetenversammlung zur Geltung**: Bei diesen ersten Wahlen nach dem "Tausendjährigen Reich" hatten viele Berliner keine begründete Sachkenntnis von den Wahlmöglichkeiten gehabt oder erwerben können oder wollen.

Als Arbeiterparteien präsentierten sich den Wählern in Berlin **zwei**: die SED und die SPD. Welcher sollte man seine Stimme geben? Jedenfalls führte diese fortgeführte Spaltung der Arbeiterbewegung im Jahre 1946 praktisch vor allem dazu, dass die

Stimmen der eine Arbeiterpartei wählenden Wähler gespalten, "halbiert" wurden. So konnten die anderen Parteien, wie die CDU, davon profitieren.

In der Stadtverordnetenversammlung errang die SPD mit 63 Sitzen die Mehrheit von insgesamt 130 Sitzen aufgrund der von den Berliner Wählern abgegebenen Stimmen. Die neue, vielfach noch wenig bekannte SED, der vor allem in **Westberlin eine massive antikommunistische Hetze** entgegenschlug, errang nur 26 Sitze, die CDU 29 und die LDPD 12 Sitze. Dabei war deutlich, dass die Wähler in den Ostberliner Stadtbezirken gegenüber den Westberliner Stadtbezirken viel mehr Stimmen der SED gaben und in Westberlin solche traditionell als „Arbeiterbezirke“ bekannten, wie Wedding, Reinickendorf, Kreuzberg und Neukölln, insoweit an der Spitze der Stimmen für die SED lagen.

Dieses am Wahlergebnis ablesbares Bild war ein nicht nur unerfreuliches, sondern gefährliches. Es war die Folge des Fortbestehens der Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung, der Verhinderung des historisch gebotenen Zusammenschlusses dieser beiden Arbeiterparteien in Berlin.

**Indessen war auch das noch nicht die Spaltung Berlins oder gar Deutschlands.** Aber es war ein Vorgang, der der späteren **Spaltung Deutschlands Vorschub leistete** und deshalb nicht übersehen werden darf.

## **Die schrittweise Spaltung Berlins – eine Kette gefährlicher Provokationen.**

Bevor wir den Faden von der separaten Währungsreform bis zur Gründung der DDR wieder aufnehmen, muss auf die Spaltung Berlins eingegangen werden. Sie war mehr als ein Teilschritt auf dem Wege zur politischen Spaltung Deutschlands.

Berlin, die ehemalige Reichshauptstadt, war von der Roten Armee erobert und befreit worden. Damit war der Sieg über Hitlerdeutschland manifest. Die Alliierten hatten geplant, hier die maßgebliche Konferenz der Siegermächte über die Verantwortlichkeit der Hitlerleute, ja Deutschlands, und über dessen Zukunft durchzuführen.

Aber im zerstörten Berlin gab es keine Möglichkeit, eine solche hochrangige Konferenz abzuhalten. Daher musste sie in Potsdam - Cecilienhof stattfinden. Sie ging deshalb unter der Bezeichnung "Potsdamer Konferenz " und „Potsdamer Abkommen“ in die Geschichte ein.

Angesichts der Bedeutung Berlins für die künftige Entwicklung Deutschlands legten die westlichen Alliierten Wert darauf, an der Verwaltung dieser Stadt beteiligt zu sein und auch einen **Rechtsanspruch** auf ihre - auch militärische - Anwesenheit in Berlin zu haben, zu behalten und auszuüben. Berlin wurde nicht nur zum Sitz des Alliierten

Kontrollrates - im Gebäude des früheren Kammergerichts in der Elssholzstraße am Kleistpark. Dort nahm - zunächst - auch die Alliierte Kommandantur mit den vier Kommandanten der vier Sektoren Berlins ihren Sitz.

Berlin wurde mit den vier **Sektoren** ein Spiegelbild, ein Miniaturbild der Nachkriegsentwicklung in ganz Deutschland, in dessen vier Besatzungszonen. Hier war von Anfang an die diametral gegensätzliche Politik und gesellschaftliche Entwicklung in Ost und West besonders gut zu erkennen, zu erleben.

Im sowjetischen **Sektor** Berlins (in Ostberlin) lehnte sich die objektiv gebotene und durch das Potsdamer Abkommen juristisch vorgegebene gesellschaftliche Entwicklung, vor allem hinsichtlich Entnazifizierung und Überwindung des deutschen Faschismus, auch der Beseitigung seiner ökonomischen Wurzeln und Grundlagen, an die Umwälzungen in der sowjetischen Besatzungszone, in den ostdeutschen Ländern, an. Ich nenne hier nur die Enteignung der Nazi- und Kriegsverbrecher, im Lande Sachsen aufgrund eines Volksentscheids, in den andere Ländern durch Gesetze der Länderparlamente.

Demgegenüber war die Nachkriegsentwicklung in den drei westlichen **Sektoren** – wie auch in den drei westlichen Besatzungszonen - völlig anders: Entnazifizierung wurde - wie oben schon beschrieben - klein geschrieben oder völlig unterlassen.

Die hier näher zu behandelnde Spaltung Berlins wurde maßgeblich und entscheidend durch die von den USA langfristig und insgeheim vorbereitete **separate Währungsreform** bewirkt: Denn diese wurde seitens der USA nicht auf die drei Westzonen, also das westliche Besatzungsgebiet, begrenzt, sondern auch auf Berlin, auf ganz Berlin, praktisch auf seine drei **Westsektoren** ausgedehnt.

Die Stadt Berlin lag und liegt aber, wie auch seine Geschichte vermittelt, auf dem Gebiet, dem Territorium, das gemäß der Vereinbarung zwischen den vier Alliierten die sowjetische Besatzungszone war. Deshalb war – eigentlich – Berlin als Teil dieser Zone zu betrachten und zu behandeln, so wie etwa München oder Köln in den jeweiligen westlichen Besatzungszonen.

Die separate Währungsreform nicht auf Westdeutschland zu beschränken, wo die Westmächte seit Beginn ihrer Besatzung eine andere Politik als in Potsdam vereinbart betrieben, sondern sie auch auf die in der sowjetischen Zone gelegene Stadt Berlin zu erstrecken, war nicht nur völkerrechtswidrig, weil das Potsdamer Abkommen in seinem Herzstück verletzend, sondern auch nicht sachgerecht, lebensfremd.

Nun hatten die vier Alliierten wegen der Bedeutung der deutschen Hauptstadt ja vereinbart, dass sie diese Stadt **gemeinsam verwalten**. **Eine Teilung dieser Stadt in die vier Sektoren war nicht vorgesehen.**

Indessen bewirkte die dem Potsdamer Abkommen widersprechende Durchführung der separaten Währungsreform auch in Berlin eine **Teilung der Stadt**.

Die Kommandanten der drei Westberliner Sektoren hatten bereits zuvor in ihren Sektoren zunehmend eine eigenwillige, dem Potsdamer Abkommen zuwiderlaufende Politik der Einflussnahme auf das Leben der Berliner im Westen der Stadt betrieben. Meine oben mitgeteilte Beobachtung und Erfahrung des Sommers 1946 illustriert dies bereits. In diesem Sinne maßen sie sich nun im Juni 1946 an, die vornehmlich für Westdeutschland vorgesehen separate Währungsreform auch auf Berlin zu erstrecke, faktisch auf Westberlin. Denn im sowjetischen Sektor Berlins, in Ostberlin, hatten sie keine Macht, sie durchzuführen oder durchführen zu lassen.

Die rechtswidrige, das Potsdamer Abkommen missachtende Währungsspaltung Deutschlands durch die USA wirkte sich unmittelbar und am massivsten in **Berlin** aus. Denn die USA und die anderen westlichen Besatzungsmächte in Gestalt der Generale Clay (USA), Koenig (Frankreich) und Robertson (Großbritannien) missachteten **entgegen einer ausdrücklichen Zusage**, dass Berlin, nicht zuletzt als deutsche Hauptstadt, auf dem Territorium des Landes Brandenburg (früher Preußens) lag und von diesem Lande, als seinem Umland, das unzweifelhaft zur sowjetischen Besatzungszone gehörte, lebte.

Ein seit mehr als 750 Jahren bestehende und gewachsene Stadt samt ihrer normalen Umgebung wurde **in ihrer Mitte** durch diese Währungsreform und Währungsspaltung **zerrissen**. Auf der einen Straßenseite galt das "neue Geld", auf der anderen (noch) das alte. Die vielfältigen schädlichen Auswirkungen eines derartigen einmaligen Vorgangs können hier nicht gekennzeichnet werden. Wer hier nicht lebte, kann es sich nicht vorstellen.

Dabei muss man wissen, dass im Gefolge dieser willkürlichen **währungspolitischen Zerreißung einer Stadt - sowie ihrer Abtrennung von ihrem Umland - eine gezielte Abwertung** des "alten Geldes" bewirkt, ja inszeniert wurde:

Diese Angelegenheit wurde dadurch noch komplizierter gemacht, dass am 23. Juni 1948 für die drei Westsektoren Berlins eine besondere „Westmark“, die B-Mark, die „Bärenmark“ (mit einem großen **B** in einem Kreis), eingeführt wurde. Gerade damit war verbunden, dass bestimmte Waren, so zunächst Bohnenkaffee, Kakao und Schokolade, "amerikanische" Zigaretten wie auch Kartoffeln in großen Büchsen, die anfänglich aus den überflüssig gewordenen Beständen der US-Army kamen, nur gegen B-Mark erhältlich waren.

Zu dieser mutwilligen, geradezu kriminellen Spaltung Berlins gehören eine Reihe gefährlicher Provokationen.

## Die erste Provokation: die „Luftbrücke“

Die durch die Spaltung der Währung auch in Berlin geschaffene Situation nötigte die Sowjetische Besatzungsmacht, im Interesse der Gewährleistung der Wirtschaft in ihrer Besatzungszone, des **Schutzes vor illegalen Geld- und Warenimporten**, dazu, am 24. Juni 1948 die Land- und Wasserwege nach Westberlin zu sperren.

**Diese Schutz- und Verteidigungsmaßnahme** sollte auch die westlichen Besatzungsmächte zur Korrektur der rechtswidrigen Erstreckung der separaten Währungsreform auf Berlin bewegen. Aber sie dachten nicht an eine solche Korrektur. Sie wollten die Wirkungen ihrer separaten Währungsreform auf den „Osten“ rücksichtslos ausschöpfen.

Mehr noch: Offenbar hatten sich die Westmächte, vor allem die USA, generalstabsmäßig bereits lange auf eine entsprechende eigene Reaktion auf diese auf der Hand liegende Schutzmaßnahme der „Sowjets“ eingestellt. Denn unmittelbar nach der Einleitung dieser Schutzmaßnahme Moskaus „errichteten“ sie ihre „Luftbrücke.“

### Die "Luftbrücke" - ein militärischer Exerzierplatz

Was war diese „Luftbrücke“? Diente sie den Lebensinteressen der Westberliner? Drohte ihnen wirklich eine von den „Sowjets“ verhängte Hungersnot oder ähnliches? **Natürlich nicht!** Denn die Sowjetunion hat ausdrücklich eine ausreichende Versorgung auch der Westberliner zugesagt. Diese wäre auch unverzüglich gewährleistet worden, – wenn der „Westen“ darauf eingegangen wäre.

Aber eine solche friedliche und sachgerechte Lösung wollten die USA und die anderen Westmächte nicht! **Sie wollten „kalten Krieg“ in Berlin – womöglich noch mehr!** Denn diese "Luftbrücke" war vor allem ein **militärisches logistisches Exerzierfeld, ein Manöver größten Ausmaßes der USA-Luftwaffe, und zwar unter Nutzung von Technik, die im zweiten Weltkrieg noch nicht zum Einsatz gekommen war.** Die Luftbrücke bewies die Fähigkeit der US-Luftflotte, auch entlegenste Orte zuverlässig mit allem Notwendigen (Soldaten, Waffen und anderem Kriegsmaterial und deren Nachschub) zu versorgen.

Bis zum 12. Mai 1949 wurden 1,44 Millionen Tonnen Lebensmittel, Kohle und andere Gegenstände eingeflogen.<sup>5</sup> Hatten die USA bereits den durch Abwurf von Atom-

---

<sup>5</sup> Im Übrigen: Die für die Aufrechterhaltung dieser einzigartigen Luftbrücke in Berlin benötigten Flugzeuge wurden aus aller Welt herangezogen, so auch aus dem „fernen Osten“, wo sie Tschiang Kai-schek im Krieg gegen die Roten Garden Mao-tse-tungs unterstützt hatten. Der Abzug dieser Flugzeuge, die dort für Tschian Kai-schek geflogen waren, begünstigte Mao,

bomben auf Hiroshima und Nagasaki eröffneten "Kalten Krieg" in Ostasien zu einem heißen werden lassen, so steuerten sie nun auch mitten in Europa auf den "heißen Krieg" zu.

In Karlshorst, wo sich in Berlin die Zentrale der Sowjetischen Besatzungsmacht befand, hieß es damals: „Genossen, Koppel umschnallen!!!“

Die in die Berliner Öffentlichkeit lancierte Behauptung, die "Sowjets" würden die Westberliner verhungern lassen; und nur dank der "Rosinenbomber" der USA würden die Westberliner überleben, war eine platte, leicht zu entkräftende Lüge. Auf dem antisowjetisch vorbereitem Boden fand sie vor allem in Westberlin Aufnahme.

Man erinnere sich: Bis zum Juni 1948 war Westberlin - wie auch alle Zeiten davor - mit allem Notwendigen besonders aus dem Berliner Umland versorgt worden. Warum sollte das nach dem Juni 1948 nicht möglich sein? Es hätte nur einer bei gutem Willen unschwer zu erreichenden Vereinbarung zwischen den Alliierten bedurft. **Solches aber wollten die USA nicht!**

Als die "Luftbrücke" ihre militärische Funktion erfüllt hatte - auch im Hinblick auf den alsbald eröffneten „heißen Krieg“ in Korea - und auf die Dauer zu kostspielig zu werden drohte, erfolgte die traditionelle Versorgung Westberlins wie zuvor.

Es lag somit nur an der **Starrköpfigkeit und Böswilligkeit der USA**, die, nachdem sie willkürlich die separate Währungsreform auch in Berlin durchgezogen hatten, zu den fälligen Verhandlungen nicht bereit waren.

Im Übrigen wurde, wie später im Einzelnen bekannt wurde, Westberlin auch in der Zeit der „Luftbrücke“ durch illegale kriminelle Kanäle mit frischer Ware aus dem Umland Berlins versorgt, so zur Weihnachtszeit vor allem mit frischen Gänsen aus den Landwirtschaften rings um Berlin. In der Justiz, die mit dergleichen Kriminalität befasst war, hieß diese Zeit die **"Gänsezeit"**

Aber nicht nur das: Wer der im Westen massiv verbreiteten Lüge nicht folgte, konnte mit Nachteilen rechnen. So ging es mir: Als Dienstanwärter im Bezirksamt Tiergarten fand ich eines Tages - von Geisterhand gebracht - einen Text auf meinem Schreibtisch. Man erwartete von mir, dass ich dieses Papier unterschrieb. Es war ein offen antisowjetisches Pamphlet. Da der Gegenstand dieses Papiers oder gar seine Abzeichnung zu keinem meiner Aufgabengebiete gehörte, warf ich es dahin, wo es hingehörte: In den Papierkorb. Kurz danach, am 15. September 1948 wurde ich **fristlos gekün-**

---

sodass seine Garden alsbald das ganze chinesische Festland von den Verrätern befreien konnten.

**dig**t. Ich hätte mit meinem Verhalten - nämlich dieses Pamphlet nicht unterzeichnet zu haben - eine "antidemokratische Haltung gezeigt"

So erhielt ich eine weitere Lektion über die Freiheit, besonders die Meinungsfreiheit in dieser "freien Welt."

Ich lebte aber in Berlin und daher geschah noch weiteres: Unmittelbar nach dem Zugang dieser Kündigung, meldete sich meine Gewerkschaft, der ich seit 1946 angehörte, der "Freie deutsche Gewerkschaftsbund" (FDGB), und bot mir Rechtsvertretung an, wenn ich gegen diese unerträgliche juristische Willkür mit rechtlichen Schritten vorgehen wolle. Kurz danach erhielt ich am 23. September des gleichen Jahres vom Bezirksamt Weißensee (in Ostberlin) die Aufforderung, mich zum 24. September zum Dienstantritt (zur Fortsetzung meines Ausbildungsganges) einzufinden. **Ganz Berlin war noch vorhanden!**

Dann aber erhielt ich - endlich - die lang ersehnte Zulassung zum juristischen Studium an der Humboldt-Universität, um die ich mich seit 1946 so intensiv bemüht hatte. Warum es erst jetzt klappte, erfuhr ich sehr viel später. Jedenfalls waren "politische Finger" im Spiel. Nun konnte meine juristische Ausbildung beginnen.

## **Die nächste auf Spaltung Berlins ausgerichtete Provokation - der UGO-Putsch**

Diese Provokation begann mit der rechtswidrigen Schaffung einer gegen die verfassungsmäßig zustande gekommene und von ihren Mitgliedern getragene Gewerkschaft, die des „Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes“, des FDGB, in Westberlin.

Der FDGB war aufgrund eines Aufrufs vom 15.6.1945 zur Neugründung **freier** Gewerkschaften entstanden. Er betonte die **Freiheit** seiner Bildung und seines antifaschistischen Wirkens in Konfrontation zur nazistischen Zwangsgewerkschaft, die sich „Deutsche Arbeitsfront“ (DAF) nannte und die Belegschaften der Betriebe und Einrichtungen in militärischer Weise den Leitungen der Betriebe und Einrichtungen unterstellt hatte. Diese hießen nun im nazistischen „Führerstaat“ Gefolgschafts**f**ührer. Streiks, Arbeitsniederlegungen und -verweigerungen waren verboten – schlimmstenfalls drohte das Konzentrationslager (KZ).

Beim Aufbau eines antifaschistisch demokratischen Deutschlands vertrat der FDGB die Interessen der Arbeiter und Angestellten in dem Gebiet, in dem die Begründer dieser Gewerkschaften kraft der sowjetischen Militärregierung wirken konnten, in der sowjetischen Besatzungszone **und in ganz Berlin.**

Noch vor der separaten Währungsreform während der Durchführung der Groß-Berliner Stadtkonferenz des FDGB (21. bis 23. Mai 1948) wurde in Westberlin -

zumindest mit der Duldung der westlichen Stadtkommandanten - die „Unabhängige Gewerkschafts**opposition**“ (UGO)<sup>6</sup> kreierte. Sie stellte sich von vornherein als eine Kontergewerkschaft gegen den FDGB dar. Ihr rechtswidriges, ja kriminelles Treiben wurde sofort daran sichtbar, dass diese UGO am 7. Juni 1948 die Büros des FDGB in Westberlin in Besitz nahm und **ausraubte** – genau so, wie die Nazis 1933 die Büros der demokratischen Gewerkschaften okkupiert und ausgeraubt hatten.

Spätestens auf den zweiten Blick wurde klar, dass diese UGO gegen die verfassungsmäßige Gewerkschaft, gegen den Freien Deutschen Gewerkschaftsbund (FDGB) und antisowjetisch, gegen die gesellschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland zu arbeiten gedachte. Welche Funktion der UGO zukam, war überdeutlich daran abzulesen, dass sie vom US-amerikanischen Stadtkommandanten - ohne Abstimmung mit dem sowjetischen - in seinem Sektor **anstelle** des FDGB als „tariffähig“ anerkannt wurde.

Selbstverständlich behielt der FDGB in Ostberlin seine oben gekennzeichnete Funktion. Er wirkte sehr erfolgreich im Interesse aller Arbeiter und Angestellten, nicht nur seiner Mitglieder.

Erreicht wurde auf diese Weise in Berlin die **Spaltung der Gewerkschaften** – ganz ähnlich wie die westlichen Kommandanten die **Spaltung der Arbeiterbewegung** bewirkt hatten. Nach der Durchführung der separaten Währungsreform auch in Westberlin machte die UGO sich vor allem mit dem nun zu behandelnden Putsch einen Namen, der dann als **UGO-Putsch** bekannt wurde.

Hintergrund war folgendes: Die "Reichsbahn" und damit auch das Reichsbahngelände in der sowjetischen Besatzungszone **und in Berlin** unterlag sowjetischer Kontrolle - auch soweit Gleise, Wagen und Züge sich in Westberlin befanden. Im Gefolge der separaten Währungsreform mussten nun die Beschäftigten der Reichsbahn, so besonders die im S-Bahn-Verkehr Tätigen, *vor allem die, die in Westberlin wohnten*, in „Westgeld“ entlohnt werden. Da die Reichsbahn auch Einnahmen in „Westgeld“ hatte, war sie dazu instande. Die Westberliner Reichsbahnbeschäftigten bekamen demgemäß ihr Arbeitsentgelt anteilig in „Ost“- und „Westmark“.

Ich erinnere daran, dass namentlich die S-Bahn alle Zeit bis zum 13. August 1961 von Ost nach West und zurück durch Gebiete des Landes Brandenburg, Ost- und Westberlin fuhr. Aufgrund vielfältiger Störungen und Provokationen sowie auch von Verschleppungen von DDR-Bürgern, so von Angehörigen der Deutschen Volkspolizei

---

<sup>6</sup> Zu der Bezeichnung „unabhängig“ sei darauf verwiesen, was für mich schon damals eine geläufige Erfahrung und politische Erkenntnis war: Wer sich betont als "unabhängig" bezeichnet, vertuscht damit, dass er - in selbst gewählter **anderer Abhängigkeit** - **gegen** etwas oder gegen jemanden ist, also etwas irgendwie Feindseliges verfolgt. .



(DVP), die in Unkenntnis der Verhältnisse in Berlin durch Westberlin gefahren waren, sah sich die DDR später veranlasst, Zugverbindungen zu schaffen, die **um Westberlin herum** führten, so über Schönefeld. Diese später geschaffenen Anlagen berührten aber in keiner Weise Interessen von Westberlinern, auch nicht derjenigen, die bei der Reichsbahn beschäftigt waren.

Dem UGO-Putsch lagen andere "Gründe" und Absichten, zugrunde, nämlich vor allem in Berlin **Unruhe** zu schaffen und das normale Leben der Berliner, so besonders ihr Arbeitsleben, zu **stören**. In diesem Sinne waren dem UGO-Putsch bereits andere Störmanöver im Berliner Verkehrswesen vorangegangen: Ich erinnere mich, dass sehr bald nach der auch in Berlin durchgeführten separaten Währungsreform die Schaffner mit ihren auf ihrer Brust getragenen mobilen „Kassen“ mit den Einnahmen des von den Fahrgästen entrichteten Fahrgeldes (in „Ostmark“) an der Sektorengrenze von den Straßenbahnwagen von nicht zuständigen Personen **gewaltsam heruntergeholt** wurden, weil sie - angeblich - „fremdes“ Geld in die Westsektoren einführen würden!! Das war natürlich eine Lüge, ein Vorwand. Denn diese Kassierer hatten – wie eh und je – das für die verkauften Fahrscheine empfangene Geld (in der jeweiligen Währung) mit entsprechenden Belegen auf Heller und Pfennig bei der „Hauptkasse“ der BVG abzurechnen – was (soweit mir bekannt war) von diesen ehrlichen BVG-Mitarbeitern regelmäßig zuverlässig erfolgte,

Noch krasser war es dann, als Straßenbahnfahrerinnen aus Ostberlin an der Sektorengrenze gewaltsam an der Weiterfahrt mit der „Begründung“ gehindert und vom Fahrerplatz herunter geholt wurden, „**Frauen seien unfähig, im Straßenverkehr Straßenbahnen verkehrssicher zu führen!**“

Die massivste Provokation und Verkehrsstörung war dann der UGO - Putsch.

Mehr noch: Die Putschisten missbrauchten eine in **Lohnkämpfen** mit den Unternehmern (den sog. „Arbeitsgebern“) bewährte Kampfform, den **Streik, für ihre durchsichtigen politischen Zwecke**. Die UGO hetzte einige Mitarbeiter der Reichsbahn, besonders der S-Bahn, auf, ungerechtfertigt höhere Löhne zu fordern. Dann rief diese UGO am 20.Mai 1949 zum S-Bahnstreik auf. Es war aber kein „normaler“ Streik, sondern eine bössartige von „8-Groschen-Jungs“ betriebene Störaktion!

Das erlebte ich ganz praktisch auf meiner Heimfahrt per S-Bahn von der Humboldt-Universität ins Studentenheim in Hohenneuendorf im Norden Berlins - wie gewöhnlich durch Westberlin. Auf dem Bahnhof Frohnau hielt der Zug, jedoch nicht - wie normal - planmäßig, sondern um endgültig nicht weiter zu fahren. Die Fahrgäste hatten auszusteigen und den Bahnsteig zu verlassen. Auf dem Bahnsteig befanden sich aber ganz überwiegend **keine Fahrgäste**, sondern **provozierende Rowdies**, die von der UGO angeheuert waren und in deren Sinn tätig waren. Nachdem die Fahrgäste

den Bahnsteig verlassen hatten und sich nur noch diese Provokateure dort aufhielten, räumten bewaffnete Angehörige der Transportpolizei der Reichsbahn (Trapo) den Bahnsteig. Solches war aufgrund der von der UGO bewirkten Störung des S-Bahnverkehrs zwangsläufig und rechtmäßig – im Interesse der Verkehrssicherheit.

Und nun passierte etwas, was ich nicht für möglich gehalten hätte: Außerhalb des Bahngeländes, also auf Westberliner Gebiet, hatte - verabredet! - die uns in anderen Zusammenhängen zur Genüge als „gegen den Osten“ wirkend bekannt geworden „Stumm-Polizei“<sup>7</sup> Stellung bezogen. Ich sah und hörte, wie sie mit scharfer Munition aus ihren Pistolen auf die Trapo-Angehörigen schossen. Deutsche schossen auf Deutsche! Deutsche Polizei schoss auf andere deutsche Polizei! Ich dachte: Ist das der **Auftakt zum dritten Weltkrieg?**

Übrigens: Der Streik fand nach acht Tagen sein Ende – ergebnislos. Die bis dato geübte Zahlungsweise wurde wie zuvor fortgeführt. Die Reichsbahnangestellten hatten von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen der UGO die Gefolgschaft versagt, Die UGO versank im Dunkeln.

Die gewerkschaftlichen Aufgaben für die Westberliner Arbeiter und Angestellten konnten später vom in Westdeutschland ansässigen Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) wahrgenommen werden..

Von den zahlreichen weiteren Provokation im Zusammenhang mit der Spaltung Berlins muss an dieser Stelle auf die **Sprengung** des in Berlin-Tegel stehenden **Sendeturms des Berliner Rundfunks** hingewiesen werden. Den Befehl dazu gab am 16. 12. 1948. - ohne Rücksprache mit dem sowjetischen Stadtkommandanten genommen zu haben, also willkürlich - der französische Stadtkommandant.

Zur Information: Der Berliner Rundfunk selbst saß seit seinem Bestehen in der Masurenallee in Charlottenburg in Westberlin. Sein Sitz galt unter der alliierten Kommandantur als exterritoriales Gebiet. Später wurde auf dem Gelände der schon lange vorhanden gewesenen Sendemasten bei Königswusterhausen südöstlich von Berlin ein neuer Sendeturm für diesen Sender errichtet.

## **Die dritte Provokation – die Schaffung einer Konteruniversität**

Als dritte Provokation behandle ich die Schaffung einer gegen die Humboldt-Universität (HU) gerichtete Spalter-Uni in Berlin-Dahlem im **US-amerikanischen (!)** Sektor Berlins. Der eigentliche Zweck der Schaffung dieser sog.. **"Freien Universi-**

---

<sup>7</sup> Näheres zur Stumm-Polizei siehe weiter unten

**tät**" (FU) bestand in folgendem: Bei den Wahlen zu einem Studentenrat im Frühjahr/Frühsummer 1949 wurde den reaktionären und antikommunistischen Kräften unter der Studentenschaft, darunter nicht wenige ehemalige Offiziere der Nazi-Wehrmacht, deutlich, dass es ihnen nicht gelingen werde, die HU zu erobern.

Bei diesen Wahlen ging es ihnen unverhohlen darum, zumindest über einen in ihrem Sinne zusammengesetzten Studentenrat Einfluss auf das Wirken und die Leitung dieser HU zu gewinnen. Deshalb wandten sie sich ganz entschieden und lautstark dagegen, dass die Studenten der Arbeiter- und Bauernfakultät (ABF) an den Wahlen zum Studentenrat teilnehmen.

Diese ABF war eine Einrichtung, die bisher benachteiligten Schichten des Volkes, eben Arbeitern und Bauern und deren Kindern, den Zugang zur Hochschulbildung eröffnen sollte, wie das später in der Verfassung der DDR festgelegt wurde.

Jene Kräfte, die so entschieden gegen die Teilnahme der Studenten dieser ABF an den Studentenratswahlen aufgetreten waren, behaupteten, die ABF-Studenten seien keine „richtigen“ Studenten sondern müssten an der ABF erst noch das Abitur ablegen, um sich danach an einer der ordentlichen Fakultäten einschreiben zu lassen. Dies war ein zu durchsichtiger Vorwand, denn jene Kräfte, die so entschieden gegen die Teilnahme der ABF-Studenten an den Studentenratswahlen auftraten, konnten davon ausgehen, dass diese ihre Stimme anderen Kandidaten geben würden. **Deshalb** wollten sie deren Teilnahme an diesen Wahlen verhindern.

Aber nicht nur über die ABF war neues Blut in die Studentenschaft der HU gekommen. Auch andere Fakultäten zeichneten sich durch Neues aus, so die völlig neue Pädagogische Fakultät sowie die wirtschaftswissenschaftliche Fakultät und wesentliche Bereiche der Philosophischen Fakultät, nämlich Geschichte (mit Prof. Meusel), wo fortschrittliche Professoren zunehmend eine Rolle spielten, und Philosophie, wo es inzwischen auch Vorlesungen zur marxistischen Philosophie gab, u. a. von Dr. Wolfgang Harich<sup>8</sup>

Während der Ferien zwischen Winter- und Sommersemester erfolgte die **Sezession** dieser reaktionären und antikommunistischen Kräfte aus unserer „alma mater“ zur Bildung ihrer Spalter- und Gegenuniversität in Dahlem. Sie nannten sie „Freie Uni-

---

<sup>8</sup> Er wurde 1957 in der DDR - in sachlichem Zusammenhang mit dem Prozess gegen Walter Janka u. a. - verurteilt. Als nach 1990 durch die BRD-Justiz gegen DDR-Richter und Staatsanwälte rechtswidrige Strafverfahren durchgeführt wurden, war in einem Verfahren auch Harich als „Belastungszeuge“ vernommen worden. Er bekundete entgegen der Anschuldigung durch den Staatsanwalt überzeugend, dass seine Verurteilung damals zurecht erfolgt war.

versität“ (FU) und versteckten hinter dieser Vokabel ihre offen zur Schau gestellte politische Einstellung und ihre Absichten.

Als das neue Semester begann, erlebten wir an der Juristischen Fakultät ein ungewohntes Bild: Die im Hörsaal sitzende Studentenschaft war zahlenmäßig geschrumpft. Die bisher den Ton angeben wollten, fehlten, sie waren nach Dahlem abgewandert. Unter den verbliebenen Studenten entwickelte sich sehr rasch ein neuer Zusammenhalt, wie es ihn nie zuvor gegeben hatte.

An der juristischen Fakultät lehrten nun auch einige neue Professoren, so im Fach Ökonomie eine Frau Prof. Dr. Zahn, die aus der Emigration zurückgekehrt war, und Prof. Dr. Steiniger, der uns zuvor in einigen Lehrveranstaltungen zum Staats- und Völkerrecht aufgefallen war. Auch traten jetzt vermehrt Gastdozenten auf, so der in der DDR gut bekannte Rechtsanwalt Prof. Dr. Friedrich Karl Kaul.

Im übrigen fiel uns auf und wurde bekannt, dass Professoren der HU an der rechtswidrigen **Sezession** nicht teilgenommen hatten!

Diese Sezession und Bildung einer Spalter- und Konteruniversität in Dahlem erwies sich als nützlich für die Rolle, die Westberlin von den USA und den anderen Westmächten als "Frontstadt" (gegen den Osten, gegen die Sowjetunion) und als "Pfahl im Fleische der DDR" zgedacht war.

Damit war Berlin ein weiteres Mal zu einem Schlachtfeld der Auseinandersetzungen geworden, die später, vor dem 13. August 1961, eine besondere Zuspitzung erfahren sollten.

An diesem Tage war der „Osten“ nach vielen ergebnislosen Verhandlungen über eine friedliche Lösung der „Berlin-Frage“ genötigt, die Grenzen der DDR gegen den „Westen“, also gegen die BRD und auch gegen Westberlin zuverlässig zu schließen,

## **Die politische Spaltung Berlins<sup>9</sup>**

Wir hatten bisher zunächst vor allem die währungspolitische und im Gefolge dessen die wirtschaftliche Spaltung Berlins im Blick gehabt und einige besondere Provokationen behandelt, die in Berlin für Unruhe, Konfrontationen und Zuspitzungen sorgten.

Das alles genügte den USA, dem "Westen", nicht.

---

<sup>9</sup> In diesem Kapitel und dem nachfolgenden über die Spaltung der Justiz werden auch einzelne Angaben aus Ernst Reuss: „Vier Sektoren – eine Justiz. Berliner Justiz in der Nachkriegszeit“, BWV Berliner Wissenschaftsverlag GmbH, 2003, genutzt.

Sie wollten **auch die vollständige politische und verwaltungsmäßige Spaltung** dieser Stadt, damit sie in ihren Sektoren auf Kosten der Berliner und zum Zwecke der Schwächung und Schädigung Ostdeutschlands ihre gegen den „Osten“ gerichtete Politik des „Kalten Krieges“ möglichst erfolgreich betreiben könnten. Dem diente - wie auch sonst in ihrer Politik bis in die Gegenwart hinein - das Betreiben von **Störungen** des normalen Lebens der Bürger und von **Behinderungen** der Tätigkeit der ordentlichen Behörden und staatlichen Organe - in Berlin des Magistrats.

Zur Erinnerung: Nach der Befreiung auch der durch den verbrecherischen Hitlerkrieg vollständig zerstörten Reichshauptstadt von den Hitlerfaschisten durch die Rote Armee leistete die sowjetische Besatzungsmacht gemeinsam mit zahlreichen Antifaschisten eine enorme Aufbauarbeit, um das Leben der Stadt schrittweise wieder in Gang zu bringen und den Berlinern ein Leben in ihrer Stadt zu ermöglichen. Zu diesen Aufbaumaßnahmen gehörte nicht zuletzt die Schaffung einer Stadtverwaltung, eines Berliner Magistrats mit einem Oberbürgermeister (OB) an der Spitze bereits am 17. Mai 1945.

Die sowjetische Besatzungsmacht setzte als solchen OB Dr. Arthur Werner, einen parteipolitisch nicht gebundenen, anerkannten Bürger der Stadt ein. Nach den oben erwähnten Wahlen vom 20. Oktober 1946 zur Stadtverordnetenversammlung, bei denen die SPD die Mehrheit der Sitze auf sich vereinen konnte, konstituierte sich am 26. Nov 1946 diese Stadtverordnetenversammlung und wählte am 5. Dezember mehrheitlich den neuen Magistrat mit dem Sozialdemokraten Dr. *Otto Ostrowski* als OB an der Spitze. Er war ein erfahrener Kommunalpolitiker und hatte in seinem Leben bereits mehrfach als Bürgermeister viele wertvolle Erfahrungen gesammelt. Vor der Nazizeit war er zuletzt Bürgermeister des Stadtbezirks Berlin Prenzlauer Berg (auch weitgehend ein Arbeiterbezirk). Er wurde 1933 sofort von den Nazis entlassen.

Weil es ihm um das Wohl der Berliner ging (er galt als „Anwalt der Nöte der Berliner“) und er deshalb um gute Beziehungen zu **allen vier** Besatzungsmächten, **auch zur sowjetischen**, bemüht war, **ließ ihn seine Partei, die SPD, nur bis zum 17. April 1947 wirken**. Er wurde von dieser seiner Partei systematisch „demontiert“, so dass er anderen als ein „gebrochener Mann“ erschien. Am 17. April 1947 wurde er durch einen Misstrauensantrag „seiner“ Partei von „seinem“ Stadtrat Ernst Reuter (SPD) **zum Rücktritt gezwungen**. Anlass war, dass Ostrowski durch ein gemeinsames Arbeitsprogramm von KPD und SPD die wahrhaft riesigen Probleme Berlins über-

winden wollte. Denn er meinte: Nur in den Händen einer geeinten starken Arbeiterbewegung könne solches zum Wohle der Berliner erfolgreich sein.<sup>10</sup>

Als sein Nachfolger wurde – wie vorhersehbar! – eben dieser Stadtrat Reuter von der von der SPD dominierten Stadtverordnetenversammlung gewählt.

Wegen des Einspruchs des sowjetischen Vertreters in der Alliierten Kommandantur wurde Reuter jedoch in dieser Funktion nicht bestätigt. Deshalb amtierte Frau Luise Schröder als zweiter Stellvertreter des OB. Jedoch ab 6. Mai 1947 konnte Ernst Reuter als Bfungenien.

Immerhin hatte während der Amtszeit Ostrowskis die Stadtverordnetenversammlung, die ihn zum OB gewählt hatte, am 13. Februar 1947 gemäß dem Potsdamer Abkommen ein „Gesetz zur Überführung von Konzernen und sonstigen wirtschaftlichen Unternehmungen in Gemeineigentum von Groß-Berlin“ beschlossen. Bevor dieses der Zustimmung durch die Interalliierte Kommandantur bedürftige Gesetz wirksam werden konnte, hatte der US-amerikanische Vertreter am 25. August 1947 durch sein Veto das In-Krafttreten dieses Gesetzes verhindert – ganz ähnlich wie die Militärregierung den in gleichem Sinne ausgerichteten Art. 41 der durch Volksentscheid vom 1. Dezember 1946 angenommen, am 11. Dezember 1946 beschlossenen hessischen Verfassung suspendiert hatte.

Es bedarf keiner besonderen Überlegungen, um zu erkennen, dass eine solche „Regierung“ Berlins für dessen Bürger nicht viel Gutes einbringen konnte.

Die später noch zu behandelnde Abspaltung Westberlins im Gefolge der Erstreckung der rechtswidrigen separaten Währungsreform auch auf Berlin verhinderte dann **auch faktisch** die Durchführung dieses Gesetzes, das für die wirtschaftliche Entwicklung Berlins von enormer Bedeutung hätte werden können

Jedenfalls waren die Jahre 1947 und 1948 sowie später in besonderer Weise das Jahr 1949 von Zerwürfnissen aller Art zwischen den Alliierten, aber nicht minder auch zwischen den Parteien im Stadtparlament beherrscht. Der Grundtenor all dieser Auseinandersetzungen war antisowjetisch, antikommunistisch und damit gegen eine antifaschistisch-demokratische Entwicklung Berlins gerichtet, wie sie in den Ländern der sowjetischen Besatzungszone zunehmend erfolgreich vonstatten ging.

---

<sup>10</sup> Dass Schicksal dieses ehrlichen Sozialdemokraten hat der Historiker Norbert Podewin in seinem Buch „Otto Ostrowski – der gelöschte Bürgermeister. Ein Schicksal im Berlin des Kalten Krieges“; Edition Luisenstadt; Berlin 2005. untersucht.

Der markanteste Eingriff in das Leben Berlins und der Berliner war die von den USA mit Unterstützung der anderen westlichen Besatzungsmächte bewirkte Durchsetzung der **separaten Währungsreform auch in Berlin**.

Diese und deren Auswirkungen auf das Leben der Berliner haben wir oben verdeutlicht.

In der Folge dieses rechtswidrigen Eingriffs in das Leben der Berliner wurden - mit Billigung oder auf Anordnung der westlichen Stadtkommandanten - zunehmend einzelne Behörden oder Abteilungen des Berliner Magistrats, die im Roten Rathaus in der Parochialstraße nahe dem Alexanderplatz den Berlinern zur Verfügung gestanden hatten, nach Westberlin verlagert!! Die betroffenen Bürger standen vor verschlossenen Türen!

### **Die Sezession verantwortungsloser Stadtverordneter und die definitive politische Spaltung Berlins**

Mit Billigung oder auf Veranlassung der drei westlichen Besatzungsmächte verabredeten der SPD, CDU und LDPD angehörende Stadtverordnete, sich am 6. September 1948 in der „taberna academica“ nahe der Technischen Universität (TU) in Westberlin zu versammeln, um dort **rechtswidrig** ein illegales separates Westberliner Gremium, eine separate Westberliner Stadtverwaltung zu „kreieren“. Diese Westberliner Verwaltung verweigerten den regulären legalen Behörden Großberlins den Gehorsam und torpedierte damit die normale Verwaltung der ganzen Stadt. Am 7. Dezember 1948 „wählten“ sie Ernst Reuter illegal zum OB Westberlins, Dieses Amt konnte er dank der westlichen Stadtkommandanten bis zum 29. September 1953 ausüben.

Im von den Alliierten besetzten Berlin konnte all solches nur mit **ausdrücklicher Billigung und Unterstützung, wenn nicht sogar auf „Befehl“** der drei **westlichen Besatzungsmächte, der USA, Großbritanniens und Frankreichs** geschehen! Es war **ein weiteres Komplott gegen den Osten, gegen die Sowjetunion** als vierter Besatzungsmacht, um die **sowjetische Besatzungszone, also Ostdeutschland, politisch und wirtschaftlich zu schwächen und letztlich „sturmreif“ zu machen.**

In der Folgezeit wurde für Westberlin ein "Regierender Bürgermeister“, der im Schöneberger Rathaus (im Rathaus Schöneberg) seinen Platz fand, mit einem "Senat" und "Senatoren" "kreiert". Diesem wurden alle in Westberlin gelegenen Bezirksämter und Verwaltungen Berlins unterstellt, ja unterworfen – ohne Rücksicht auf die dort von den Berlinern gewählten örtlichen Volksvertretungen, die jeweiligen Stadtbezirksverordneten-Versammlungen.

Es wirkte sich aus, was ich im Sommer 1946 überdeutlich in Westberlin als Fortbestehen nazistischen Gedankenguts in den Köpfen vieler Menschen empfand und auch

erlebte, dass in Westberlin wie auch in Westdeutschland keine ernst zu nehmenden Anstrengungen unternommen wurden, den Hitlerfaschismus, vor allem auch geistig-ideologisch zu überwinden. So trug das Fortbestehen von Antisowjetismus und Antikommunismus aus der Nazizeit in den Köpfen vieler Westberliner dazu bei, dass viele von ihnen diese Abspaltung Westberlins als Schritt in die „Freiheit“ begrüßten, teilweise bejubelten. Das galt besonders für den am 7. Dezember 1948 in Westberlin als dortigen OB eingesetzten Ernst Reuter

Zweifellos war die separate Währungsreform mit ihrer Erstreckung auf Berlin und im Gefolge dessen mit der Spaltung der ordentlichen Verwaltung Berlins eine gefährliche Operation des von den USA im Bündnis mit ihren westlichen Verbündeten betriebenen „Kalten Krieges“. eine Operation, die in sich den Schritt zum heißen Krieg in sich barg, der ganz leicht hätte passieren können und den die USA offenbar auch einkalkuliert hatten.

Jedenfalls war **Westberlin** auch durch diese Sezession und die damit zusammenhängenden Provokationen dafür reif gemacht, nach der von den USA offensichtlich erwarteten Gründung der DDR im Interesse der USA und ihrer Verbündeten die Rolle zu spielen, die ihr vom Westen schon immer zgedacht war, nämlich "Frontstadt" (gegen den Osten, gegen die Sowjetunion) und "Pfahl im Fleische der DDR" zu sein, also eine militärpolitische, kriegslüsterne, auf Krieg gegen den Osten ausgerichtete Rolle zu spielen.

Was die Spalter Berlins dieser Stadt zgedacht hatten, ist unübersehbar dann auch daran ablesbar, dass in deren „Verfassung von Berlin“ vom 1. September 1950, die nur für Westberlin wirksam werden konnte, im Art. 1 Abs. 2 zu lesen steht: „Berlin ist ein Land der Bundesrepublik Deutschland.“ Sie wollten also über ihre rechtswidrige Sezession ganz Berlin dem Westen, also der kapitalistischen, nazifreundlichen US-hörigen BRD zuschreiben, also dieser einverleiben.

## **Das weitere Schicksal Berlins, nunmehr nur Ostberlins**

All das, was hier nur kurz skizziert wurde, so die Verlagerung von Berliner Behörden in den Westteil der Stadt, führte zu einer Lähmung der Verwaltungstätigkeit des Berliner Magistrats und zu einer wachsenden Unzufriedenheit der Berliner. Sie machten ihrer Unzufriedenheit mit Demonstrationen vor dem Roten Rathaus Luft.

Nun war das Maß voll!

Der „Demokratische Block“ Berlins, in dem sich die politischen Parteien und Massenorganisationen Berlins zusammengeschlossen hatten, verlangte in Wahrnehmung der Interessen der Berliner am 30. November 1948 die Absetzung des bisherigen, von den Spaltern beherrschten Magistrats wegen der Missachtung der demokratischen



Rechte der Bürger, wegen Verletzung der Lebensinteressen der Bevölkerung und damit der Verfassung Berlins. Auch forderte er die Einsetzung eines provisorischen Magistrats, der bis zur Durchführung allgemeiner demokratischer Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung in ganz Berlin und der dadurch ermöglichten Wahl eines durch sie legitimierten demokratischen Magistrats für ganz Berlin tätig werden sollte. Diese Forderung des Demokratischen Blocks wurde durch eine riesige Demonstration der Berliner vor dem Roten Rathaus kräftig unterstützt.

Die derzeitige Stadtverordnetenversammlung billigte einstimmig diesen Beschluss des Demokratischen Blocks und wählte - entsprechend dessen Vorschlag - Friedrich Ebert, einen Sohn des gleichnamigen Reichspräsidenten in der Weimarer Republik, zum Oberbürgermeister Berlins.

Nun setzte endlich - für die Berliner erlebbar - wieder Ordnung ein und ihr normales Leben kam wieder in Gang.

Später, nach der Gründung der DDR, konnte Ostberlin (im sowjetischen Sektor Berlins) die ihr nach der Verfassung der DDR zukommende Funktion ihrer **Hauptstadt** zunehmend immer erfolgreicher und sichtbarer erfüllen, so vor allem in Gestalt der an Zahl und Bedeutung größer gewordenen diplomatischen und anderen Vertretungen anderer Staaten in der DDR.

Aber Berlin blieb die Stadt, an der sich die Gegensätze der Besatzungsmächte - in verschiedensten Formen - äußerten.

**Die Berlinfrage**, die sich bereits 1948 besonders zugespitzt hatte, **blieb ungelöst**.

Die krasseste und gefährlichste Situation aber war die Verhinderung einer den Frieden in Europa sichernden Vereinbarung der vier Alliierten über die Berlinfrage im Jahre 1961.

Die Sowjetunion, namentlich Chruschtschow, sah schließlich keine andere Lösung als die, die Grenzen der DDR mit ihrer Hauptstadt (Ost)Berlin zur BRD und zu Westberlin, das niemals ein Bestandteil der BRD war oder werden konnte, zuverlässig zu schließen. Den Befehl dazu hatte – wie später öffentlich bekundet – Chruschtschow persönlich erteilt.

**Die Spaltung der Berliner Justiz<sup>11</sup>**

Besondere **offen kriminelle** Formen nahm die Spaltung der Berliner **Justiz** an. Ursprünglich gab es in (ganz) Berlin gemäß der überkommenen Struktur Amtsgerichte,

---

<sup>11</sup> In diesem Abschnitt werden auch einige Informationen aus dem Buch „Zur Geschichte der Rechtspflege der DDR. 1945 – 1949“, Staatsverlag der DDR, Berlin 1976, verwertet.

ein Landgericht und ein Kammergericht (die beiden letzteren hatten ihren Sitz in dem gut bekannten Gebäude in der späteren, nahe dem Alexanderplatz gelegenen Littenstraße, zuvor Neue Friedrichstraße, in Ostberlin.

Der erste Präsident dieses Kammergerichts nach 1945 war Prof. Dr. Arthur Kanger (später Ordinarius für Kriminalistik an der Humboldt-Universität). Er war von der Sowjetischen Besatzungsmacht eingesetzt worden. Vizepräsident wurde Strucksberg, ab 1946 war er Präsident des Kammergerichts.

In die umfängliche Rechtsprechungstätigkeit dieses Gerichts gibt das Buch von Klockmann einen aufschlussreichen Einblick. Diese Rechtsprechung betraf Nazi- und Kriegsverbrechen, Wirtschaftsverbrechen und andere in jenen Jahren aktuelle gewesene Straftaten.<sup>12</sup> Aber bereits nach dem Einmarsch der US-Truppen gab es „Einbrüche“ in diese traditionelle einheitliche Berliner Justiz: Als ersten Akt der Spaltung der Berliner Justiz erteilte der us-amerikanische Stadtkommandant dem Direktor des Zehlendorfer Landgerichts (für Zivilsachen) den Auftrag, ein eigenes Landgericht, das LG II, zu bilden. Es sollte als Rechtsmittelgericht für die im us-amerikanischen Sektor gelegenen Amtsgerichte fungieren. Auch die Briten wollten für ihren Sektor ein eigenes Landgericht im Stadtbezirk Charlottenburg haben.

Die US-Amerikaner und Briten hatten somit - in Abweichung vom traditionellen Justizaufbau nach dem überkommenen Gerichtsverfassungsgesetz (GVG) vom 27. Januar 1877, den die Sowjetische Besatzungsmacht akzeptiert und zur Grundlage des Neuaufbaus der Justiz in Berlin gemacht hatte, - nach eigenem Gutdünken in Westberlin einen „neuen“ Justizaufbau zu errichten versucht. Die Traditionen der deutschen Justiz und der deutschen Richter kümmerten sie wenig.

Mit zähen Verhandlungen gelang es dann doch, im Oktober 1945 einen der traditionellen Struktur entsprechenden einheitlichen Gerichtsaufbau für Berlin zu vereinbaren. Das „Stadtgericht“ wurde – wieder – das Kammergericht im Stadtbezirk Mitte. Dort war auch das Landgericht sowie damals das Amtsgericht Berlin-Mitte.

Allerdings blieben noch viele weitere Streitpunkte: Einer der wesentlichsten bestand darin, dass die Westmächte die in der sowjetischen Besatzungszone ermöglichte Ausbildung von „**Volksrichtern**“ nicht akzeptierten. Diese außergewöhnliche Ausbildung neuer Richter und Staatsanwälte war die s. Zt. **einzig gegebene Möglichkeit**, vom

---

<sup>12</sup> Der Oberstaatsanwalt Karl Klockmann hat als Vertreter des Generalstaatsanwalts beim Kammergericht Berlin, Dr. Rolf Helm, die wichtigsten Entscheidungen dieses Gerichts in seinem Buch „Aus der Rechtsprechung des Kammergerichts in Strafsachen seit dem 6. Mai 1945“ gesammelt und im Deutschen Zentralverlag Berlin, 1950, herausgebracht. Dort können solche Entscheidungen nachgelesen werden.

Nazismus nicht belastete Richter und Staatsanwälte, möglichst ausgewiesene Antifaschisten, in die neue Justiz eines neuen antifaschistischen Deutschlands zu bringen. Den beiden vorgenannten Westlichen Alliierten war es – wie auch in anderen Zusammenhängen deutlich wurde – wichtiger, überkommene und übernommene Richter und Staatsanwälte zu haben, die bereits Hitler gedient hatten! Dass sie darin bei solchen Richtern und Staatsanwälten, aber auch bei Teilen der Bevölkerung, besonders in Westberlin, Unterstützung fanden, versteht sich - auch angesichts des Fortwirkens alten Gedankengutes dort - von selbst.

Für die Arbeit der Justiz ist überall das Wirken der **Polizei** als Organ der Ausführung von justiziellen Anordnungen unerlässlich. Denn das Gericht übt keine physische Macht aus und ist unbewaffnet. Zur Durchsetzung seiner Entscheidungen bedarf es der Polizei als deutlich erlebbarem Machtorgan. Aber in Berlin war bereits Anfang 1948 im US-amerikanischen Sektor eine Polizei eingerichtet, die alles andere als fortschrittlich war. Die endgültige Spaltung der Polizei in Stumm-Polizei im Westen und Volkspolizei im Osten war durch die Suspendierung des ordentlichen Polizeipräsidenten Markgraf Ende Juli 1948 durch die westlichen Stadtkommandanten eingeleitet worden. Diese Situation nutzt Dr. Johannes Stumm dazu, **Polizeidienststellen nach Westberlin zu verlegen** und die Polizeiangehörigen zu verpflichten, sich dort, im Westen, zum Dienst zu melden, also den „Osten“ im Stich zu lassen!.

Die dann unter dem Namen „Stumm-Polizei“ bekannt gewordene Polizei-Truppe hat sich als Machtorgan gegen jegliche andere, nicht westliche politische Tätigkeit gezeigt, erwiesen, wie ich das damals wiederholt unmittelbar miterlebt habe: Mehrere von den Polizeistöcken niedergeschlagene Mitbürger musste in Krankenhäusern medizinisch versorgt werden! *Das erinnerte mich an Attacken der kaiserlichen Polizei, die zu Pferde mit blankem Säbel gegen unbewaffnete Demonstranten vorgegangen war.*

Für die Tätigkeit der Berliner Justiz bedeutet diese Spaltung der Polizei, dass richterliche Anordnungen, so Vorführungersuchen, von Ostberliner Gerichten **in Westberlin nicht ausgeführt** wurden: Betreffende Personen, so Kriminelle aller Art, wurden auf diese Weise **von der „Westpolizei“ gegen die Ostberliner Justiz geschützt!** Die Anordnungen und Entscheidungen dieser Gerichte liefen leer! Eine konsequente Strafverfolgung war damit namentlich **gegen Nazi- und Kriegsverbrecher sowie gegen Wirtschaftsstraftäter verhindert.**

Auch die Arbeitsgerichtsbarkeit wurde durch Willkürakt des „Westens“ gespalten.

Schon zuvor hatte es aufgrund unterschiedlicher Auffassungen über die Aufgaben der Justiz im Nachkriegsdeutschland, besonders hinsichtlich der Strafverfolgung von Nazis oder nazifreundlichen Aktivitäten im „Dritten Reich“, vornehmlich hinsichtlich

des Anwendungsbereichs des Kontrollrats-Gesetzes Nr. 10, Differenzen zwischen den westlichen Stadtkommandanten einerseits und dem sowjetischen andererseits gegeben.

Bis Ende 1947 waren von den zahlreichen NS-Verbrechern **nur 873** Personen verurteilt worden. Erst nach Erlass des Befehls Nr. 201 der „Sowjetischen Militäradministration in Deutschland“ (SMAD) vom 16. August 1947 änderten sich die Zahlen: Im Jahre 1948 wurden 4 549 Personen verurteilt und dann im Jahre 1949 weitere 2 633.

Zu den Meinungsverschiedenheiten unter den vier Stadtkommandanten zur justiziellen Praxis in Berlin war bemerkenswert, dass sogar das Rechtskomitee der Alliierten Kommandantur von Groß-Berlin sich zu einer deutlichen Rüge veranlasst sah: In einem Schreiben an den Präsidenten des Kammergerichts Strucksberg vom 30. Dezember 1947 (unterzeichnet vom US-Vertreter dieses Gremiums als turnusmäßigem Vorsitzenden) wurden Maßnahmen zur Verbesserung der Rechtsprechung zur Bestrafung der Kriegs- und Naziverbrecher verlangt.<sup>13</sup>

Strucksberg hatte das Kontrollratsgesetz (KG) Nr. 10 ignoriert, entsprechende Prozesse verzögert, die Bestrafung betreffender Personen verhindert oder solche Prozesse nicht mit der den NS-Verbrechen gemäßen Härte durchgeführt.

Der in gleicher Weise agierende Generalstaatsanwalt Dr. Kühnast wurde am 29. Mai 1947 aufgrund seiner Suspendierung durch die Alliierte Kommandantur wegen gleicher Versäumnisse unter Hausarrest gestellt. Da er seinen Wohnsitz im sowjetischen Sektor Berlins hatte, war er dort zu vollziehen; dieser Hausarrest währte 431 Tage.

Aufgrund all derartiger „westlicher“, antisowjetischer Einflüsse sowie infolge von Nachwirkungen der nazistischen Vergangenheit in Berlin, namentlich in Westberlin, kam die Berliner Justiz bei der Erfüllung ihrer sich aus dem Potsdamer Abkommen ergebenden Aufgaben der Strafverfolgung von Nazi- und Kriegsverbrechern - im Gegensatz zur Entwicklung in den Ländern der sowjetischen Besatzungszone - in Rückstand und blieb gegenüber der dortigen konsequenten Strafverfolgung derartiger Verbrechen zurück.<sup>14</sup>

Die eigentliche und schließlich **vollständige Spaltung der Berliner Justiz** stand mit der **separaten Währungsreform** in unmittelbarem Zusammenhang: In welcher Währung sollten anfallende Gerichtskosten und die Gebühren der Anwälte entrichtet

---

<sup>13</sup> Siehe „Zur Geschichte der Rechtspflege der DDR. 1945 - 1949“. Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1976; S.175/176.

<sup>14</sup> So die Beurteilung der Lage durch die Deutsche Zentralverwaltung für Justiz (DJV); aaO. in „Zur Geschichte...“ S. 176.

werden? Soweit angezielt war, dies nach Maßgabe des Sitzes des angerufenen Gerichts zu bestimmen, ergab sich, dass Recht suchende Bürger des Öfteren kein Geld in der entsprechenden Währung besaßen; letztlich wurden mitunter keine Gerichtskosten erhoben. Die Anwälte verwiesen vielfach auf ihre Kollegen im anderen Sektor.

All das verursachte eine sich über Jahre und Jahrzehnte erstreckende beispiellosen Entfaltung von Kriminalität, obzwar diese dann in der DDR – im deutlichen Gegensatz zur Zunahme der Kriminalität in der BRD – nach 1952 unübersehbar abnahm. (Die DDR gehörte in der Welt zu den Staaten mit der geringsten Kriminalität.)

Auf dem Hintergrund der außerordentlich hohen Nachkriegskriminalität in Berlin kam es damals zu massenhaften, zuvor unbekanntem Kriminalitätserscheinungen, wie Schmuggel aller Art, spezifische Spekulationsdelikte, massenhaft geförderte Diebstähle, so der S-Bahn Verbindungen (Kabel aus Buntmetallen), deren Entwendung den mit Mühe wiederhergestellten S-Bahnverkehr immer wieder massiv störte. Denn dieses Buntmetall wurde für begehrtes „Westgeld“ in Westberlin an den Sektorengrenzen postierten, sich unter den Augen der „Stumm-Polizei“ als Hehler erweisenden Aufkaufstellen "umgesetzt". (Die Westberliner Polizei tolerierte ausdrücklich und willentlich solche Kriminalität sehenden Auges, um dem „Osten“ zu schaden.) Das war eine offizielle amtliche Förderung und Unterstützung derartiger Täter, also Beihilfe zu deren Taten. Das war währungsökonomischer und offen krimineller **Kalter Krieg**.

Die USA und die von ihr abhängigen westdeutschen und westberliner Behörden verhinderten ein sachgerechtes normales, legales "Umtauschverhältnis". Sie taten alles, um die Wirtschaft in Ostdeutschland, besonders in Ostberlin, zu stören und ihr Schaden zuzufügen. Es kam ihnen zu pass, dass auf diese Weise ein "**schwarzer Geldmarkt**" entstand, der der Wirtschaft im Ostteil der Stadt und generell der ostdeutschen Wirtschaft enormen wirtschaftlichen und moralischen Schaden zufügte.

Das war gewollt und gehörte zu dem politischen Gesamtkonzept, Ostdeutschland, einschließlich Ostberlin, wirtschaftlich und dann auch politisch kaputt und damit "**sturmreif**" zu machen, für die "Befreiung der 'Soffjetzone'", wie es Adenauer aussprach.

### **Die Schaffung einer separaten Westberliner Justiz**

Auf der gleichen Linie des Wirkens dieser Spalter lag die Verbringung (in Wahrheit Diebstahl) von Bürogeräten, vor allem von damals nur unzureichend vorhandenen alten Schreibmaschinen, von Gerichtsakten und ebenfalls nur spärlich vorhandener Fachliteratur in den Westen. Auf diesem kriminellen Wege wurde - wie sich später herausstellte - die Verlagerung von Gerichtsbehörden in den Westen und die Sezession eines Teils der Berliner Justiz vorbereitet

Um die vollständige Spaltung der einheitlichen Berliner Justiz zu bewirken, wurden unter dem Schutz der westlichen Militärkommandanten und der Westberliner Polizei, der „Stumm-Polizei“, ein neues Kammergericht und ein neues Landgericht (am Tege-ler Weg), für Zivilsachen geschaffen. Das für schwere Strafsachen erstinstanzlich zuständige und als zweite Instanz für Strafsachen zuständige Landgericht befand sich bereits in Moabit, in Westberlin.

Bei den vorgenannten kriminellen Unternehmungen wurde der am Kammergericht in der Littenstrasse Beschäftigte Oskar Scheiblich beobachtet. Am 3.2.1949 wurde er von Staatsanwalt Berger festgenommen. Scheiblich bekundete, schon vor vielen Wochen vom Präsidenten des Kammergerichts, Strucksberg, den „Geheimauftrag“ bekommen zu haben, Akten und andere Sachen in den Westen zu verbringen. Er hatte fünf entsprechende Transporte ausgeführt. Auch das Transportmittel, ein PKW des Kammergerichts (ebenfalls damals eine Kostbarkeit), sollte im Westen verbleiben.

Noch am gleichen Tage wurde der Täter vom „Schnellgericht Berlin-Mitte“, das zum Zwecke unverzüglicher Ahndung von damals ganz massenhaften Straftaten eingerichtet worden war, abgeurteilt. Er bekam 18 Monate Gefängnis. Daraufhin flüchtete der Drahtzieher Strucksberg in den Westen, ohne dort - etwa von den westlichen Stadtkommandanten oder der „Stumm-Polizei“ - belangt zu werden. Im Gegenteil: er konnte am 4. Februar 1949 die „Verlegung“ des Kammergerichts nach Westberlin in das im britischen Sektor gelegen York-Haus am Ferbelliner Platz durchführen. So setzte sich Anfang Februar 1949 dieser Präsident des Kammergerichts - wie auch der Generalstaatsanwalt Berlins Dr. Kühnast - ohne ordentliche Abmeldung bei ihren Vorgesetzten und ohne Übergabe der Geschäfte nach dem Westen ab: Sie **desertierten!** Ihnen folgten eine Reihe von Richtern, Staatsanwälten und anderen Justizangestellten, die ebenfalls antisowjetisch, gegen die antifaschistisch-demokratische Entwicklung in Ostdeutschland eingestellt waren.

Ob ausdrücklich beabsichtigt oder zumindest gewünscht, entsprach ihr Verhalten der generellen politischen Zielstellung unserer Gegner, in Ostberlin die Rechtspflege kaputt zu machen und den Berlinern, vor allem den Bürgern Ostberlins, eine geordnete Rechtspflege und nicht zuletzt den notwendigen Schutz vor der damals noch sehr hohen Kriminalität zu nehmen.

Jedenfalls entstand auf dem Gebiete der Rechtspflege in Ostberlin ein **Notstand**, der nur durch außerordentliche Maßnahmen umgehend überwunden werden konnte. Diese mussten von der Zentralverwaltung der Justiz (DJV) eingeleitet werden. Dabei halfen die Ostdeutschen Länder: Vor allem musste die in Berlin bis dato verhinderte oder zumindest eingeschränkte Heranziehung von Volksrichtern nach entsprechender (gekürzter Ausbildung) nachgeholt werden. Dem entsprach der Befehl Nr. 16 der Sowjetischen Militäradministration (SMAD) vom 17. Februar 1949 „Über die Heran-

ziehung neuer demokratischer Kräfte für die Justizbehörden“ (VOBl. Berlin, S. 60). In Erfüllung dieses Befehls kamen bereits im Oktober 1949 fünfundvierzig auf diese Weise ausgebildete Juristen als Richter und Staatsanwälte zum Einsatz in der Berliner Justiz.

Ende 1949 waren etwa die Hälfte der Staatsanwälte und Richter im demokratischen Sektor Berlins Absolventen von Richterschulen, davon fast ein Drittel **Frauen**. Das war ein historischer Einbruch in die bis dato von Männern beherrschte Domäne der Justiz – dem entsprach damals auch das Erscheinungsbild der Teilnehmer an den Vorlesungen der juristischen Fakultät in Berlin: die ganz wenigen Studentinnen konnte man mit der Lupe suchen! -

Personell wurde in Ostberlin Hans Freund Präsident des Kammergerichts, als solcher fungierte er von 1949 bis 1950 im Gebäude in der Littenstrasse. Ihm folgte Hans Ranke, der zunächst dessen Stellvertreter gewesen war. Er wurde 1957 stellvertretender Justizminister und dann Staatssekretär in diesem Ministerium. Rolf Helm wurde 1949 Generalstaatsanwalt beim Kammergericht und später Abteilungsleiter im Ministerium der Justiz. Er war vor seiner Berufung nach Berlin Generalstaatsanwalt im Lande Sachen gewesen, wo er besondere Erfahrungen bei der Verfolgung von Nazi- und Kriegsverbrechern sowie von Wirtschaftsstraftätern hat sammeln können. Mit Hilde Neumann, der der Neuaufbau des Landgerichts in der Littenstrasse übertragen wurde, stand **erstmalig** eine **Frau** an der Spitze eines solchen Gerichts.

Es gab nun faktisch **zwei** Kammergerichte und **zwei** Landgerichte, die sich gegenseitig nach „allen Regeln der Kunst“ justiziell und auch sonst bekämpften.

Kriminelle Naturen hatten. wie oben dargestellt, bereits zuvor für dieses Unternehmen Akten, technische Geräte und Fachliteratur aus den Gerichten im Ostteil der Stadt gestohlen und illegal nach Westberlin verbracht.

Die so, also auch auf kriminelle Weise, geschaffene **separierte Westberliner Justiz** hat sich bis zum äußersten demaskiert. Sie hat sich demgemäß auch - nicht zuletzt aufgrund ihrer personellen Zusammensetzung, die der in Westdeutschland entsprach - vielfach als antisowjetisch, als antisozialistisch dargestellt und erwiesen. Dazu gehörte die bereits erwähnte Nichtanerkennung von Volksrichtern. Gerade dies beförderte den personellen Erhalt und Fortbestand dieser buchstäblich **alten** Justiz. Volksrichter wurden in Westberlin nicht geduldet, aber Richter und Staatsanwälte aus der Nazi-zeit, Beamte im Geiste des Nazismus, des Antikommunismus und Antisowjetismus, Feinde der DDR machten Karriere! Die Richterschaft und auch das Personal der Staatsanwaltschaft in Westberlin "säuberten" sich umgehend vom Antifaschismus.

Die oben beschriebene Spaltung der Berliner Justiz hat somit, wie auch die folgenden Jahre und Jahrzehnte bewiesen, in ihrer politischen Funktion mit ihrer DDR-Feindlichkeit über Jahrzehnte fortgewirkt.

Was hatte der „Westen“ geschafft?

**Nun war auch Berlin in seiner Währung, seiner Wirtschaft und seiner politischen und staatlichen Verwaltung gespalten.**

**Zwei einander feindlich gegenüberstehende Teile Berlins markierten den „Kalten Krieg“ in dieser Stadt.**

Die zeitgleich mit der rechtswidrigen Durchsetzung der separaten Währungsreform in Berlin (Westberlin) bewirkte **definitive Spaltung Berlins**, namentlich seiner Verwaltung und seiner Justiz, erwies sich als **Modell** der alsbald danach bewirkten **Spaltung Deutschlands**.

In Berlin standen sich im Ergebnis der dargestellten Spaltung seiner Justiz zwei inhaltlich rechtspolitisch diametral entgegengesetzte Justizsysteme gegenüber.

In Ostberlin eine neue, fortschrittliche Justiz, die mit der Entwicklung in den ostdeutschen Ländern, später in der DDR sich vollziehenden Entwicklung Schritt hielt, jedenfalls eine klare antinazistische Haltung und Einstellung bewies. Demgegenüber spielten in Westberlin "alte", vielfach reaktionäre und antikommunistische Kräfte die maßgebliche Rolle.

Dieser sonst so nicht erlebbare krasse Gegensatz war über viele Jahrzehnte nicht übersehbar und wirkte sich nach der Liquidierung der DDR auch bei der rechtswidrigen Strafverfolgung von Bürgern der DDR durch die - nun wieder formell als Gesamtberliner Justiz agierende - überdeutlich aus

Wir konnten auf dem Gebiet des Strafrechts eine Reihe dieser so eingestellten Staatsanwälte und Strafrichter - bzw. deren „Schüler“ - bei der rechtswidrigen Strafverfolgung von DDR-Bürgern (auch von Richtern und Staatsanwälten)<sup>15</sup> als forsche Feinde der DDR erleben.

---

<sup>15</sup> In meinem Buch „DDR–Strafrecht unterm Bundesadler“, das im Jahre 2011 im Kai Homilius Verlag erschien, habe ich juristisch exakt –bis heute unwidersprochen! – diese rechtswidrige Strafverfolgung nachgewiesen. Eine etwas kürzere Darstellung dieses Themas findet sich in meiner Schrift „Der dritte Akte der Totalliquidierung, Rechtsbrüche und Unrechtsurteile am laufenden Band.“, die im Jahre 2012 im GNN-Verlag erschien.



**Die Ostberliner hatten nun – nach 1990 – in Strafsachen zu den Gerichten und Staatsanwaltschaften in „Feindesland“ zu gehen, soweit sie nicht durch die „Westpolizei“ dorthin verbracht wurden.**

## **Schritte zur unmittelbaren Spaltung Deutschlands**

Wir haben nunmehr den Faden, der zur Bildung des westdeutschen Separatstaates und zur Gründung der DDR führt, wieder aufzunehmen.

Die durch die separate Währungsreform der USA bewirkte tief greifende Spaltung Deutschlands war nur der unübersehbare massive Anfang der vollständigen Spaltung Deutschlands - durch die USA und ihre Verbündeten.

Bereits am 1. Juli 1948, also wenige Tage nach der separaten Währungsreform - was den Zusammenhang dieser beiden Vorgänge unübersehbar macht - verlangten die drei westlichen Militärgouverneure, voran General Lucius D. Clay, gemäß den bereits vor der Durchführung der separaten Währungsreform verabredeten „Londoner Empfehlungen“, die vorsahen, einen westdeutschen Separatstaat zu schaffen, von den Ministerpräsidenten der westdeutschen Länder **bis zum 1. September** des gleichen Jahres (also **binnen zweier Monate!**) eine verfassungsgebende Versammlung einzuberufen.

Es sollte - wie in den „Londoner Empfehlungen“ unter Verletzung des Potsdamer Abkommens verabredet - **umgehend ein westdeutscher Separatstaat** gebildet werden. Dieser sollte mit seinem weitgehend unangetastet gebliebenen ökonomischen und militärischen Potential eine Hauptsäule der NATO in Europa werden. Aber die Ministerpräsidenten der westdeutschen Länder wussten um die Stimmung in ihren Ländern und wollten deshalb keine separate westdeutsche Verfassung und keinen separaten westdeutschen Staat, die die Spaltung Deutschlands über die Währungsspaltung hinaus weiter vertiefen würde. Was tun? Dem Befehl der Besatzungsmächte zu widersprechen und ihn nicht zu befolgen, ging nicht. Was konnten die westdeutschen Ministerpräsidenten tun? Der „schlaue Fuchs“ Adenauer wusste einen Ausweg, den er den westlichen Militärgouverneuren, vor allem Clay, schmackhaft machen konnte. Er **„erfand“** einen "Parlamentarischen Rat", ließ sich durch die Länderparlamente in diesen Vertreter entsenden und nahm - als „Ältester der Anwesenden“ - ohne jede Abstimmung - den Vorsitz dieses Rates ein. Für dieses Gremium gab es weder in den Länderverfassungen, noch in der Weimarer Verfassung, auf die das GG mehrfach Bezug nimmt, eine Rechtsgrundlage und erst recht nicht im Potsdamer Abkommen. Meine Formulierung "**erfand**" ist somit mehr als zutreffend.

Am 23. Mai 1949 wurde das "Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland" - nachdem die westlichen Besatzungsmächte es mit einigen Änderungen, die vor allem ihre Rechte an und auf Berlin zu gewährleisten hatten, und nachdem die Länderpar-

lamente **innen einer Woche (!) ihr Ja** (oder Nein) zu diesem GG kundtun durften, von diesem in keiner Verfassung oder ähnlichem Rechtsakt vorgesehenem "Rat" angenommen, formell ausgefertigt und verkündet. Es wurde in einem "Bundesgesetzblatt" eines Staates, den es noch gar nicht gab, auf S. I ff veröffentlicht.

Dieses Datum des 23. Mai galt in der Folgezeit vielfach als Gründungsdatum der BRD. Ein Staatsfeiertag wurde es nicht. Den Bürgern der westdeutschen Länder wurde dieses GG als amtliches fertiges Produkt **vorgesetzt**. Sie wurden ihm - wie einem Befehl - unterworfen. Irgendwelche ernst zu nehmenden Erläuterungen dieses Produkts gab es nicht. Übrigens hat auch der später gewählte Bundestag das GG niemals durch einen Beschluss der westdeutschen Volksvertreter bestätigt oder bekräftigt. So etwas hielt niemand für erforderlich.

Keiner der unabhängigen bundesdeutschen Richter, bis zu denen des BVerfG, hat jemals das Zustandekommen des GG und damit der BRD hinterfragt!

Es sei dahingestellt, ob Adenauer jemanden über seine geheimen Pläne aufgeklärt hatte, aber im Nachhinein wird sein weit reichender Schachzug nachvollziehbar. Aufgrund seiner politischen und Lebenserfahrung wusste er: Es kommt stets auf das Ergebnis an. Wenn es allgemein akzeptiert wird, fragt niemand mehr, wie es zustande kam, ob rechtmäßig oder rechtswidrig. Da das Produkt, das GG, bei allen für die Entwicklung Westdeutschlands mächtigen und maßgebenden Kräften und Mächten Billigung erfuhr, so vor allem bei den USA und den anderen westlichen Besatzungsmächten, weil ja nun der Weg zu einem westdeutschen Separatstaat geöffnet war, ebenso bei allen Adenauer politisch nahe stehenden reaktionären Kräften, weil sie nun eine Macht sahen, die die "Befreiung der 'Soffjetzone'" bewirken könnte, fragte niemand von diesen mehr, wie das GG zustande gekommen war.

Wir hatten wieder einmal das in der bürgerlichen Rechtslehre anerkannte Ergebnis: Die **normative Kraft des Faktischen**, also die geschaffene Tatsache herrscht über das Recht und die Rechtlichkeit.

**Ganz so wie nach einem Krieg: Der Sieger hat nichts zu befürchten!**

## **Adenauers Grundgesetz und „seine“ BRD**

Adenauer rechnete damit und hatte auch persönlich darauf abgezielt, dass er der erste Bundeskanzler werden würde. Da sein Wohnsitz in Bonn lag, wurde Bonn am Rhein die Hauptstadt der BRD. Adenauer hatte so seinen Amtssitz als Bundeskanzler direkt vor seinem Wohnsitz. Selten war in der nachmonarchistischen, in der republikanischen Zeit ein Staat mit seinem Aufbau dermaßen auf eine Person, Adenauer, zugeschnitten, wie der westdeutsche Separatstaat, die BRD. Das ist an einigen juristischen Auffälligkeiten - über die vorgenannten hinaus - erkennbar:

Das GG enthält im Art. 102 eine für Konstitutionen ungewöhnliche Bestimmung, nämlich die über die Abschaffung der Todesstrafe. Normalerweise findet sich eine solche Bestimmung im Strafgesetzbuch. Falls in einer Konstitution solches angestrebt wird, wird dem Gesetzgeber ein entsprechender **Gesetzgebungsauftrag** erteilt, damit dieser die spezifisch strafrechtlichen Fragen in einem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren prüft und ins Parlament einbringt.

Warum musste eine derart spezifische Rechtsfrage im so zweifelhaft zustande gebrachten -GG "entschieden" werden? Kaum eine andere Regelung im GG ist so definitiv abgefasst! Einen kriminalpolitischen Grund für die sofortige uneingeschränkte Abschaffung der Todesstrafe gab es 1948/49 wahrlich nicht! Die Kriminalität war damals in Ost und West sehr hoch; namentlich Morde waren im Gefolge der Verrohung vieler Menschen durch den Krieg (ein Menschenleben zählte nichts) nicht selten. In der Bevölkerung - und auch bei den politischen Parteien in Ost und West - gab es weder damals noch später Stimmen oder Stimmungen für eine sofortige Abschaffung der Todesstrafe.

Die Verankerung der obligatorischen sofortigen Abschaffung der Todesstrafe im Art. 102 GG war ein Werk Adenauers. Wem diente, wem nützte ein solcher ohne gebührendes gesetzgeberisches Verfahren durchgezogener Eilakt vor dem Mai 1949? **Er diente vornehmlich Nazi- und Kriegsverbrechern und rettete ihnen den Kopf!** Dass Adenauer keine konsequente Strafverfolgung dieser Verbrecher wünschte, ist bekannt. Ich verweise auf seine bereits erwähnte „Ehrenerklärung“ als Bundeskanzler für die „Deutsche Wehrmacht“ **und die Waffen-SS** vor dem ersten Deutschen Bundestag am 3. 12. 1952, die von den Abgeordneten der maßgeblichen Parteien mit Beifall bekräftigt wurde. Dazu gehört auch sein persönliches Schreiben als Bundeskanzler (auf entsprechendem Kopfbogen) an Generaloberst a. D. Hauser vom 17.12.1952, in dem er diesem gegenüber bestätigend betont, dass seine o. g. Ehrenerklärung „auch die Angehörigen der Waffen-SS umfasst, soweit sie ausschließlich als Soldaten ehrenvoll für Deutschland gekämpft haben.“

Ich erspare mir eine Erläuterung des Charakters des Hitlerkrieges und des Wirkens der Nazi-Wehrmacht sowie der Waffen-SS, besonders im Osten.

Eine weitere Auffälligkeit in Adenauers Wirken besteht in folgendem: Kaum war er - wie von ihm erstrebt - Bundeskanzler, da gehörte zu seinen ersten politischen Maßnahmen und Edikten das **Verbot der Freien Deutschen Jugend** vom 26. Juni 1951 - I335 **K** bis I335/51 - , der Organisation eben der Mädchen und Jungen, denen Hitler die Jugend geraubt hatte. Maßgeblicher, in dem von ihm unterzeichneten Erlass nachlesbarer Grund für dieses bis auf den heutigen Tag wirkende Verbot der FDJ in Westdeutschland war, dass sie sich auf die Teilnahme an den bevorstehenden "Weltfestspielen der Jugend und Studenten", diesmal in Berlin, 1950 vorbereiteten!

Der nächste Akt Adenauers war das im Eiltempo durchgedrückte "Erste Strafrechtsänderungsgesetz" vom 31. August 1951, das wegen dieser Eile unter dem Namen "Blitzgesetz" bekannt wurde. Dieses Gesetz betraf Staatsschutzbestimmungen. Aber es bestand **keine Notwendigkeit**, vor allem keine Eile, ein solches Gesetz jetzt zu erlassen.

Adenauer hatte selbst dafür gesorgt, dass sein GG im Art.143 **GG** die klassischen Staatsschutzbestimmungen, wie Hoch- und Landesverrat, enthielt. Wofür und gegen wen musste jetzt in aller Eile ins Strafgesetzbuch ein ganzes Kapitel für bzw. gegen Hoch- und Landesverrat aufgenommen werden? Aus einem ursprünglich gegen Nazis gedachten Entwurf eines Strafgesetzes wurde unter Adenauers maßgeblicher Regie erklärtermaßen ein **Strafgesetz gegen Kommunisten**.

Namentlich wurden über die klassischen Bestimmungen des Hoch- und Landesverrats hinaus /(Hochverrat war stets durch das Merkmal der Gewalt oder der Drohung mit Gewalt gekennzeichnet) weitere außerordentlich schwammige Strafbestimmungen unter der höchst bedenklichen Überschrift "Staatsgefährdung" (§ 88) aufgenommen. Es sollte ein Strafgesetz gegen "schleichenden Hochverrat" sein, den Adenauer den Kommunisten unterstellte.

Gerade dafür hatte man im Bundesjustizministerium einen erfahrenen Mann ausgewählt und herangezogen, den **Nazijuristen** Schafheutle, der im NS-Justizministerium auf dem **gleichen Stuhl** gesessen hatte, den er jetzt im Bundesjustizministerium einnahm!.

Das erste Strafgesetz Adenauers BRD war ein **Strafgesetz gegen Kommunisten**.

Demgegenüber war das erste Strafgesetz der DDR das **Friedensschutzgesetz** vom 15. Dezember 1950.

Nach diesem Gesetz Adenauers wurden viele Tausende Mitglieder der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) und Sympathisanten von Kommunisten **rechtswidrig** verfolgt. Als diese das Verbot der KPD durch das Verbotsurteil des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) mit vorbereitende und unterstützende politische Aktion der massenhaften rechtswidrigen Strafverfolgung von Kommunisten und ihren Sympathisanten ihre Aufgabe erfüllt hatte, war das BVerfG durch eine Verfassungsbeschwerde in den Stand gesetzt worden, die Recht- und Verfassungsmäßigkeit dieser Strafverfolgung zu prüfen:

Das Ergebnis im Urteil des BVerfG vom 21.März 1961 war eindeutig: Mitglieder der legalen KPD duften vor dem Verbotsurteil des BVerfG nicht wegen ihrer legalen Tätigkeit verfolgt werden - sie hätten also nicht verfolgt werden dürfen! All ihre Ver-

folgen und Verurteilungen waren somit nach dem Urteil des BVerfG rechtswidrig, Unrecht!

Selbstverständlich blieb im „Rechtsstaat“ BRD dieses Adenauer nicht genehme Ergebnis des BVerfG ohne Auswirkungen für die rechtswidrig verurteilten und verfolgten BRD-Bürger.

Und schließlich ist eben dieses Partei-Verbotsverfahren gegen die KPD anzuführen, das Adenauer als Kanzler im Jahre 1951 durch entsprechenden Antrag beim BVerfG in Gang gesetzt hatte. Er begnügte sich nicht mit einem solchen Antrag. Er nahm wiederholt auf das Verfahren Einfluss, drängte die - laut Adenauers GG unabhängigen - Richter und drohte ihnen damit, ihnen die Sache wegzunehmen und dem anderen Senat zu übertragen. Das **rechtswidrige KPD-Verbotsurteil** erging am 17. August 1956 (I BvB 2/51).

Diese Beispiele aus dem Bereich des Rechtswesens und der Justiz mögen genügen, um zu veranschaulichen, dass und wie Adenauer "sein" GG und "seine BRD" in der Hand gehabt hatte.

**GG und die darauf "errichtete" BRD waren für Adenauer und somit von ihm für sich maßgeschneidert-**

**Soweit zur Entstehung des GG und zu dem Einfluss**, den Adenauer auf dessen Zustandekommen und Inhalt, sowie dann auf den demgemäß konstruierten Staat, die BRD, hatte.

Nach der Verkündung des GG passierte zunächst nichts. Den Staat BRD gab es bis dato nur auf dem Papier des Bundesgesetzblattes. Sommer mit Urlaub und Ferien stand bevor.

Gleich danach, am 14. August, wurden die Bundesbürger zu Wahlen zu einem Bundestag aufgerufen, von dem sie nicht viel wusste. Was war das für ein Gebilde? Was sollte und durfte es? Darüber machten sich nur wenige Gedanken. Das hier und da sichtbar werdende "Wirtschaftswunder" blendete die Augen vieler Bundesbürger.

**Die Entstehung des westdeutschen Separatstaates**

Mit der Konstituierung des ersten Bundestages und des aus Vertretern der Länder bestehenden Bundesrates am 7. 9. 1949 **entstand die westdeutsche BRD**, dem die Wahl des ersten Bundeskanzlers, Adenauer, am 15. 9. 1949 folgte. Unmittelbar danach, am 21. 9. 1949, trat das Besatzungsstatut in Kraft. Damit beweisen die USA und die anderen westlichen Besatzungsmächte, dass dieser von ihnen installierte westdeutsche Separatstaat voll und ganz, natürlich vor allem militärisch und ökonomisch,

ihnen unterworfen blieb, der dann durch seine NATO-Mitgliedschaft in den Militärpakt der USA eingebunden wurde.

### **Das war die Spaltung Deutschlands, nun auch staatlich zementiert.**

Jedenfalls gab es jetzt - irgendwie - einen westdeutschen Separatstaat, die BRD, in dem die Westdeutschen unter einem Grundgesetz zu leben hatten, das ihnen mit dessen Verkündung (post festum) vorgesetzt worden war. Sie kannten es nicht und hatten auch keine Beziehung zu ihm. Dieser Vorgang muss als höchst undemokratisch, ja als demokratiefeindlich bezeichnet werden.

Zum Charakter und zur Funktion dieses westdeutschen Separatstaates fand der Verfassungsrechtler Helmut Ridder eine treffende Formel: „Dieses Kind des Kalten Krieges war zum Frontsoldaten ausersehen, sonst hätte es das Licht der Welt nicht erblickt.“<sup>16</sup>

Ebenso treffend sind die Worte Augsteins: „Die neue deutsche Armee wurde nicht gegründet, um den Bonner Staat zu schützen, sondern der neue Staat wurde gegründet, um eine neue Armee gegen die Sowjets ins Feld zu stellen – mag diese Ratio den Paten im In- und Ausland nicht voll bewusst gewesen sein.“<sup>17</sup>

### **Halten wir fest:**

Der westdeutsche Separatstaat wurde **auf Befehl der westlichen Militärgouverneure ohne jede Beteiligung der Bürger**, der westdeutschen Öffentlichkeit kriert.

Dieser Vorgang beruhte auf der das Potsdamer Abkommen schwerwiegend verletzenden separaten Währungsreform in Westdeutschland und **perpetuierte diesen Rechtsbruch**.

### **Es ist selbst ein Rechtsbruch.**

Das ausdrücklich als **Provisorium** geschaffene GG, unter dem die Bundesbürger nunmehr bereits 65 Jahre leben, leben müssen, hat **niemals eine demokratische Legitimation** erfahren.

Die verfassungsrechtlich im Art.146 GG vorgesehene Ablösung dieses Provisoriums durch eine ordentliche vom ganzen deutschen Volk in einer Volksabstimmung zu

---

<sup>16</sup> in H. Ridder, Die Souveränität der BRD und ihre Position in der westlichen Allianz“, Blätter für deutsche und internationale Politik (Köln) 1982/8, S. 920 ff, insbes. S. 928.

<sup>17</sup> R. Augstein, „Waffen statt Politik“ in Bilanz der Bundesrepublik, „Magnum“, Sonderheft, Köln 1961, S. 48.

beschließende Verfassung wurde 1990 absichtlich und vorsätzlich nicht genutzt.  
**Kanzler Kohl verbot es.**

## Die Gründung der DDR

Was hat dies alles mit der **Gründung der DDR** zu tun? Vieles, ja alles.

All das, was vorstehend in knappen Zügen vermittelt worden ist, war die langfristig angelegte Vorgeschichte, ohne die die Gründung der DDR nicht zu verstehen ist. Ich irre mich sicher nicht, wenn ich davon ausgehe, dass diese Vorgänge vielen Deutschen in Ost und West nicht (mehr) geläufig sind.

Wie kam es nun zu der Gründung unserer Deutschen Demokratischen Republik?

Auch ohne eine solche Staatsbildung konnte in Ostdeutschland die planmäßige gesellschaftliche Entwicklung vorangebracht werden. Es gab schon einen Halb- und einen Zweijahres-Plan. Die Planwirtschaft entwickelte sich, auch ohne einen ostdeutschen Staat. Die "Deutsche Wirtschaftskommission" (DWK) hatte von der Sowjetischen Besatzungsmacht Gesetzgebungsbefugnis erhalten. So war die von ihr beschlossene Wirtschaftsstraß-Verordnung vom 23. 9. 1948 bereits auf die Sicherung der Durchführung der Planwirtschaft in Ostdeutschland ausgerichtet.

Aber die Konstruktion eines westdeutschen Separatstaates schuf staats- und dann auch völkerrechtlich eine **neue, und zwar eine ernste Lage**.

Man muss sich das einmal richtig vorstellen: Plötzlich existierte in Westdeutschland, vor den Türen Ostdeutschland, ein westdeutscher Separatstaat, der als **Staat** alsbald völkerrechtliche Anerkennung der Westmächte erfahren würde und dann auch von diesen und weiteren westlichen Staaten umgehend erfuhr. Demgegenüber blieb Ostdeutschland ein **staats- und völkerrechtliches Vakuum** - mit all den sich daraus ergebenden Konsequenzen und Gefahren. Ein staatenloses Gebilde konnte - unter entsprechenden politischen Bedingungen - von der BRD ohne weiteres annektiert, kassiert werden. Es drohte eine ebenfalls rechtswidrige Einverleibung der Ostdeutschen Länder in diesen aus Rechtsbrüchen hervorgegangenen, Kapitalismus und -verdeckt - auch Faschismus konservierenden, offensichtlich kriegslüsternen Zielen der USA hörigen Staat.

Was konnten wir Ostdeutsche dagegen tun? Was konnte die Sowjetische Besatzungsmacht, als unsere Schutzmacht, die alle unsere demokratischen Reformen, angefangen mit der Bodenreform und der Enteignung der Nazi- und Kriegsverbrecher (im Lande Sachsen durch Volksentscheid) unterstützt hatte, tun? **Durch die Bildung der BRD war für Ostdeutschland, nein für ganz Deutschland, ein nationaler Notstand hervorgerufen worden.** Ein Notstand berechtigt den Betroffenen - ähnlich wie

im Falle einer Notwehr - immer zu außergewöhnlichen unüblichen Schritten und Maßnahmen, um die durch den Notstand hervorgerufenen Gefahren zu minimieren oder einzuschränken.

Es lag nahe, ja auf der Hand, gegen die rechtswidrige Bildung eines westdeutschen Separatstaates einen **eigenen Staat** zu setzen. Dafür gab es - unvorhersehbar - einige günstige Voraussetzungen.

Ich nenne die oben bereits erwähnte Diskussion um eine gesamtdeutsche antifaschistische demokratische Verfassung.

Die damit verbundene Bewegung für ein einheitliches demokratisches Deutschland hatte auch zur Bildung eines Deutschen Volksrats geführt, also zu einem Gremium, deren Mitglieder (in Ostdeutschland wie zu einem Parlament), ordnungsgemäß gewählt worden waren. Dieser Volksrat hatte dann auch den im Ergebnis der breiten Diskussion in Ost und West zustande gekommenen Entwurf dieser Verfassung (einer deutschen demokratischen Republik) als solchen formell gebilligt.

Damit waren - unbeabsichtigt - einige wesentliche Voraussetzungen für die Gründung eines eigenständigen ostdeutschen Staates gegeben: Es gab eine von den Ostdeutschen ordnungsgemäß **gewählte** Vertretung dessen Bürger in Gestalt des Volksrates

In dieser Situation eines nationalen Notstands war es sachgerecht und legitim, dass sich der Volksrat am 7. Oktober 1949 gemäß dieser Verfassung als Provisorische Volkskammer der (vorerst nur ostdeutschen) Deutschen Demokratischen Republik konstituierte. Eben so legitim und nahe liegend war es, dass diese Provisorische Volkskammer den ausgereiften Verfassungsentwurf für eine gesamtdeutsche Republik nun als Verfassung des ostdeutschen Teilstaates nahm und beschloss.

Dass ein in einer Notstandssituation geborener Staat in solchem Maße demokratisch legitimiert war, dürfte fast einmalig sein.

Demgegenüber beruhte die BRD - wie dargestellt - auf Rechtsbrüchen und hat bis heute keine demokratisch legitimierte Verfassung, sondern nur ein Verfassungsfunktion erfüllendes, auf Befehl der Besatzungsmächte produziertes, den Westdeutschen völlig undemokratisch vorgesetztes Papier, ein offizielles Provisorium, genannt Grundgesetz.

Die Gegensätze des Zustandekommens der beiden deutschen Teilstaaten können nicht krasser sein.



## Ein Nachwort

Manch ein Leser mag sich fragen, warum der Autor einen so langen „Anlauf“ zum eigentlichen Gegenstand, der Gründung der DDR, benötigte.

Das ist verständlich.

Indessen sind mir diese Zusammenhänge auch erst später, im Laufe meines Lebens, so richtig bewusst und deutlich geworden. Deshalb sah ich mich nicht in der Lage, sie auszuklammern.

Die Versuche, im Sinne des Potsdamer Abkommens und gemäß dem geäußerten Willen der Deutschen in Ost und West, die **Einheit Deutschlands zu erhalten und zu verteidigen**, waren gescheitert, waren von den imperialistischen Kräften des Westens nicht erwünscht und wurden von ihnen torpediert, unmöglich gemacht.

Schließlich blieb nur diese Lösung der Gründung der DDR in Ostdeutschland.

Deshalb ist diese Gründung der DDR vor allem Ausdruck eines langfristig eingeleiteten, gegen den vierten Alliierten, die Sowjetunion, gerichteten militärischen und militärstrategischen Bestrebens der USA und ihrer Verbündeten sowie nicht weniger Deutscher, so der um Adenauer, die in ihrer immer wieder unterstrichenen antisowjetischen Einstellung im Sinn des von den USA betriebenen „roll back“ die politischen und militärischen Siege der Sowjetunion, der Roten Armee im Zweiten Weltkrieg zunichte machen oder wenigstens korrigieren wollten, wozu vor allem gehörte, das weitgehend erhalten gebliebene militärische und wirtschaftliche Potential Westdeutschlands in einen künftigen Krieg einbringen zu können.

Nur so kann man die Bedeutung der Gründung der DDR verstehen.

Ihre Entwicklung und ihr Schicksal ist indessen ein anderes Thema.

Erich Buchholz

## ***Gerhard Schiller: Die DDR war demokratisch legitimiert***

Vor 70 Jahren wurde die DDR gegründet.

Aus Anlass dieses Tages, der für mich ein Ehrentag ist, will ich etwas aus meinem Leben in der DDR schreiben, speziell zur Gründerzeit.

Ich war damals noch unter 20 Jahre alt und habe die Gründerzeit mit jugendlicher Selbstverständlichkeit hingenommen. Es gab die SBZ und daraus die DDR. Na und? Weltanschaulich hatte ich damals als in der Nazizeit aufgewachsener Jugendlicher nichts am Hute gehabt.

Doch da gab im Nachbardorf ein Neulehrer laut Aushang einen Russisch- Kursus, und wir gingen wegen der Langeweile hin, aber auch mit bissel Interesse. Der Mann hatte das Zeug, in den Kursus Gedanken über die neue Zeit einfließen zu lassen, z.B., dass das herkömmliche Verhältnis inzwischen Arm und Reich doch ungerecht ist. Gerecht wäre es doch, wenn den Reichen etwas von ihrem weit über den Bedürfnissen liegenden Reichtum genommen und den Armen gegeben wird, damit diese nicht arm, sondern ausgeglichen leben können.

Das sagte uns zu, das verstanden wir. Und das war bei mir der Grundstein für die neue Weltanschauung oder überhaupt eine.

Aber es stand in Frage, wie es nach dem verbrecherischen Krieg Nazideutschlands weitergeht. Dafür musste man eine Einstellung haben! Wir verstanden, was wir schon gehört hatten, dass wir befreit worden sind. Von wem? Von den Alliierten, hier in der SBZ von den Russen! Schrecklich! Unsere in der Hitlerzeit über sie erhaltenen Vorurteile mussten wir ändern.

Die Mutter meiner Freundin sagte zu ihr, und sie zu mir: „In die SED könnt ihr eintreten.“ Jetzt haben wir das Sagen! Meine Freundin ließ sich überreden, eine Kreispartei- schule der SED zu besuchen. Mitglied der SED wurde sie erst auf dieser Schule. Und nach der Schule agitierte sie mich, der ich dann auch in die SED eintrat. Und so fanden wir die Entwicklung nachvollziehbar: Von der SBZ in die antifaschistische- demokratische Ordnung und den dann beginnenden Aufbau des Sozialismus. Wir kapierten, dass Ostdeutschland wirklich befreit worden ist und dass aber nun die Mitwirkung der Menschen erforderlich ist, denn ohne das Mitmachen der Menschen kann der Sozialismus nicht als Befreiung wirken und eine neue Zeit entstehen.

Das sagt sich heute so einfach und damals nicht so, aber auf diesen Gedanken sind wir schon gekommen. Wir waren ja auch nicht allein und hatten hinter uns das Kollektiv der osteuropäischen Volksdemokratien. Doch wir alle, das scheint heute unbegreiflich, sind das Opfer der internationalen Konterrevolution geworden. Von außen und von innen konnte der Revisionismus wachsen und gedeihen und den sozialistischen Aufbau schaden, bremsen, behindern, ersticken.

Die Chance, dass wir durch die Befreiung vom deutschen Faschismus durch die Rote Armee die Sowjetische Besatzungszone hatten, wo fortschrittliche, weil kommunistische Kräfte mit dem Aufbau des Sozialismus beginnen konnten, kommt so nicht wieder.

Ich möchte deshalb erläutern, wie es mit der DDR aufwärts ging und was ich als Schwerpunkt diese Entwicklung sehe, die der absolute Höhepunkt in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung war.

Wir hörten nach dem Krieg, dass die Mächte der Antihitlerkoalition das Potsdamer Abkommen abgeschlossen haben, das die Zukunft Deutschlands regelt. Das Land wird in vier Besatzungszonen eingeteilt mit der Bestimmung, dass Deutschland ein einheitliches Ganze bleibt und ökonomisch zusammen arbeitet. Die Einheit sowie ein Friedensvertrag sind das Gebot der Zeit. Und die Bestrafung und Enteignung der Nazi- und Kriegsverbrecher. Das fanden wir alle für logisch und richtig. Wir hörten aber auch, dass das nicht allen gefiel, besonders nicht den Wirtschaftsbossen. Aus ihren Kreisen, besonders der USA, kam als Leitmotiv der Satz: „Lieber das halbe Deutschland ganz, als das ganze Deutschland halb!“ Damit wurde die Spaltung Deutschlands eingeleitet und durchgeführt; bei bewusster Verletzung der Potsdamer Beschlüsse. Diesem Vorhaben musste in der SBZ ein Riegel vorgeschoben werden, der auf Realisierung der Potsdamer Beschlüsse gerichtet ist, und zwar durch Schaffung eines Gegenstaates. An den Sozialismus wurde gedacht, aber die Verhältnisse ließen nur eine antifaschistisch-demokratische Ordnung zu.

Am 2.6.1948 kamen die westlichen Besatzungsmächte mit den Nachbarstaaten Westdeutschlands zusammen, die Sowjetunion war gar nicht erst eingeladen worden, um Ihren Staaten die Bildung eines westdeutschen Separatstaates zu empfehlen; bekannt als Londoner Empfehlungen. Daraufhin haben diese am 1.7.1948 in Frankfurt/M den westdeutschen Länderregierungen die Dokumente übergeben, nach denen eine Bundesrepublik zu gründen ist; bekannt als Frankfurter Dokumente. Danach war als erstes ein Parlamentarischer Rat zu bilden, nicht zu wählen, dem Adenauer vorstand. Dieser sollte die Verfassung dieses Separatstaates ausarbeiten. Der daran beteiligte Prof. Carlo Schmidt sagte retrospektiv: „Wir waren nicht Herren unserer Entschlüsse. Wir hatten Vorlagen zu erfüllen“.

Mit dem Entwurf einer solchen Verfassung, Grundgesetz genannt, hatten die Bearbeiter 36 mal auf dem Petersberg beim Sitz der USA Militärregierung anzutreten, ehe diese das Grundgesetz am 23.5.1949 bestätigten, damit es am 4.8.1949 mit der Wahl des Bundestages in Kraft treten konnte. Das Wahlgesetz für diese Bundestagswahl war dem Parlamentarischen Rat am 5.9.1948 in dem von den Militärgouverneuren vorgeschriebenen Fassungstext angenommen worden (Wir ordnen nunmehr Kraft unserer obersten Gewalt an, dass das Wahlgesetz in der von uns abgeänderten Fassung angewandt wird ).

Beim Aufführen der Länder, in denen das Grundgesetz gelten soll, wurde immer wieder Westberlin mit aufgeführt, was immer zurückgewiesen wurde. Die Westberlin-Frage hat unabhängig davon zu Protesten der späteren DDR geführt, weil die BRD dort entgegen seinem Status Tagungen von Einrichtungen des Bundestages einschl. von ihm selbst vorgenommen hat. Nach einer Sitzungszeit von 4 Jahren haben die Alliierten 1972 deutlich erklärt, dass Westberlin kein Land der BRD ist. Die

BRD hatte bis dahin alles getan, damit Westberlin das Pulverfass war und blieb. Abgesehen davon waren nahezu alle westlichen Geheimdienste, sogar Taiwan, dort vertreten und haben es als Tor zum Osten genutzt. Diese Stadt wurde aber auch als Schaufenster des Kapitalismus gegenüber dem Osten aufgepöppelt, was alle diese Länder unterstützt haben. Und der RIAS blies seine Hetzsendungen in die Welt. Es gab viele Bezeichnungen für Westberlin, auch der Pfahl im Fleisch der DDR.

Am 16.11.1947 hat der Parteivorstand der SED zu einer Volkskongressbewegung für Einheit und gerechten Frieden in ganz Deutschland aufgerufen. Diese kam auch zustande, weil überall der Wille vorhanden war, die Lehren aus dem Krieg zu ziehen und mit der Vergangenheit zu brechen. Der erste Deutsche Volkskongress kam am 6./7.12.1947 in Berlin zusammen. Aus ihm bildete sich am 20.12.1947 ein Ständiger Ausschuss des Volkskongresses, der dem Parlamentarischen Rat in Westdeutschland am 3.5.1948 ein gemeinsames Treffen zu diesen die Deutschen bewegenden Fragen vorschlug. Das wurde abgelehnt.

Am 17./18.1948 hat dann die zweite Tagung eines Volkskongresses in Bremen stattgefunden, danach haben die westlichen Besatzungsmächte die ganzen Volkskongressbewegungen in ihren Zonen verboten. Das Verbot wurde auch für Westberlin ausgesprochen. Daraufhin fand der zweite Volkskongress am 18./19.3.1948 in Berlin statt. Der dort gebildete Deutsche Volksrat arbeitete eine Verfassung für eine deutsche Republik aus. In der Folge fanden Wahlen für den 3. Volkskongress statt, der am 30.5.1948 in Berlin tagte. Die Wahlbeteiligung dazu betrug 92 %.

Der Deutsche Volksrat konstituierte sich am 7.10.1949 zur Provisorischen Volkskammer, Wilhelm Pieck wurde zum ersten Präsidenten dieses neuen deutschen Staates gewählt. Die DDR war gegründet. Sie war aber von Anfang an ein Staat der Antifaschistisch-Demokratischen Ordnung. Das Wort Sozialismus kam im Text der Verfassung nicht vor.

Erst auf der III. Parteikonferenz der SED am 9./12.7.1952 verkündete Walter Ulbricht, dass mit dem Aufbau der Grundlagen des Sozialismus begonnen werden kann, weil die Zeit reif ist und die Grundlagen geschaffen sind. Die DDR befand sich bis 1989 in der Aufbauphase, wenn auch nicht mehr in der Anfangszeit.

Walter Ulbricht hatte in dieser Zeit auch darauf orientiert, dass der Sozialismus nicht wie bisher gedacht eine kurze Entwicklungsphase ist, nach der der Kommunismus als eigentliche Gesellschaftsordnung folgt. Der Sozialismus wird über einen längeren Zeitraum existieren müssen, was die Praxis der DDR bestätigte. Entsprechend dieser Entwicklung hat sich eine Überarbeitung der DDR Verfassung von 1949 erforderlich gemacht, die die DDR als sozialistischen Staat bezeichnete und die führende Rolle der SED verankerte. Der Verfassungsentwurf vom 6.4.1968 wurde am 7.10.1968 in Kraft

gesetzt, nachdem er erstmals in Foren der Gesellschaft, in den Betrieben und Einrichtungen beraten worden ist. Überdies wurde er vorher allen Haushalten der DDR per Post zur Kenntnis- und Stellungnahme zugesandt.

In der Folgezeit gewann die DDR durch ihre Leistungen, nationale wie internationale, viel Anerkennung, so dass sie Ende der 1970er Jahre von 113 Staaten dieser Welt diplomatisch anerkannt war. Die DDR war 2 Jahre lang zeitweiliges Mitglied des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen und ihr stellvertretender Außenminister Peter Florin der ständige Vertreter der DDR in der UNO. An dieser Aufführung möchte ich herausstellen, ohne die ökonomische Seite zu beleuchten, dass die DDR kein brachliegendes Land in Deutschland war und deshalb der BRD beitreten musste. Die Gründe dieser Art sind bekannt und bedürfen in diesem Rahmen keine Behandlung.

Diese neue Stellung der DDR in der internationalen Staatengemeinschaft hob das Gebot der Wiedervereinigung aus der ersten Verfassung zwangsläufig auf, denn auf deutschen Boden hatten sich zwei Staaten entwickelt, die nicht wiederzvereinigen waren.

Beide Staaten haben der Lage entsprechend 1975 den Grundlagenvertrag abgeschlossen, der die gegenseitigen Beziehungen erstmals regelte. Bis dahin hatte die BRD den widrigen Alleinvertretungsanspruch vertreten, demgemäß sie allein berechtigt sei, die Interessen aller Deutschen wahrzunehmen, wo diese auch lebten, weil ja die DDR eine Diktatur sei. Dieser Alleinvertretungsanspruch, mit dem die Aufnahme der DDR in die UNO verzögert wurde, fand seinen Ausdruck auch darin, dass die BRD Ländern mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen drohte, wenn sie solche Beziehungen zur DDR aufnehmen sollten. Ein praktisches Beispiel ist Jugoslawien, zu dem die BRD ihre Beziehungen abbrach, weil das Land zur DDR diplomatische Beziehungen aufgenommen hat, ohne die BRD zu fragen.

Diesen Anspruch hat sie auch damit begründet, die DDR sei nicht demokratisch legitimiert zustande gekommen. Es war umgekehrt, weil nachgewiesen ist, dass die DDR demokratisch legitimiert war. Das Grundgesetz, die Verfassung der BRD, ist nie öffentlich diskutiert worden. Verfassungsfrage sind Machtfragen, da darf niemand reinreden! Es wurde wie die ganze Demokratie dort befohlen. Die BRD gehört zwar zu den Siegern im Kalten Krieg, aber in dieser Frage hatte die DDR Recht. Das wird nicht nur für die neuen Generationen geradezu bedeutungslos sein, aber ich denke, in einer kommunistischen Zeitschrift kann es angesichts des Jahrestages durchaus in Erinnerung gebracht werden.

In dem Zusammenhang darf ich auch zu Fragen der Zeit überleiten, denn heute gibt es ja nur noch die BRD, in der das Wort Demokratie wie ein Evangelium behandelt wird. Was ist das Gerede über Freiheit und Demokratie wert? Die Praxis allein der

BRD hat gezeigt, dass diese Werte nicht an erster Stelle stehen, sondern allein eben nur das Privateigentum an Produktionsmitteln, und die so genannten Werte haben eben nur die Aufgabe, die Existenz dieses Eigentum zu gewährleisten. Es ist längst klar, dass Freiheit und Demokratie vom Geldbeutel abhängig sind und in Wahrheit nur vom Sozialismus garantiert werden können, wenn dieser nicht mehr um seinen Selbsterhalt kämpfen muss. Und die Demokratie ist, so lange sie besteht, immer eine Herrschaftsform, deren Fortschritt darin besteht, dass sie die Alleinherrschaft durch eine kollektive Herrschaft in Form des Parlamentes abgelöst hat. Wenn Frau Merkel sagte, dass „Unsere Demokratie eine marktkonforme ist, also dem Markt dient“, sagt sie die Wahrheit, und sie sagt damit gleichzeitig, dass „unsere Demokratie“ nicht dazu da ist, dem Volk zu dienen. Soll das ein Witz sein? Deshalb wird mit doppelter Zunge geredet und alles vernebelt. Dazu gehört auch die Frage nach der Zukunft bzw. Perspektive des oder der Menschen im Kapitalismus oder Sozialismus/ Kommunismus. Im Kapitalismus gibt es keine Zukunft. Die wird vom Privateigentum blockiert.

Die Politik Ostdeutschlands war in den Endvierziger Jahren von der Einhaltung des Potsdamer Abkommens bestimmt. In den Westzonen wurde es nicht nur nicht eingehalten, sondern sogar sabotiert. Das betraf auch die Forderung der Potsdamer Beschlüsse, die Nazi- und Kriegsverbrecher zu bestrafen und zu enteignen. In der BRD wurden die Konzerne und Großbetriebe nur entflochten, was bedeutete, dass sie aus den Konzernen ausgegliedert und für selbständig erklärt wurden. Es war nur eine Frage der Zeit, bis sie wieder in die Konzerne eingegliedert und der alte Zustand wieder geschaffen wurde.

In der SBZ sind die Nazi- und Kriegsverbrecher einschließlich der Junker bestraft und entschädigungslos enteignet worden. Dadurch war der erste Grundstock des Volkseigentums entstanden. Ein zweiter Grundstock entstand dadurch, dass in Sachsen am 30.7.1946 ein Volksentscheid bei einer Wahlbeteiligung von 95% stattfand, zu dem 78% Ja-Stimmen vorlagen. Dieser Entscheid wurde als mustergültig bewertet und auf die ganze SBZ ausgeweitet, so dass Walter Ulbricht 1961 sagen konnte, dass damit die Kommandohöhen in der neuen Volkswirtschaft in den Händen des Volkes sind. In diesem Zusammenhang ist zu erwähnen, dass vor Gründung der BRD in den Westzonen bzw. westdeutschen Ländern auch Nationalisierungsmaßnahmen beschlossen worden waren, und zwar in Hessen, Baden-Württemberg, Schleswig- Holstein, Nordrhein- Westfalen und in Westberlin. Diese wurden von den Besatzungsmächten ausnahmslos am 16.8.1948 verboten.

Es soll aber nicht unerwähnt bleiben, dass die Sowjetunion auch bestrebt war, in ihrer Zone und der späteren DDR die politische Entwicklung gemäß ihrer Weltanschauung zu unterstützen und die Freiräume zu schaffen. Umgekehrt war Ostdeutschland auf die Erfahrungen Angewiesen, die die Sowjets seit ihrem Bestehen gemacht hatten. Ich

sage klar, dass ohne die Unterstützung und Hilfe der UdSSR die DDR nicht auf die Beine gekommen wäre.

Insofern hätte schon die Stalin Note von 1952 zu ihrem Ende führen können, denn sie beinhaltete die Wiedervereinigung Deutschlands auf der Grundlage von Wahlen nach dem bürgerlichen Wahlrecht sowie die Neutralisierung dieses neuen Staates. Sie wurde abgelehnt. Damals wie später war der Sowjetunion aus taktischen Gründen die Einheit Deutschlands wichtiger als die DDR. So hart will ich es ausdrücken.

Der Sieg der Konterrevolution in der UdSSR hat zum Entfall der DDR geführt, nachdem das Thema Mitte der 80er Jahre wieder aktuell war. Heute ist die Zeit gekommen, wo der Gesamtzustand der DDR-Zeit im Vergleich zu den chaotischen Zuständen des Kapitalismus die DDR aufwertet, wo bei richtiger Information zu erkennen ist, dass die DDR nicht als marode Mangelwirtschaft hinzustellen ist.

Die DDR hat viele konterrevolutionäre Anschläge überstanden. Da ist der 17.6.1953, der erst kürzlich wieder ins Gedächtnis der Menschen gebrannt wurde. Zweifellos fand ein Streik der Bauarbeiter der Stalinallee wegen Normenerhöhung und eine Demonstration bis zum Haus der Ministerien in Berlin statt. Die Demonstration verlief anfänglich ganz normal wie eine solche. Zunehmend schlossen sich ihr im Laufe des Weges immer mehr Menschen an. Die Lage war angespannt, da Westberlin die Frontstadt des Kalten Krieges war. Auch Westberliner schlossen sich ihr an. Wer?

Egon Bahr, der damals Chefredakteur des RIAS war, hat hinterlassen, dass es ohne den RIAS den 17. Juni so nicht gegeben hätte. Wenn die Medien Bilder von diesem Tag zeigen, dann beginnen diese mit dem Aufmarsch der sowjetischen Panzer. Die kamen aber erst zuletzt zum Einsatz!

Es geht noch heute darum, die Menschen damit aufzuheizen. Die Behörden haben zu tun, um zu den Kranzniederlegungen noch ein paar Beteiligte zu finden. Bis 1989 bezeichneten die Westmedien diesen so genannten Aufstand als einen Arbeiteraufstand. Dann fanden sich aber einige interessierte oder soll ich sagen: bezahlte „Wissenschaftler“, die an Hand von diesem und jenem Merkmal zu berichten wussten, dass es sich um einen Volksaufstand in der DDR gegen das „SED-Regime“ gerichtet, gehandelt hat. Richtig ist, dass in ca. 200 Orten der DDR damals Demonstrationen stattfanden, und bei dem Umstand, dass die DDR noch nicht einmal 4 Jahre alt war, war das Schimpfen auf DDR- Organe gar nicht ungewöhnlich. Und die bewaffneten Organe der DDR mussten auch zeitweilig eingreifen, denn die Demonstrationen waren besonders in Berlin mit echten Krawallen konterrevolutionärer Elemente, junge Arbeitsloser und Arbeitsscheuer, auch asozialer Burschen aus Westberlin verbunden.

Um die Jahreswende 1960 wurde in der DDR deutlich, dass sich Existenzprobleme für das Staatswesen andeuteten. Seit diesem Frühjahr spitzten die USA vordringlich

die Lage in Deutschland erneut zu. An den Ostgrenzen der BRD fanden Manöver der Bundeswehr und der NATO mit Richtung Osten statt. Die Geheimdienste schleusten Spione, Agenten und Saboteure in die DDR ein. Die BRD kündigte die geltende Handelsvereinbarung mit der DDR. Die Zahl der Flüchtlinge nahm zu, die über Westberlin nach Westdeutschland gingen und der DDR fehlten. In Berlin waren es 100.000 Arbeiter, die im Osten und in Randgebieten wohnten, aber im Westen arbeiteten. In Ostberlin herrschte Arbeitskräftemangel. Westberlin war auch zum Störfaktor gegen alle sozialistischen Oststaaten geworden. Die DDR musste Maßnahmen ergreifen, die die Lage stabilisieren und verbessern.

Die Grenzsicherung wurde diskutiert - aber wie realisieren? Walter Ulbricht ließ jede Menge Stacheldraht produzieren und meinte, so auch die Sicherung zu erreichen. Am 4.8.1961 haben die Vertreter der Warschauer Vertragsstaaten einmütig beschlossen, eine Mauer zu errichten. Ulbricht war skeptisch, doch Chruschtschow sagte: Walter, hast du eine andere Lösung? Und schreibt in seinen Erinnerungen, er habe den Befehl zum Bau der Mauer gegeben. Die allgemeine und besonders die wirtschaftliche Lage der DDR verbesserte sich zusehends.

So war die Mauer anfänglich ein Akt der Selbstverteidigung, der Notwehr. Und doch war der Mauerbau historisch gesehen eine Wende von der Konfrontation zu einem Jahrzehnt der Entspannungspolitik.

Der letzte Ministerpräsident der DDR, der CDU- Mann de Maiziere, hat längst vergessene Zahlen genannt, nämlich, dass 6 % ihrer Bürger Täter und Opfer zugleich waren. Der Rest von 94 % war einfach das Volk und die wollten auch nichts anderes sein. Der letzte Ministerpräsident Sachsen wusste es besser: Die DDR war ein Unrechtsstaat.

Das klärt noch nicht die Frage Rechtsstaat oder Unrechtsstaat. Ich gehe davon aus, dass die Nazi- und Kriegsverbrecher, die Unternehmer und Junker, die in der DDR enteignet worden sind, den DDR-Staat als einen Unrechtsstaat bezeichnen. Nach ihrem Verständnis und den bürgerlichen Gesetzen ist ihnen Unrecht geschehen. Aber nicht dem Volk der DDR, das durch die genannten Maßnahmen von Fremdkörpern befreit und dadurch befähigt wurde, aktiv am sozialistischen Aufbau mitzuwirken. Für uns und mich ist die DDR ein Rechtsstaat gewesen, halt ein sozialistischer. Das war neu für Deutschland, eine Alternative zum Kapitalismus. Der Rechtsstaat DDR erfüllt alle Merkmale, die lt. Völkerrecht an einen solchen Staat gestellt werden.

Entscheidend ist, wie das jeweilige Recht angewendet wird. Das bürgerliche Recht ist mit dem sozialistischen Recht nicht vergleichbar. Die DDR hat offen erklärt, dass sie nach ihrem Entstehen Teile des bürgerlichen Rechts eliminiert, andere bis zur Schaffung sozialistischer Normen sanktioniert und insgesamt eigene und neue Rechtsvor-



schriften in Kraft setzen. Neue Macht schafft neues Recht! So einfach ist das: Es gibt kein gottgewolltes Recht, sondern nur das Recht einer Klasse, und da ist wegen der Unterschiedlichkeit der Klassen auch das deutsche Recht zweigeteilt gewesen. Und nicht vergleichbar.

Ich erinnere mich gerne an die DDR und erzähle über sie, denn in ihr habe ich in den 40 Jahren aktiv gelebt. Sie hat mir einen Sinn gegeben. Da ist das historische Gedächtnis nicht zu löschen. Dieser Staat war mir nicht fremd wie der heutige, weil ich weltanschaulich mit der Politik der DDR übereinstimmte. Heutige Generationen können sich bei besten Willen wohl nicht in diese Zeit versetzen. Das Gefühl einer absoluten Sicherheit, wer hat das? Ich hatte es.

Die Armut war verbannt, unter den Menschen gab es weitgehende Gleichheit, keine Angst vor den morgigen Tag, keiner stand im Wind draußen, das Recht auf Arbeit und Wohnen war gegeben, jeder hatte freien Zugang zu Kunst und Kultur. Zur Volksbildung sowieso - für alle und alles aber auch zu erschwinglichen Preisen. Nun sind wir wieder künstlich „glücklich und zufrieden“ in einem Boot, reden über Steuerzahler wie Steuerbetrüger und andere uns unbekannt gewesene Zustände, die in der DDR kein Stoff waren und die wir nur aus Medien erfuhren und abtaten, sie betrafen uns ja nicht.

Wir in der DDR haben den Versuch unternommen, auf der Grundlage der vom Volk geschaffenen Werte ehrlich zu existieren. Dessen brauchen sich DDR-Bürger nicht zu schämen!

Leider hat sich wieder einmal der Volksmund bestätigt, dass der Wert von Sachen oder Dingen erst nach deren Wegfall erkannt wird. Was ich nicht weinerlich, nur seufzend hinzufüge.

Mit dem Artikel wollte ich den Nachweis bringen, dass die DDR als Staat demokratisch legitimiert entstanden ist und so existiert hat. Und der ist erbracht, die BRD kann es nicht, obwohl sie damals wie heute den Mund nicht voll genug kriegt von solchen der Wirklichkeit widersprechenden Behauptungen.

## **KPD: Wissenschaftlich-strategische Konferenz zum 70. Jahrestag der Gründung der DDR, 5./6. Oktober 2019, Berlin**

### **Ausrichtung der Konferenz:**

Die Veranstaltung soll drei Gesichtspunkte behandeln:

- Die kompromisslose Verteidigung der Errungenschaften und des revolutionären Erbes der DDR gegen alle Angriffe und Diffamierungen.
- Die Analyse der Bewältigung von Widersprüchen und Problemen sowie des Kampf gegen den Revisionismus und dessen späteres Erstarken in der DDR und der SED.
- Die Bedeutung der DDR und der SED und ihres Erbes für die kommunistische Bewegung heute und morgen.

### **Referate:**

Zu jedem Unterpunkt ein einzelnes Referat. Die Referate werden kurz, knapp, präzise sein und jeweils einen abgegrenzten Themenbereich behandeln. Im Resultat der Referate wird ein Gesamtbild entstehen.

Als Referentinnen und Referenten haben wir eine Mischung aus bewährten Altkadern der SED und jungen Genossinnen und Genossen z.B. aus dem Fernstudium und aus der „Kommunistischen Organisation“ (KO) gewinnen können

### **Ablaufplan:**

#### **Sonnabend:**

12.00 Uhr: Begrüßung, Regularien der Konferenz, Grußadressen

13.00 Uhr: Die DDR – der erste sozialistische Staat auf deutschem Boden

13.00 Uhr: Zbigniew Wiktor: Antifaschismus und gute Nachbarschaft zur Volksrepublik Polen.

13.15 Uhr: Johanna Böhmke: Antifaschistische Jugendpolitik: Aufbau und Funktion der FDJ. Lesung aus einem Interview mit Heinz Keßler und Vortrag der „Grundrechte der jungen Generation“

13.30 Uhr: Phil Ramke: Vereinigung von KPD und SPD zur SED, Ende des Reformismus, Einheit der Arbeiterklasse.

13.45 Uhr: Hans Fischer: Sozialistische Militärpolitik = Friedens- und Verteidigungspolitik

14.00 Uhr: Torsten Reichelt: Internationale Solidarität

*14.15 Uhr: Nachfragen und Diskussionsbeiträge aus dem Publikum.*

14.45 Uhr: Philipp Kissel: Recht auf Arbeit und Vollbeschäftigung, keine Arbeits- und Obdachlosigkeit.

15.00 Uhr: Anna C. Heinrich: Veränderung der Menschen, Solidarität, Integration, Eindämmung der Kriminalität

*15.15 – 16.20 Uhr: Kaffeepause*

16.20 Uhr: Jürgen Geppert: Brechen des Bildungsmonopols, Arbeiter- und Bauernfakultäten und Polytechnische Oberschule

16.40 Uhr: Iris Harnack: Gleichstellung der Frau

*17.00 Uhr: Nachfragen und Diskussionsbeiträge aus dem Publikum.*

17.30 Uhr: Aitak Barani: Fazit: Warum war das alles möglich? Enteignung des Großkapitals, Überführung der Produktionsmittel in gesamtgesellschaftliches Eigentum und Entwicklung eines sozialistischen Arbeiter- und Bauerstaates. Hierin: Abschied von bürgerlichen Wahlen, Interessenvertretung (z.B. der Jugend, der Frauen, der Gewerkschaften usw.) durch feste Quoten von Mitgliedern in der Volkskammer, Rolle der Partei.

*18.00 Uhr: Nachfragen und Diskussionsbeiträge aus dem Publikum*

*18.30 – 19.30 Uhr: Abendessen*

19.30 Uhr: Kulturprogramm (Lieder und Texte) mit Ernesto Schwarz

21.00 Uhr: Ende des ersten Tages

### **Sonntag:**

09.00 Uhr: Beginn

09.15 Uhr: Der Kampf der SED gegen den Revisionismus und die später zunehmenden Einflussnahmen des Revisionismus in der SED

09.15 Uhr: Imdat Salman: Revisionismus in der kommunistischen Bewegung, ein Überblick: von der Bewilligung der Kriegskredite durch die SPD bis zur Konterrevolution.

09.45 Uhr: Renate Schiefer: Der 17. Juni 1953 und das Handeln der neuen SU-Führung unter Chruschtschow.

10.00 Uhr: Michael Kubi: Der 20. Parteitag der KPdSU und die SED-Führung 1956.

10.15 Uhr: Martin Kober: Die Auseinandersetzungen um Karl Schirdewan 1958.

10.30 Uhr: Michael Pardon: Die Grenzsicherung 1961.

10.45 Uhr: IΦB: Das Neue Ökonomische System der Planung und Lenkung der Volkswirtschaft 1963. Inhalt, Abbruch, Widerspruch zwischen Distanzierung und Fortwirkung.

11.00 Uhr: Frank Flegel: Intershops für DDR-Bürger und damit die Legalisierung der DM in der DDR 1974.

11.15 Uhr: Heinz Ahlreip: Die Probleme des RGW und ökonomische Probleme mit der Sowjetunion vor allem in den 1980er Jahren.

*11.30 Uhr: Nachfragen und Diskussionsbeiträge aus dem Publikum.*

*12.15 – 13.30 Uhr: Mittagspause*

13.30 Uhr: Gregor Hollender: Revisionistische Auffassungen in Theorie und Praxis der DDR-Ökonomie, innere Aufweichung durch Implantierung marktwirtschaftlicher Elemente und Opportunismus in Bezug auf den Außenhandel.

13.50 Uhr: David Mayer: Erosion der sozialistischen Kulturproduktion in der DDR – Arbeitstitel: von „Wege übers Land“ zu „Ein Kessel Buntes“. Darin: Einflüsse durch die BRD-Unterhaltungsindustrie.

14.10 Uhr: Wolfgang Schumann: Entwicklung von Illusionen in den Imperialismus und in die Sozialdemokratie = wachsender Opportunismus in der Außenpolitik.

*14.30 Uhr: Nachfragen und Diskussionsbeiträge aus dem Publikum.*

15.00 Uhr: Schlusswort des Parteivorsitzenden Torsten Schöwitz: Folgerungen aus der Geschichte der DDR

1. Der Sozialismus ist die einzige und reale Alternative zum Elend des Imperialismus. Weder Sozialreformismus noch Anarchismus, weder Christentum noch andere Formen der Esoterik weder Dritte Wege noch „alternative Bewegungen“ haben bisher die Macht des Kapitals brechen können.

2. Wir leben in einer zutiefst konterrevolutionären Situation, die kommunistische Bewegung ist verwirrt und zersplittert.

3. Schlussfolgerungen: Kampf gegen den Revisionismus auf allen Gebieten, besonders: - in der Frage unseres sozialistischen Ziels, - in der Frage der Geschichte des Sozialismus, also des Anti-Stalinismus, - in der Frage der Parteitheorie, - in der Frage der Staatstheorie.

15.20 Uhr: Danksagungen, Gemeinsames Singen der Nationalhymne der DDR, Ende der Veranstaltung

### ***Ideologische Kommission der KPD: Die von unserer Partei veranstaltete Konferenz zum 70. Jahrestag der Gründung der DDR am 5./6. Oktober 2019 in Berlin ist ausverkauft!***

Die Resonanz auf die Veröffentlichung der Konferenzplanung hat uns positiv überrascht. Wir haben von vornherein gesagt: Da wir die Versorgung planen müssen und da die Räumlichkeiten natürliche Kapazitätsgrenzen haben, müssen wir mit Anmeldungen arbeiten. Das haben wir gemacht und es hat kaum drei Wochen gedauert, bis alle 120 Plätze belegt waren. Für diejenigen, die nun zu spät kommen und nicht teilnehmen können, ist diese Entwicklung persönlich natürlich weniger schön. Aber wir können Euch trösten, denn es wird eine schriftliche Dokumentation aller Referate und aller Beiträge aus dem Publikum geben, sie wird erscheinen in der Schriftenreihe der KPD, einen Umfang von rund 250 Seiten haben und für 12,- Euro zu bekommen sein – wir hoffen, noch im Dezember 2019.

**Bitte um Spenden:** Der Eintritt von 10,- Euro pro Person wird die entstehenden Kosten nicht vollständig decken können. Deshalb bitten wir diejenigen, die es sich leisten können, uns mit Spenden für die Veranstaltung zu helfen. Spendenkonto: Konto Frank Flegel, DE10 2505 0180 0021 8272 49, Sparkasse Hannover, Kennwort: ***Spende DDR-Veranstaltung.*** (Kennwort nicht vergessen!)

Zu „fridays for futur“

### ***Fritz Dittmar: Zu Kubi: Irrationalismus und Klimaskepsis***

Die Klimakrise ist ein Ergebnis des Grundwiderspruchs zwischen Arbeit und Kapital: Für höhere Profite sind die Kapitalisten nicht nur bereit „alle menschlichen Gesetze unter ihren Fuß zu stampfen“ und sogar „die Gefahr des Galgens zu riskieren“, wie

Marx im „Kapital“ zitiert, sie sind darüber hinaus bereit, die Erde unbewohnbar zu machen. Dagegen regt sich spontaner Protest, aber wie Lenin lehrt, kann Spontanität ohne wissenschaftliche Grundlage nicht zu einer Lösung führen. Es ist deshalb die Aufgabe der Kommunisten, den spontanen Protest zu unterstützen, an ihm teilzunehmen und in ihm unsere Wissenschaft zu vermitteln. Einen Versuch in dieser Richtung habe ich unternommen, indem ich einige Male an den Freitags-Protesten teilgenommen und das folgende Flugblatt verteilt habe (offen-siv berichtete, d.Red. Hier noch einmal der Text):

*„Wenn eine Lösung im System unmöglich zu finden ist, sollten wir das System ändern“ Greta Thunberg (16 Jahre)*

*Gegen den Satz bring mal etwas vor!*

*Als alter Mann möchte ich Euch herzlich zu „Friday for future!“ gratulieren. Ihr tut genau das Richtige, und ich hätte mir als früherer Lehrer gewünscht, meine Schüler hätten so etwas gemacht. Haltet das durch, werdet noch mehr und lasst Euch nicht einreden, es hätte doch keinen Zweck.*

*a) Warum ist das so, dass die Politiker nicht die Interessen ihrer Wähler durchsetzen, sondern die Profite der Reichen? In der Schule habt ihr gelernt, was angeblich Demokratie heißt: Man wählt Politiker, die versprechen, die Politik so zu machen, wie ihre Wähler es wollen, und dann dafür gewählt werden. Funktioniert das so? Ein Beispiel von vielen: In Baden-Württemberg regiert ein grüner Ministerpräsident, Kretschmer. Sein Wahlsieg folgte aus dem Widerstand der Wähler gegen das Bahnhofprojekt „Stuttgart 21“. Was tut er als Präsident? Er baut den Bahnhof! Das liegt daran, dass in diesem System Leute die Macht haben, die die falschen Interessen haben. Das sind nicht die Politiker, sondern die Reichen und Superreichen. Ihre Interessen sind einfach zu beschreiben: Profit, Profit und noch mehr Profit. Alles andere tritt dahinter zurück, auch die Zukunft des Planeten.*

*b) Das ist nicht das Interesse der riesigen Mehrheit der Menschen. Sie wollen nicht, dass die Welt in die Katastrophe läuft. Sie wollen es nicht, aber sie haben nicht die Macht, das durchzusetzen. Dass das Wahlrecht nicht reicht, zeigt das Beispiel „Stuttgart 21“. Also müssen sie die Macht selbst ergreifen. Das nennt man „Revolution“. Was kann es demokratischeres geben, als dass die riesige Mehrheit den wenigen Superreichen die Macht aus den Händen nimmt?*

*c) Mit der Macht in ihren Händen könnte sehr vieles sofort getan werden: Die Verbrennung von Braunkohle könnte sofort gestoppt werden, die Stromtrassen von den Windparks nach Süden könnten in kurzer Zeit fertig sein, und die Energieversorgung nachhaltig werden, der künstliche Verschleiß von technischen Geräten könnte beendet werden. Künstlicher Verschleiß ist eine Perversion des menschlichen Denkens.*

*Kluge Menschen arbeiten daran, dass Geräte kurz nach der Garantiefrist kaputt gehen. So werden Geräte produziert, die zehnmals produziert werden, zehnmals Ressourcen verbrauchen und zehnmals mehr Arbeitskraft verbrauchen als ein Gerät ohne diesen künstlichen Defekt. Wenn es nicht mehr um den Profit geht, hätte niemand mehr Interesse daran, dass die Geräte früher kaputt gehen als nötig.*

*d) Also: power to the people! Revolution? Revolution!!*

*e) Kann man nicht auch einen dauerhaften Kompromiss mit den Reichen und Mächtigen schließen? Das ist nicht möglich: Für die Profitrate gibt es keine Obergrenze, und wer die höchste Profitrate erreicht, gewinnt gegen die schwächeren Kapitale. So lange es Kapital gibt, bleibt das das Ziel. Und diesem Ziel steht jede Rücksichtnahme auf die Menschen und auf die Natur als Hindernis im Wege.*

*f) Warum werden die Politiker zu Handlangern für die Reichen? Ich habe so viele Politiker kennengelernt, die als junge Leute ehrlichen Herzens Politik für Frieden, Umwelt und sozialen Fortschritt machen wollten. Und wenn ich sie heute sehe, muss ich sagen, das System hat sie verschlungen und als Karrieristen wieder ausgespuckt. Wenn sie schon nichts für die Welt erreichen konnten, dann wenigstens für sich und ihren Verein. Man merkt als Politiker von „fortschrittlichen“ Parteien rasch, dass man „Kompromisse“ schließen muss, wenn man „Einfluss“ behalten oder sogar mitregieren will. So orientiert man sich dann am „Machbaren“, und das heißt, unter Berücksichtigung der Kapitalinteressen. Dann gibt man früher oder später seine ursprünglichen Ziele auf. Dann muss man den Wählern „erklären“, dass man für die gute Sache auch seine Ziele aufgeben muss. Dabei bleibt dann zum Schluss nur das Wohlergehen von einem selbst und dem seines Vereins.*

*g) Darf man denn die Macht ergreifen, ohne gewählt zu sein? Darum braucht man sich keine Sorgen zu machen. Eine Revolution wird überhaupt erst möglich, wenn es zu einer revolutionären Krise der ganzen Gesellschaft kommt. Das bedeutet, dass die Reichen und ihre Politiker dann nicht mehr so herrschen können wie bisher, und die Unteren nicht mehr so leben wollen wie bisher. Wenn das geschieht, brauchen die Unteren keine Aufforderung der Oberen mehr, bis zum nächsten Wahltermin zu warten.*

*h) Warum ist das alles bisher nicht schon so geschehen? Wir waren schon dichter dran als heute: Wir hatten schon unsere Staaten, 1871 in Paris für zwei Monate, 1917 in Russland für 71 Jahre, 1949 in China und in der DDR, 1959 in Cuba bis heute, 1975 in Vietnam. Alle diese Revolutionen waren gewaltige Schritte vorwärts. Aber das wissen auch die Kapitalisten in den alten Ländern, und sie begegnen den sozialistischen Ländern immer mit Hass und Vernichtungswillen. Das zwingt dann leider die Revolutionäre zu Maßnahmen, die ihren eigentlichen Zielen widersprechen: So sagte*

*der Chef der Russen 12 Jahre nach der Revolution: „Entweder holen wir den Rückstand von 50 Jahren gegenüber dem Westen in zehn Jahren auf, oder wir werden zermalmte.“ 12 Jahre später kam der Angriff durch Hitlerdeutschland, und sie haben es unter furchtbaren Opfern besiegt. Auf nachhaltige Produktion und vieles andere konnten sie in dieser Situation keine Rücksicht nehmen, wenn sie überleben wollten.*

*i) Und wo bleibt dabei die Freiheit der Reichen und der Andersdenkenden? So lange das Kapital herrscht, geht Profit immer vor Nachhaltigkeit. Wer Nachhaltigkeit will, muss die Herrschaft des Kapitals brechen, und das ist eben der Inhalt der Revolution. Die Freiheit, die Welt für ihren Profit zu ruinieren, muss man den Reichen nehmen. Und die Andersdenkenden werden sich überzeugen lassen, wenn sie erleben, dass sie in einer Welt ohne Kriege, Profit und Umweltzerstörung glücklicher leben.*

Das Flugblatt war unten mit „Hammer und Sichel“ in Rot versehen. Es wurde von Schülern mit Zeichen der Zustimmung kommentiert.

Zu dem Video des blaubehaarten Rezo: Zu Recht weist Kubi darauf hin, dass er zu CDU (nebst SPD und AfD) durchaus Überzeugendes zu sagen hat. Dass er seine Kritik nicht auf Grüne (und Linkspartei) erstreckt, zeigt, dass er kein Kommunist ist, sondern, dass er bisher nur innerhalb des parlamentarischen Systems die Kräfte nach „links“ verschieben wollte, wozu sein Video ja auch offenbar einen Beitrag geleistet hat. Ich hatte damals einen Brief für ihn geschrieben, warum er bei dieser Position nicht stehenbleiben sollte. Ich konnte ihm den Brief aber nicht schicken, weil er seine Anonymität wahrt. Vielleicht könnte er auf den Brief ja angesprochen werden, wenn er in der offen-siv erscheint.

Rote Grüße, Fritz Dittmar, Hamburg

## **Brief an „Rezo“:**

Hallo Rezo!

Erst einmal möchte ich Dir meine Begeisterung für deine CDU-Zerstörung ausdrücken. Das war der dringend nötige Paukenschlag vor der Wahl und hat sicher zu den erfreulichen Verlusten von CDU und SPD beigetragen. Mach weiter so und bring die jungen Menschen (und auch ältere) von den Sofas hoch und auf die Straße! Ich bin sicher, dass du auch in Zukunft noch eine bedeutende Rolle spielen wirst.

Als alter Sack (72) möchte ich dich aber doch auf einige Aspekte hinweisen, die ich diskussionsbedürftig finde:

Zum einen meine ich, dass es neben der Klimakatastrophe ein weiteres Problem gibt, das die Frage nach der Zukunft der Menschheit erledigen könnte: Sollte Trump seine



Außenpolitik wie bisher fortsetzen, wird die Gefahr eines künftigen Weltkriegs akut, und dann würde wohl niemand übrig bleiben, der sich um das Klima kümmert.

Sicher war es richtig, dass du dich auf die Klimafrage konzentriert hast. Auf längere Sicht halte ich aber auch eine neue Friedensbewegung für nötig, die mit der Umweltbewegung verbunden werden müsste.

Zweiter Aspekt: Richtig fand ich, dass du den Rat gegeben hast, nicht CDU oder SPD zu wählen (von der AfD ganz zu schweigen). Aber auch die FDP ist keinen Deut besser als diese, sie sitzt noch gemütlicher auf dem Schoß der großen und mittleren Konzerne. Ihr Ratschlag an Fridays for future, das Klimaproblem den (ihren) Experten zu überlassen, sagt schon alles aus.

Dritter Aspekt: Und die Grünen? Ach ja, die Grünen! Ganz sicher haben sie von deinem Video profitiert. Aber sind sie für dich die Partei für die Lösung des Klimaproblems? Für mich sind sie das nicht, aus vier Gründen:

Als sie in den 70er Jahren als Partei aufkamen, hatten sie bald Flügelkämpfe zwischen „Fundamentalisten“ und „Realos“. Letztere haben sich durchgesetzt, und sie haben in rot-grünen Koalitionen Schlimmeres getan, als es vorher die CDU gewagt hat:

**\* Sie haben 1999 unter Bruch des Völkerrechts den Angriffskrieg gegen Jugoslawien mit organisiert.**

**\* Sie haben 2003 mit Hartz IV die ärmeren Schichten weiter nach unten gestoßen und den deutschen Konzernen so zu großen Extraprofiten und riesigem Export-Wachstum verholfen**

**\* Mit dieser Exportwalze haben sie zum Elend in Südeuropa und der Dritten Welt massiv beigetragen.**

**\* Als der Protest gegen Stuttgart 21 ihnen zum Ministerpräsidentenamt verholfen hat, haben sie den Weiterbau durchgesetzt.**

Dass das so kam, ist kein Zufall: sie sind in 50 Jahren den gleichen Weg „nach rechts“ gegangen, wie hundert Jahre vor ihnen die SPD.

Ich habe einige Male die FFF-Kundgebungen in Hamburg besucht und dort Flugblätter verteilt, in der Hoffnung, den Kids einige Zusammenhänge zu erklären, z.B. wie es dazu kommt, dass fortschrittliche Parteien sich nach rechts entwickeln. Das wurde recht positiv aufgenommen.

Ich würde mich über eine Reaktion von dir freuen. Herzliche Grüße, Fritz Dittmar, Hamburg.

## ***Fidel Castro: Rede auf der Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung am 12. Juni 1992 in Rio de Janeiro***

Geehrter Herr Präsident von Brasilien, Fernando Collor de Mello! Geehrter Herr Generalsekretär der Vereinten Nationen, Butros Ghali! Exzellenzen!

Eine bedeutende biologische Gattung ist aufgrund der schnellen und fortschreitenden Beseitigung ihrer natürlichen Lebensbedingungen vom Aussterben bedroht: der Mensch. Wir werden uns jetzt dieses Problems bewusst, wo es fast zu spät ist, es zu verhindern.

Es muss darauf verwiesen werden, dass die Konsumgesellschaften die Hauptverantwortlichen für die grauenhafte Vernichtung der Umwelt sind. Sie entstanden aus den ehemaligen Kolonialmetropolen und der imperialen Politik, die ihrerseits die Rückständigkeit und die Armut verursachten, welche heute die immense Mehrheit der Menschheit geißeln. Sie verbrauchen zwei Drittel des Metalls und drei Viertel der Energie, die auf der Welt erzeugt werden, obwohl sie nur 20 Prozent der Weltbevölkerung darstellen. Sie haben die Meere und Flüsse vergiftet, die Luft verschmutzt, die Ozonschicht geschwächt und Löcher in ihr verursacht, haben die Atmosphäre mit Gasen angereichert, die die klimatischen Bedingungen beeinträchtigen, was katastrophale Auswirkungen hat, die wir schon zu spüren beginnen.

Die Wälder verschwinden, die Wüsten weiten sich aus, Milliarden Tonnen fruchtbarer Erde enden jährlich im Meer. Zahlreiche Arten sterben aus. Der aus dem Bevölkerungszuwachs resultierende Druck und die Armut führen zu verzweifelten Anstrengungen, um selbst auf Kosten der Natur zu überleben. Man kann dafür nicht die Länder der Dritten Welt beschuldigen, die gestern Kolonien waren und heute durch die ungerechte Weltwirtschaftsordnung ausgebeutete und ausgeplünderte Nationen sind.

Die Lösung kann nicht sein, die Entwicklung jener zu verhindern, die sie am meisten brauchen. Wahr ist, dass alles das, was heute zur Unterentwicklung und zur Armut beiträgt, ein offenkundiges Attentat auf die Ökologie ist. Zig Millionen Männer, Frauen und Kinder sterben infolge dessen jährlich in der Dritten Welt, mehr als in jedem der beiden Weltkriege. Der ungleiche Austausch, der Protektionismus und die Auslandsverschuldung greifen die Ökologie an und fördern die Zerstörung der Umwelt.

Wenn man die Menschheit vor dieser Selbstzerstörung retten will, müssen die Reichtümer und die verfügbaren Technologien des Planeten besser verteilt werden. Weniger Luxus und weniger Verschwendung in einigen wenigen Ländern, damit weniger

Armut und weniger Hunger in großen Teilen der Erde herrschen. Schluss mit dem Transfer von Umwelt zerstörenden Lebensstilen und Konsumgewohnheiten in die Dritte Welt. Das menschliche Leben muss rationaler werden. Es muss eine gerechte internationale Wirtschaftsordnung durchgesetzt werden. Alle notwendigen wissenschaftlichen Forschungen sollen für eine nachhaltige Entwicklung ohne Umweltverschmutzung eingesetzt werden. Es soll die Umweltschuld bezahlt werden und nicht die Auslandsschuld. Es soll der Hunger verschwinden und nicht der Mensch.

Jetzt, wo die angebliche Bedrohung durch den Kommunismus nicht mehr da ist, und keine Vorwände für kalte Kriege, Wettrüsten und Militärausgaben bleiben, was hindert daran, diese Mittel sofort dafür einzusetzen, die Entwicklung der Dritten Welt zu fördern und die Gefahr der ökologischen Zerstörung des Planeten zu bekämpfen?

Schluss mit dem Egoismus, Schluss mit dem Vorherrschaftsbestreben, Schluss mit der Gefühllosigkeit, der Unverantwortlichkeit und dem Betrug. Morgen wird es zu spät sein für das, was wir schon lange gemacht haben müssten. Danke.

## Zur Diskussion gestellt

### ***Michael Wassiljewitsch Popow: Lenins Linkskriterien***

*POPOW Michail Wassiljewitsch, Doktor der Philosophie, Professor an der Staatlichen Universität St. Petersburg, Mitglied der Peter der Großen Akademie der Wissenschaften und Künste (<http://www.rpw.ru/lib/L2014.pdf>)*

*Übersetzung: Nadezhda Syrkina. Quellverweise wurden weitestgehend auf die deutschsprachigen Quellen übersetzt.*

Heute redet und schreibt man viel über die Linken, über ihre ideologische und politische Position, über ihr Handeln. Dabei wird die Frage, wer als Linker gilt, selten gestellt. Um diese Frage zu beantworten, ist es nützlich, sich an Lenin zu wenden. Nach Lenins Verständnis handelt es sich bei den Linken um revolutionäre, marxistische und bei den Rechten um bürgerliche, opportunistische Kräfte.

**1: Die Linken erkennen den Klassencharakter des Staates an. In dem von Lenin ausgearbeiteten Programm der RKP (B) stand eindeutig:**

*«Im Gegensatz zur bürgerlichen Demokratie, die den Klassencharakter ihres Staates verbarg, räumt die Sowjetregierung offen ein, dass der Klassencharakter eines Staates unvermeidlich ist, bis die Aufteilung der Gesellschaft in Klassen und mit ihm alle*

*Staatsgewalt vollständig verschwindet.» In der Broschüre «Ein Brief an die Arbeiter und Bauern über den Sieg über Koltschak» betont W. I. Lenin den Klassencharakter des Staates in entscheidender Weise: «Entweder die Diktatur (d.h. die eiserne Macht) der Gutsbesitzer und Kapitalisten oder die Diktatur der Arbeiterklasse. Einen Mittelweg gibt es nicht. Von einem Mittelweg phantasieren fruchtlos nur die Herrensöhnchen, die Intellektuellen, jene Herrschaften, die aus schlechten Büchern schlecht gelernt haben. Nirgends in der Welt gibt es einen Mittelweg und kann es ihn geben. Entweder die Diktatur der Bourgeoisie (getarnt durch bombastische sozialrevolutionäre und menschwistische Phrasen über die Volksherrschaft, die Konstituante, die Freiheiten und ähnliches) oder die Diktatur des Proletariats. Wer das nicht aus der Geschichte des ganzen 19. Jahrhunderts gelernt hat, der ist ein hoffnungsloser Idiot.» (LW 1974, Bd. 29, S. 551)*

## **2. Die Linken verstehen, dass das Wesen des sozialistischen Staates die Diktatur des Proletariats ist.**

In den Schlussbemerkungen zum Bericht des Rates der Volkskommissare vom 12. Januar 1918 auf dem Dritten Gesamtrussischen Kongress der Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten sagte W. I. Lenin: «Die Demokratie ist eine der Formen des bürgerlichen Staates, für die sich alle Verräter des wahren Sozialismus einsetzen, die heute an der Spitze des offiziellen Sozialismus stehen und behaupten, die Demokratie stehe im Widerspruch zur Diktatur des Proletariats. Solange die Revolution nicht über den Rahmen der bürgerlichen Ordnung hinausging, waren wir für die Demokratie, aber sobald wir die ersten Anzeichen des Sozialismus im ganzen Ablauf der Revolution wahrnahmen, nahmen wir eine Position ein, die mit aller Entschiedenheit die Diktatur des Proletariats vertritt.» (LW 1974, Bd. 26, S. 473)

In der Broschüre «Die Erfolge und Schwierigkeiten der Sowjetmacht» verspottete W. I. Lenin einfach jene Pseudokommunisten, die die Diktatur des Proletariats leugneten. Er schrieb: «Wir sind natürlich nicht gegen Gewalt. Wir machen uns lustig über Leute, die die Diktatur des Proletariats ablehnen, und erklären sie für Dummköpfe, die nicht begreifen können, dass es nur entweder die Diktatur des Proletariats oder die Diktatur der Bourgeoisie geben kann. Wer etwas anderes behauptet, ist entweder ein Idiot oder politisch derart unwissend, dass man sich schämen müsste, ihn auch nur in eine Versammlung, geschweige denn auf die Rednertribüne zulassen.» (LW1974, Bd. 29, S. 56)

## **3. Die Linken halten fest an der Position, dass die Diktatur des Proletariats als Waffe im Klassenkampf nur mit der völligen Vernichtung der Klassen aussterben wird, das heißt, sie bildet das Wesen eines sozialistischen Staates während seiner gesamten Existenzperiode bis zum Übergang zur kommunistischen Selbstverwaltung auf der höchsten Stufe des Kommunismus.**

In der Broschüre «Die große Initiative» definiert W. I. Lenin die Diktatur des Proletariats wie folgt: *«Diktatur des Proletariats bedeutet, wenn man diesen lateinischen, wissenschaftlichen, historisch-philosophischen Ausdruck in eine einfachere Sprache übersetzt: Nur eine bestimmte Klasse, nämlich die städtischen Arbeiter und überhaupt die Fabrikarbeiter, die Industriearbeiter, ist imstande, die ganze Masse der Werktätigen und Ausgebeuteten zu führen im Kampf für den Sturz der Macht des Kapitals, im Prozess des Sturzes dieser Macht, im Kampf um die Sicherung und die Festigung des Sieges, bei der Schaffung der neuen, der sozialistischen Gesellschaftsordnung, in dem ganzen Kampf für die völlige Aufhebung der Klassen. (In Parenthese sei bemerkt: der wissenschaftliche Unterschied zwischen Sozialismus und Kommunismus besteht lediglich darin, dass das erste Wort die erste Stufe der aus dem Kapitalismus erwachsenden neuen Gesellschaft, das zweite Wort die höhere, weitere Stufe dieser Gesellschaft bezeichnet.)*

*Der Fehler der gelben „Berner“ Internationale besteht darin, dass ihre Führer den Klassenkampf und die führende Rolle des Proletariats nur in Worten anerkennen und Angst haben, bis zu Ende zu denken, dass sie gerade vor jener unvermeidlichen Schlussfolgerung Angst haben, die für die Bourgeoisie besonders schrecklich und absolut unannehmbar ist. Sie haben Angst anzuerkennen, dass die Diktatur des Proletariats ebenfalls eine Periode des Klassenkampfes ist, der unvermeidlich bleibt, solange die Klassen nicht aufgehoben sind, und der seine Formen ändert, wobei er in der ersten Zeit nach der Niederwerfung des Kapitals besonders erbittert ist und besonders eigenartige Formen aufweist. Nach der Eroberung der politischen Macht stellt das Proletariat den Klassenkampf nicht ein, sondern setzt ihn – bis zur Aufhebung der Klassen – fort, aber selbstverständlich unter anderen Umständen, in anderer Form, mit anderen Mitteln.*

*Was bedeutet aber „Aufhebung der Klassen“? Alle, die sich Sozialisten nennen, erkennen dieses Endziel des Sozialismus an, aber bei weitem nicht alle denken sich in seine Bedeutung hinein. Als Klassen bezeichnet man große Menschengruppen, die sich voneinander unterscheiden nach ihrem Platz in einem geschichtlich bestimmten System der gesellschaftlichen Produktion, nach ihrem (größtenteils in Gesetzen fixierten und formulierten) Verhältnis zu den Produktionsmitteln, nach ihrer Rolle in der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit und folglich nach der Art der Erlangung und der Größe des Anteils am gesellschaftlichen Reichtum, über den sie verfügen. Klassen sind Gruppen von Menschen, von denen die eine sich die Arbeit der andern aneignen kann infolge der Verschiedenheit ihres Platzes in einem bestimmten System der gesellschaftlichen Wirtschaft.*

*Es ist klar, dass man zur völligen Aufhebung der Klassen nicht nur die Ausbeuter, die Gutsbesitzer und die Kapitalisten, stürzen, nicht nur ihr Eigentum abschaffen muss,*

*man muss auch sonst jedes Privateigentum an den Produktionsmitteln abschaffen, man muss sowohl den Unterschied zwischen Stadt und Land wie auch den Unterschied zwischen Hand- und Kopfarbeitern aufheben. Das ist ein sehr langwieriges Werk. (LW 1974, Bd. 29, S. 410-411) In dem Artikel «Ökonomik und Politik in der Epoche der Diktatur des Proletariats» definiert W. I. Lenin weiterhin die Grenzen der Diktatur des Proletariats und betont deren Wirkung während der gesamten Phase des Sozialismus: «Sozialismus ist Abschaffung der Klassen. Die Diktatur des Proletariats hat für diese Abschaffung alles getan, was sie tun konnte. Aber auf einen Schlag kann man die Klassen nicht abschaffen.*

*Und die Klassen sind geblieben und werden für die Dauer der Epoche der Diktatur des Proletariats bestehen bleiben. Die Diktatur wird nicht mehr gebraucht werden, wenn die Klassen verschwunden sind. Sie werden nicht verschwinden ohne die Diktatur des Proletariats.*

*Die Klassen sind geblieben, aber jede Klasse hat sich in der Epoche der Diktatur des Proletariats verändert; auch ihr Verhältnis zueinander hat sich verändert. Der Klassenkampf verschwindet nicht unter der Diktatur des Proletariats, sondern nimmt nur andere Formen an.» (LW 1974, Bd. 30 S. 99)*

#### **4. Die Linken bekennen sich dazu, dass die Organisationsform der Diktatur des Proletariats die Sowjets sind.**

Das Wesen eines jeden Staates ist die Diktatur der herrschenden Klasse. Gleichzeitig taucht diese Diktatur selten direkt an der Oberfläche des politischen Lebens auf. Bei allen Abweichungen und vorübergehenden Rückzügen hat jede Art von Diktatur eine bestimmte stabile Erscheinungsform als Organisationsform, die für die Diktatur dieser besonderen Klasse angemessen ist, dieser entspricht und deren Erhaltung bestmöglich gewährleistet. Das der Diktatur der bürgerlichen Organisationsform innewohnende Immanente ist die parlamentarische Demokratie mit Wahlen in territorialen Bezirken. Die Organisationsform der Diktatur des Proletariats ist die von Fabriken und Werken aus gewählte Sowjetmacht. In der Arbeit «Thesen und Bericht über die bürgerliche Demokratie und die Diktatur des Proletariats» auf dem Ersten Kongress der Kommunistischen Internationale vom 4. März 1919 schrieb W. I. Lenin: «*Die alte, d.h. die bürgerliche Demokratie und der Parlamentarismus waren so organisiert, dass gerade die werktätigen Massen dem Verwaltungsapparat am meisten entfremdet wurden. Die Sowjetmacht, d.h. die Diktatur des Proletariats, ist dagegen so organisiert, dass sie die werktätigen Massen dem Verwaltungsapparat näher bringt. Dem gleichen Zweck dient auch die Vereinigung der gesetzgebenden und vollziehenden Gewalt bei der Sowjetorganisation des Staates und die Ersetzung der territorialen Wahlkreise durch Produktionseinheiten, wie Werke, Fabriken.*» (LW 1974, Bd. 28, S. 480)

In der Broschüre «Brief an die Arbeiter und Bauern anlässlich des Sieges über Koltshak» wird gesagt: «...die Sowjetmacht – das bedeutet in Wirklichkeit die „Diktatur der Arbeiterklasse“.» (LW 1974, B. 29, S. 552) In dem Artikel «Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht» wird eindeutig unterstrichen: «Denn die Sowjetmacht ist nichts anderes als die organisatorische Form der Diktatur des Proletariats.» (LW 1974, Bd. 27, S. 256)

Eine Analyse der Organisationsformen der bürgerlichen Diktatur in ihrer stabilsten Form – der bürgerlichen Demokratie und der Diktatur des Proletariats in Form von Sowjets – zeigt, dass ihre Stabilität und Funktionsweise mit objektiven Gründen versehen sind, auf denen die Macht aufgebaut ist. Die parlamentarische Demokratie als Form der bürgerlichen Diktatur stützt sich auf ihre Bildung aus den Geldmitteln der Kapitalisten, auf die Institution des privaten kapitalistischen Eigentums und nutzt die bürgerliche Ideologie, die die Gesellschaft beherrscht, da soziales Sein soziales Bewusstsein definiert. Die proletarische Demokratie beruht auf der objektiven Organisation der Arbeiterklasse im Arbeitsprozess in Fabriken und Betrieben, die zu Wahlbezirken der Sowjets werden. Hier geht es nicht um den Namen, sondern um die Form der Machtorganisation, die für die Macht der Sowjets charakteristisch ist und die Diktatur der Arbeiterklasse gewährleistet.

### **5. Die Linken verstehen, dass der Verzicht auf die Organisationsform der Diktatur des Proletariats mit ihrem Verlust und dem Übergang zur Diktatur der Bourgeoisie behaftet ist.**

Die Sowjets entstanden 1905 in Iwanowo-Wosnesensk als Streik- und Verwaltungskörperschaften der Arbeiter, die in Fabriken und Betrieben, in den Arbeitskollektiven gebildet wurden. In Fabriken und Betrieben wurden Sowjets gewählt, die 1917 in ganz Russland wiederbelebt wurden. Die Wahl von Abgeordneten in Fabriken und Betrieben, die Kontrolle der Tätigkeit der Abgeordneten und die praktische Durchführbarkeit ihres Abzugs und ihren Ersatz durch den Willen der Arbeitskollektive ist das konstituierende Prinzip der Sowjets, das im vom VIII. Parteitag verabschiedeten Leningrader Programm der RKP (B) festgehalten wurde: «[Der Sowjetstaat bringt den Staatsapparat mit den Massen zusammen auch dadurch,] dass die unterste Wahleinheit und die Grundzelle des Staatsaufbaus unter der Sowjetmacht nicht der territoriale Bezirk, sondern die ökonomische, die Produktionseinheit (Werk, Fabrik) ist.» (LW 1974, Bd. 29, S. 92 – der erste Teil des Satzes wurde vom Russischen nicht übersetzt, sodass der Anfang des Satzes in deutschen LW abgeschnitten erscheint, der Teil nach der Komma stimmt jedoch überein. Russische Quelle: LW 1967, Bd. 38, S. 425-426)

Trotz dieser Programmverordnung hatte im Jahr 1936 im Zusammenhang mit der Annahme einer neuen, angeblich „demokratischeren“ Verfassung ein Übergang zum

Wahlssystem nach territorialen Bezirken stattgefunden, das für die bürgerliche Demokratie charakteristisch ist und das die Behörden von den Arbeitskollektiven trennte und den Abzug der vom Volk losgelösten Abgeordneten praktisch unmöglich machte. Die damaligen Äußerungen Stalins bezüglich der angeblich im Zusammenhang mit der Verabschiedung der Verfassung von 1936 stattgefundenen Ausweitung der Demokratie sind daher als fehlerhaft anzusehen. Richtiger wäre zu sagen, dass tatsächlich ein Schritt in Richtung eines Übergangs von der sowjetischen, proletarischen Demokratie zur parlamentarischen, bürgerlichen Demokratie gemacht wurde, die formale Gleichheit voraussetzt und bestehende Ungleichheiten ignoriert.

Eine wirkliche Ausweitung der Demokratie von einer einmaligen formellen Ausweitung des Wahlrechts auf Vertreter der ehemaligen Ausbeutungsklassen könnte nicht stattfinden. Aber mit ihrem allmählichen Abrücken von der historischen Szene auf der Grundlage der Beseitigung jeglicher Ausbeutung kommt die Sowjetdemokratie als Demokratie für die Werktätigen allmählich auf natürliche Weise zu einem allgemeinen Wahlrecht. Der Verzicht von dem für die Sowjets charakteristischen Wahlprinzip der Abgeordneten durch Arbeitskollektive in Fabriken und Betrieben und der Übergang zu Wahlen nach territorialen Bezirken sind gleichbedeutend mit einem Rückfall der Sowjets in den Parlamentarismus und dementsprechend einer Schwächung der wirklichen Demokratie.

Es ist interessant, sich an die Tatsache zu erinnern, dass Lenin bei der Entwicklung des zweiten Programms der RKP (B) die Möglichkeit des Abweichens von der Form der Sowjets als Ergebnis des Gesamtrückzugs im Kampf unter Druck der Umstände und Kräfte des Gegners in Betracht gezogen hat, nicht jedoch als Bewegung zur Entwicklung der Demokratie der Werktätigen, der Proletarier- oder der Arbeiterdemokratie. Lenin schrieb in der Resolution des Siebten Parteitags der RKP (B): *«Ferner muss die Änderung des politischen Teils unseres Programms in einer möglichst genauen und ausführlichen Charakterisierung des neuen Staatstypus, der Sowjetrepublik, bestehen, als einer Form der Diktatur des Proletariats und als Fortsetzung jener Errungenschaften der internationalen Arbeiterrevolution, mit denen die Pariser Kommune begonnen hat. Das Programm muss darauf hinweisen, dass unsere Partei auf die Ausnutzung auch des bürgerlichen Parlamentarismus nicht verzichten wird, wenn der Verlauf des Kampfes uns für eine gewisse Zeit auf diese, von unserer Revolution jetzt überholte historische Stufe zurückwerfen sollte. Auf jeden Fall aber und unter allen Umständen wird die Partei für die Sowjetrepublik kämpfen, als den seinem Demokratismus nach höchsten Staatstypus und als Form der Diktatur des Proletariats, des Sturzes des Ausbeuterjochs und der Unterdrückung des Widerstands der Ausbeuter.»* (LW 1974, Bd. 27, S. 127)



Es scheint, dass alles erschöpfend klar ist, aber man hat sich genau der bürgerlichen Demokratie, dem Parlamentarismus zugewandt. Seit dieser Zeit begann, im Zusammenhang mit der Beseitigung der praktischen Möglichkeit, Abgeordnete zurückzuführen, die das Vertrauen von den in Arbeiterkollektiven organisierten Wählergruppen nicht gerechtfertigt hatten, der Prozess einer immer intensiveren Ansteckung der Staatsmaschine mit Bürokraten und Karrieristen, die ihre persönlichen Interessen über die öffentlichen stellen, Ausreifung im Mutterleib des Partei-Staat-Systems Chruschtschows und Gorbatschows.

Die Namen der Sowjets blieben, aber ihr Wesen begann sich zu verwischen. Die ihrer innerlich eigenen Organisationsform beraubte Diktatur des Proletariats wurde einer Gefahr ausgesetzt. Der proletarische Charakter der Behörden, die noch als Sowjets bezeichnet wurden, wurde jetzt nur durch die verbleibenden Elemente ihrer Verbindung mit der Klasse durch die Ernennung von Kandidaten aus Arbeitskollektiven, durch regelmäßige Berichte an die Arbeiter, durch die Regulierung ihrer sozialen Zusammensetzung durch Parteiorgane sichergestellt. Doch bereits unter Stalin, der sich am Sarg von W. I. Lenin geschworen hatte, die Diktatur des Proletariats zu stärken und zeitlebens dafür gekämpft hatte, sammelte sich im Zentralkomitee allmählich eine arbeiterfeindliche Mehrheit, um nach Stalins Tod den Klassencharakter des Staates zu verändern.

## **6. Die Linken halten an Lenins Position zur Frage des Ziels der sozialistischen Produktion fest.**

In den «Bemerkungen zum zweiten Programmentwurf Plechanows» schrieb er: *«Unglücklich gefasst ist auch der Schluss dieses Paragraphen „die planmäßige Organisation des gesellschaftlichen Produktionsprozesses zur Befriedigung der Bedürfnisse sowohl der gesamten Gesellschaft als auch ihrer einzelnen Mitglieder.“ Das genügt nicht. Eine solche Organisation werden am Ende auch die Truste vornehmen können. Es wäre genauer, wenn man sagte „auf Rechnung der gesamten Gesellschaft“ (denn das schließt die Planmäßigkeit ein und weist auf denjenigen hin, der der Planmäßigkeit die Richtung gibt), und nicht nur zur Befriedigung der Bedürfnisse der Mitglieder, sondern zur Sicherung der höchsten Wohlfahrt und der freien allseitigen Entwicklung aller Mitglieder der Gesellschaft.»* (LW 1974, Bd. 6, S. 40)

Schließlich hatte W. I. Lenin erreicht, dass ins vom Zweiten Kongress der SDAPR genehmigte Parteiprogramm niedergeschrieben wurde: *«Durch den Ersatz des Privateigentums an Produktions- und Zirkulationsmitteln durch das gesellschaftliche Eigentum, durch Einführen einer planmäßigen Organisation des gesellschaftlichen Produktionsprozesses zur Gewährleistung der Wohlfahrt und der allseitigen Entwicklung aller Gesellschaftsmitglieder, hebt die soziale Revolution die Teilung der Gesellschaft in Klassen auf und befreit damit die gesamte unterdrückte Menschheit.»* (Auf dem

Zweiten Parteitag verabschiedete Programm. Zweiter Parteitag der SDAPR. Juli - August 1903. Protokoll, Moskau. 1959, S. 419)

**7. Die Linken anerkennen den nicht warenbasierten, unmittelbar gesellschaftlichen Charakter der sozialistischen Produktion an.** Grundlage der sozialistischen Produktion ist nicht das Wertgesetz, sondern das Gebrauchswertgesetz, das DIE volle Wohlfahrt und die volle Entwicklung aller Mitglieder der Gesellschaft gewährleisten soll. Es ist verständlich, dass dies nicht durch die Selbstregulierung des Marktes der verstreuten privaten Warenproduzenten erreicht werden kann, sondern nur durch die Vergesellschaftung der Produktionsmittel und die Zentralisierung von Planung und Verwaltung. Lenin drückte sein Verständnis des Ziels der sozialistischen Revolution in den folgenden Worten aus: *«Übergang in gesellschaftliches Eigentum und die Ablösung der kapitalistischen Warenproduktion durch die sozialistische Organisation der Gütererzeugung auf Rechnung der gesamten Gesellschaft, zur Sicherung der höchsten Wohlfahrt und der freien allseitigen Entwicklung aller ihrer Mitglieder.»* (LW 1974, Bd. 6, S. 13) In der Direktive des Rats für Arbeit und Verteidigung an die örtlichen Sowjetinstitutionen, die 1921 während der Übergangszeit erstellt wurde, stellte Lenin fest: *«Das staatliche Produkt, das Produkt der sozialistischen Fabrik, das gegen bäuerliche Lebensmittelprodukte ausgetauscht wird, ist keine Ware im Sinne der politischen Ökonomie, jedenfalls nicht nur Ware, nicht mehr Ware, hört auf, Ware zu sein.»* (LW 1974, Bd. 32, S. 401)

Lenin bestätigt diesen Gedanken über die Überwindung der Warenproduktion noch einmal in seinen Bemerkungen zum Buch von Bucharin, wobei er einen Gedanken des Autors in den eigenen Niederschriften ausschreibt: *«Eine Ware kann nur insofern eine universelle Kategorie sein, inwiefern es eine konstante als eine gelegentliche öffentliche Verbindung auf der anarchischen Grundlage der Produktion gibt. Da die Irrationalität des Produktionsprozesses verschwindet, d.h. da ein bewusster gesellschaftlicher Regulator an die Stelle des Chaos tritt, verwandelt sich die Ware in ein Produkt und verliert ihren Warecharakter.»* Lenin bemerkt dazu: *«Stimmt!», aber bezüglich des Buchendes schreibt er: «Ungenau: sie wird nicht zu einem „Produkt“, sondern auf andere Weise. ETWA (ungefähr - Ed.): zu einem Produkt, das in den öffentlichen Konsum nicht über den Markt gelangt.»* (rus. Lenins Sammlungen, Bd. XI 1985, 388)

## ***Sebastian Rostock und Nadezhda Syrkina: Lenins Klassenmerkmale und der Weg zur klassenlosen Gesellschaft***

### **Abstrakt**

In diesem Artikel soll kurz gezeigt werden, wie sich gesellschaftlich-ökonomische Formationen bewegen, nach welchen Kriterien sich die Mitglieder der Gesellschaft in ökonomische Klassen und Schichten einordnen, welche Art der Gleichmacherei für die klassenlose Gesellschaft des Wissenschaftlichen Sozialismus notwendig ist, was die Diktatur des Proletariats bedeutet und was die Produktion materieller Güter damit zu tun hat.

### **Verbindung von Kapitalismus und Kommunismus**

Die gesellschaftlich-ökonomischen Formationen können nach Marx und Engels so verstanden werden, dass der Urkommunismus durch eine ausbeuterische Formation ersetzt wurde, als erste Negation des Kommunismus. Innerhalb dieser lassen sich aufgrund veränderter Ausbeutungsformen drei Unterarten unterscheiden – die Sklaverei, der Feudalismus und der Kapitalismus. Diese ausbeuterische Formation wird wieder negiert, um jegliche Art der Ausbeutung abzuschaffen:

*«Die aus der kapitalistischen Produktionsweise hervorgehende kapitalistische Aneignungsweise, daher das kapitalistische Privateigentum, ist die erste Negation des individuellen, auf eigne Arbeit gegründeten Privateigentums. Aber die kapitalistische Produktion erzeugt mit der Notwendigkeit eines Naturprozesses ihre eigne Negation. Es ist Negation der Negation. Diese stellt nicht das Privateigentum wieder her, wohl aber das individuelle Eigentum auf Grundlage der Errungenschaft der kapitalistischen Ära: der Kooperation und des Gemeinbesitzes der Erde und der durch die Arbeit selbst produzierten Produktionsmittel.» (Das Kapital, MEW Bd. 23, S. 791)*

Die freie Entwicklung einiger weniger wurde mit der Ausbeutung aller anderen erkaufte. Dazu wurden durch die Herrschenden spezielle, die Ausbeutung unterstützende, Fachkräfte aus den Reihen der Ausgebeuteten rekrutiert. Mögen diese Unterstützer anfänglich auch noch Sklaven gewesen sein, so hat sich diese Klasse heute zur angestellten Intelligenz entwickelt. Die Produktivkräfte sind im Kapitalismus so weit entwickelt, dass sie die Rückkehr zum Kommunismus erlauben, als zweite Negation des Kommunismus, als Rückkehr zu den ursprünglichen kommunistischen Produktionsbeziehungen, jedoch mit einem höheren Entwicklungsstand der Produktivkräfte, bei welchem die Bedienung der Produktionsmittel sowie die Erfüllung von Verwaltungsaufgaben dank technischer Erleichterungen wieder von der Mehrheit der Menschen durchgeführt werden kann.

## Merkmale der klassenlosen Gesellschaft

Kommunisten streben die klassenlose Gesellschaft an, in welcher die Menschen wirtschaftlich nur noch danach unterscheiden werden können, ob sie innerhalb oder außerhalb der unmittelbaren materiellen Produktion stehen. Nur die Menschen innerhalb dieser Produktion führen die Gesellschaft. Ihre Aufgabe ist es, möglichst alle arbeitsfähigen Menschen in diese Produktion einzubeziehen, um damit die Arbeiterklasse als Klasse aufzuheben. Außerhalb der Produktion stehen dann nur noch die einflusslosen Menschen, die von der Gesellschaft unterhalten werden, d.h. bestenfalls nur noch Kinder und Arbeitsunfähige. Wegen dieser Einflusslosigkeit wurden diese bei den Klassikern auch nicht als gesellschaftliche Klasse bezeichnet – sie können ja nicht über andere Klassen herrschen. Daraus folgt für die übrigen Gesellschaftsmitglieder die Klassenlosigkeit, da diese nur noch einer einzigen Klasse angehören würden, was die Unterscheidung in Klassen insgesamt überflüssig macht.

*«Die allgemeine Assoziation aller Gesellschaftsmitglieder zur gemeinsamen und planmäßigen Ausbeutung der Produktionskräfte, die Ausdehnung der Produktion in einem Grade, dass sie die Bedürfnisse aller befriedigen wird, das Aufhören des Zustandes, in dem die Bedürfnisse der einen auf Kosten der andern befriedigt werden, die gänzliche Vernichtung der Klassen und ihrer Gegensätze, die allseitige Entwicklung der Fähigkeiten aller Gesellschaftsmitglieder durch die Beseitigung der bisherigen Teilung der Arbeit, durch die industrielle Erziehung, durch den Wechsel der Tätigkeit, durch die Teilnahme aller an den durch alle erzeugten Genüssen, durch die Verschmelzung von Stadt und Land – das sind die Hauptresultate der Abschaffung des Privateigentums.» (Engels, MEW Bd. 4, Grundsätze des Kommunismus, S.375-376)*

## Lenins Klassenmerkmale

Um die klassenlose Gesellschaft zu erreichen, müssen die von Lenin dialektisch-materialistisch hergeleiteten Klassenmerkmale abgebaut werden, d.h. die arbeitsfähigen Menschen dürfen sich bezüglich dieser wirtschaftlichen Merkmale nicht mehr unterscheiden. Genau hier ist die notwendige Gleichmacherei – eine materialistische und keine ideelle. Diese bürgerlich so verhasste Gleichmacherei bedeutet aber die wahre wirtschaftliche Gleichstellung, welche überhaupt erst die volle Entfaltung der Persönlichkeit aller Menschen ermöglicht. Auf Seite 410 in Lenins „Die große Initiative“ wird die Definition der Klassen gegeben:

*«Als Klassen bezeichnet man große Menschengruppen, die sich voneinander unterscheiden nach ihrem Platz in einem geschichtlich bestimmten System der gesellschaftlichen Produktion, nach ihrem (größtenteils in Gesetzen fixierten und formulierten) Verhältnis zu den Produktionsmitteln, nach ihrer Rolle in der gesellschaftlichen Or-*

*ganisation der Arbeit und folglich nach der Art der Erlangung und der Größe des Anteils am gesellschaftlichen Reichtum, über den sie verfügen. Klassen sind Gruppen von Menschen, von denen die eine sich die Arbeit der anderen aneignen kann infolge der Verschiedenheit ihres Platzes in einem bestimmten System der gesellschaftlichen Wirtschaft.»*

Jeder Mensch lässt sich zu jedem Zeitpunkt bezüglich dieser fünf Klassenmerkmale in eine entsprechende ökonomische Klasse und Schicht einordnen, wobei sich diese Einordnung im Verlauf des Lebens mehrmals ändern kann. Im Folgenden wird jedes Klassenmerkmal durch seine als Fragen formulierten grundlegenden Bestimmungen untersetzt:

1) Platz im System der gesellschaftlichen Produktion:

*A) Ist der Mensch ein Arbeiter in der materiellen und damit wertschaffenden Produktion?* Hier geht es entsprechend dem Wertgesetz nur um die Arbeiter, die materielle Gebrauchsgegenständen als Waren herstellen. Zu solchen Genständen zählen auch Wärme- und Elektroenergie als nützliche Formen der Materie.

*B) Ist der Mensch ein Beschäftigter im die wertschaffende Produktion unterstützenden und damit wertverteilenden Bereich?* Hier geht es um alle andere wirtschaftlich Tätigen.

2) Verhältnis zu den Produktionsmitteln:

*C) Ist der Mensch Eigentümer von Produktionsmitteln und damit Mehrwertaneignen?* Ein Eigentümer hat Verfügungsgewalt darüber, ob und wie seine Mittel zur materiellen Produktion zum Einsatz kommen (Aussperrung, Planung usw.). Er hat damit auch das Eigentum an den Produkten, also die Verfügungsgewalt über die materiellen Gebrauchsgegenstände und damit Macht über die gesellschaftliche Lebensgrundlage.

*D) Ist der Mensch Bediener von Produktionsmitteln und damit Mehrwertenteigneter?* Ein Bediener hat Verfügungsgewalt darüber, ob und wie sein Körper unmittelbar physisch auf die Mittel zur materiellen Produktion einwirkt (Streik, Geschick usw.).

*E) Ist der Mensch in einem Verhältnis zu solchen Produktionsmitteln, die die Gesellschaftsformation prägen?* Hier geht es um die Mittel zur materiellen Produktion, die den qualitativen Sprung in der Produktivkraft verkörpern, damit die vorherrschende Produktionsform definieren und alle früheren Produktionsformen mit geringerer Produktivkraft verdrängen. Neben Eigentum und Bedienung gibt es nur noch die Verwaltung dieser Mittel.

3) Rolle in der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit:

*F) Ist der Mensch ein Verwalter in der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit?* Hier geht es um Verwalter, Manager, Organisatoren und Koordinatoren beliebiger Rangordnung.

#### 4) Art der Erlangung des Anteils am gesellschaftlichen Reichtum:

*G) Ist der Mensch zur Erschaffung eines gesellschaftlichen Guts tätig?* Hierzu zählen neben der Herstellung materieller Gebrauchsgegenständen auch deren Transport und Reparatur.

*H) Ist der Mensch zur Schaffung eines immateriellen Guts tätig?* Hier geht es um Wissen und Emotionen. Beispiele hierfür sind Pläne, Konzepte, Algorithmen, Organisation, Literatur, Kunst, Wissenschaft, Einschüchterung (Militär, Polizei, Wachdienst) und Unterhaltung.

*I) Ist der Mensch zur Einwirkung auf Menschen tätig?* Beispiele sind Personenschutz, -rettung und -transport, Bildung, Erziehung, Körperpflege und medizinische Versorgung.

Diese dreigliedrige Unterscheidung kommt von der dialektisch-materialistischen Betrachtung der unterschiedlichen Organisationsstufen der Materie. Die Materie entwickelt sich zu einer Organisationsstufe, auf der sie zur Ausbildung eines Bewusstseins fähig wird, mit Hilfe dessen sie sich selbst wieder erforscht und somit nach dem Gesetz der Negation der Negation zu sich selbst zurückkehrt.

#### 5) Größe des Anteils am gesellschaftlichen Reichtum:

*J) Ist der Mensch arm?* Ein Mensch ist arm, wenn er kein Vermögen hat und sein geringes Einkommen ihm höchstens die Sicherung seiner eigenen Existenz ermöglicht.

*K) Ist der Mensch reich?* Ein Mensch ist reich, wenn sein Vermögen ihm das Eigentum an die Gesellschaftsformation prägenden Produktionsmitteln ermöglicht?

### **Abgeleitete wesentliche Klassenbestimmungen**

Zu den elf zuvor als Fragen vorgestellten Bestimmungen ergeben sich formal zunächst 2048 Antwortkombinationen. Von diesen sind jedoch 1972 wegen folgender Zusammenhänge logisch unmöglich:

U1) Wertschaffung ohne gleichzeitige Bedienung von Produktionsmitteln. Der Term hierzu ist *(A ungleich D)*. Anders gesagt, sind die Bestimmungen *A* und *D* identisch.

U2) Wertverteilung ohne gleichzeitige Schaffung immaterieller Güter oder Einwirkung auf Menschen. Der Term hierzu ist *B ungleich (H oder I)*.

U3) Eigentum an Produktionsmitteln ohne die aus der unveräußerlichen Verfügungsgewalt folgende Verwaltungsfunktion. Der Term hierzu ist *C und nicht F*.

U4) Bedienung von Produktionsmitteln ohne gleichzeitige Schaffung materieller Güter. Der Term hierzu ist *D ungleich G*. Anders gesagt, sind die Bestimmungen *D* und *G* identisch.

U5) Verhältnis zu die Gesellschaftsformation prägenden Produktionsmitteln ohne Eigentum, Bedienung oder Verwaltung solcher. Der Term hierzu ist *E und nicht (C oder D oder F)*.

U6) Verwalter in der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit ohne Schaffung eines immateriellen Guts. Der Term hierzu ist *F und nicht H*.

U7) Armut zusammen mit Eigentum oder Reichtum. Der Term hierzu ist *J und (C oder K)*.

Die vorgestellten Bestimmungen lassen sich damit auf neun wesentliche Bestimmungen reduzieren (*A bis K* ohne *D* und *G*). Die klassisch nicht als Klasse betrachtete Gruppe ist:

EL) Einflusslose, welche weder wertschaffend noch wertverteilend tätig sind. Der Term hierzu ist *nicht (A oder B)*.

Die kapitalistischen Klassen sind:

GB) Die Großbürgerlichen (Bourgeoisie) besitzt die die Gesellschaftsformation prägenden Produktionsmittel. Der Term hierzu ist *C und E*.

KB) Die Kleinbürgerlichen besitzen nur Produktionsmittel, die nicht ausreichend entwickelt sind, um den für die Herrschaft ihrer Klasse benötigten Einfluss ausüben zu können. Sie können beispielsweise keine eigene Armee oder Partei finanzieren. Der Term hierzu ist *C und nicht E*.

AR) Die Arbeiterklasse übernimmt die Wertschaffung für die Großbürgerlichen sowie für einen Teil der Kleinbürgerlichen. Der Term hierzu ist *A und nicht C*.

PR) Das Proletariat als Teil der Arbeiterklasse besteht aus armen Fabrikarbeitern und übernimmt die Wertschaffung für die Großbürgerlichen. Der Term hierzu ist *A und E und J und nicht C*.

IN)Die Intelligenz übernimmt weitgehend die Wertverteilung für die Großbürgerlichen sowie die Kleinbürgerlichen. Der Term hierzu ist *B und nicht (A oder C)*.

Eine grafische Darstellung der Kombinationen zu diesen Gruppen, Klassen und Schichten kann so aussehen:

	A	B	C	E	F											
	x	x	x	x	✓	✓	✓	✓	✓	✓	✓	x	x	✓		
	x	✓	✓	✓	✓	✓	x	x	✓	✓	✓	✓	✓	✓		
	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	✓	✓	✓	✓		
	x	x	x	✓	✓	✓	✓	x	x	x	x	x	✓	✓		
	x	x	✓	✓	✓	x	x	x	x	✓	✓	✓	✓	✓		
<b>H</b>																
<b>I</b>																
<b>J</b>																
<b>K</b>																
x	x	x	✓		EL	U2	U2	U2	U2	U2	U2	AK	AK	U2	U2	U2
x	x	x	x		EL	U2	U2	U2	U2	U2	AK	AK	AK	U2	U2	U2
x	x	✓	x		EL	U2	U2	U2	U2	U2	PR	AK	AK	U2	U2	U2
✓	x	✓	x		U2	IN	IN	IN	PR	PR	U2	U2	AK	AK	U7	U7
✓	✓	✓	x		U2	IN	IN	IN	PR	PR	U2	U2	AK	AK	U7	U7
x	✓	✓	x		U2	IN	U6	U6	U6	PR	U2	U2	AK	U6	U6	U6
x	✓	x	x		U2	IN	U6	U6	U6	AK	U2	U2	AK	U6	U6	U6
✓	✓	x	x		U2	IN	IN	IN	AK	AK	U2	U2	AK	AK	KB	KB
✓	x	x	x		U2	IN	IN	IN	AK	AK	U2	U2	AK	AK	KB	KB
✓	x	x	✓		U2	IN	IN	IN	AK	AK	U2	U2	AK	AK	KB	KB
✓	✓	x	✓		U2	IN	IN	IN	AK	AK	U2	U2	AK	AK	KB	KB
x	✓	x	✓		U2	IN	U6	U6	U6	AK	U2	U2	AK	U6	U6	U6



Benachbarte Zeilen bzw. Spalten unterscheiden sich jeweils nur in einer der Bestimmung und erlauben damit leicht das Nachzeichnen von Bewegungen durch schrittweise Änderung dieser Merkmale. Die kleiner dargestellten Kombinationen innerhalb der Klassen und Gruppen sind zwar logisch möglich, aber im Kapitalismus höchst unwahrscheinlich:

U8) Reiche außerhalb der Großbürgerlichen. Der Term hierzu ist *K ungleich (C und E)*.

U9) Wertschaffende oder auf Menschen einwirkende Großbürgerliche. Der Term hierzu ist *(A oder I) und C und E*.

### **Proletariat als Anführer des gesellschaftlichen Fortschritts**

Das Proletariat stellt im Kapitalismus die progressive, revolutionäre Klasse dar und muss den übrigen Wertschöpfern bei der Organisation helfen, um diese dadurch ebenfalls führend zu machen, sowie alle übrigen Erwerbsfähigen auf dem Weg zum Kommunismus möglichst in die unmittelbare Produktion materieller Güter und somit in die Führung der Gesellschaft einzubeziehen, um sich als Klasse aufzuheben und damit zu klassenlosen Gesellschaft zu gelangen.

*«Das Proletariat ist diejenige Klasse der Gesellschaft, welche ihren Lebensunterhalt einzig und allein aus dem Verkauf ihrer Arbeit und nicht aus dem Profit irgendeines Kapitals zieht; deren Wohl und Wehe, deren Leben und Tod, deren ganze Existenz von der Nachfrage nach Arbeit, also von dem Wechsel der guten und schlechten Geschäftszeiten, von den Schwankungen einer zügellosen Konkurrenz abhängt. Das Proletariat oder die Klasse der Proletarier ist, mit einem Worte, die arbeitende Klasse des neunzehnten Jahrhunderts.» (MEW, Bd.4, S.363)*

*«Proletariat heißt die Klasse, die mit der Produktion materieller Güter in Betrieben der kapitalistischen Großindustrie beschäftigt ist. Soweit die kapitalistische Großindustrie zerstört ist, soweit die Fabriken und Werke stillgelegt sind, ist das Proletariat verschwunden. Es wurde wohl manchmal der Form nach als Proletariat gerechnet, aber es hatte keine ökonomischen Wurzeln.» (LW Bd. 33, s. 46 - Die NÖP und die Aufgaben der Ausschüsse für pol-kult. Aufklärung)*

### **Diktatur des Proletariats als Weg zum Kommunismus**

Der Abbau der obengenannten Klassenmerkmale ist nur durch eine gezielte politische Strategie möglich – die Diktatur des Proletariats:

*«Diktatur des Proletariats bedeutet, wenn man diesen lateinischen, wissenschaftlichen, historisch-philosophischen Ausdruck in eine einfachere Sprache übersetzt:*

Nur eine bestimmte Klasse, nämlich die städtischen Arbeiter und überhaupt die Fabrikarbeiter, die Industriearbeiter, ist imstande, die ganze Masse der Werktätigen und Ausgebeuteten zu führen im Kampf für den Sturz der Macht des Kapitals, im Prozess des Sturzes dieser Macht, im Kampf um die Sicherung und die Festigung des Sieges, bei der Schaffung der neuen, der sozialistischen Gesellschaftsordnung, in dem ganzen Kampf für die völlige Aufhebung der Klassen. (In Parenthese sei bemerkt: Der wissenschaftliche Unterschied zwischen Sozialismus und Kommunismus besteht lediglich darin, dass das erste Wort die erste Stufe der aus dem Kapitalismus erwachsenden neuen Gesellschaft, das zweite Wort die höhere, weitere Stufe dieser Gesellschaft bezeichnet.) [...]

*Nach der Eroberung der politischen Macht stellt das Proletariat den Klassenkampf nicht ein, sondern setzt ihn – bis zur Aufhebung der Klassen – fort, aber selbstverständlich unter anderen Umständen, in anderer Form, mit anderen Mitteln.» (LW 1974, Bd. 20, S. 409-410).*

Weiter werden die Aufgaben der Diktatur des Proletariats erläutert, nach deren Erfüllung diese Politik erst eingestellt werden darf, um in die Selbstverwaltung der klassenlosen Gesellschaft überzugehen:

*«Es ist klar, dass man zur völligen Aufhebung der Klassen nicht nur die Ausbeuter, die Gutsbesitzer und die Kapitalisten, stürzen, nicht nur ihr Eigentum abschaffen muss, man muss auch sonst jedes Privateigentum an den Produktionsmitteln abschaffen, man muss sowohl den Unterschied zwischen Stadt und Land wie auch den Unterschied zwischen Hand- und Kopfarbeitern aufheben. Das ist ein sehr langwieriges Werk. Um es zu vollbringen, bedarf es eines gewaltigen Schritts vorwärts in der Entwicklung der Produktivkräfte, muss man den Widerstand der zahlreichen Überreste der Kleinproduktion überwinden (einen oft passiven Widerstand, der besonders hartnäckig ist und sich besonders schwer überwinden lässt), muss man die ungeheure Macht der Gewohnheit und Trägheit überwinden, die diesen Überresten anhaftet.» (ebenda, S. 410-411)*

Dieses langwierige Werk der Klassenaufhebung geschieht nicht als direkte Folge der einmaligen Vergesellschaftung der Produktionsmittel. Auf dem ganzen Weg des Klassenabbaus muss es eine Klasse geben, die sich wegen ihrer Lage in den Produktionsbeziehungen nur durch stete Entwicklung der Produktivkräfte überhaupt erheben und befreien kann.

*«Anzunehmen, dass alle „Werktätigen“ gleichermaßen zu dieser Arbeit fähig sind, wäre eine völlig hohle Phrase oder die Illusion eines vorsintflutlichen, vormarxistischen Sozialisten. Denn diese Fähigkeit ist nicht an sich gegeben, sondern sie erwächst*

*historisch und erwächst nur aus den materiellen Bedingungen der kapitalistischen Großproduktion.» (LW 1974, Bd. 29, S. 409-413)*

Hier wird nochmals verdeutlicht, dass die Arbeiter der Großproduktion die Hauptrolle spielen. Produktion bedeutete damals nichts anderes als die Schaffung materieller Güter.

## **Adäquate Form der Diktatur von Bourgeoisie/Proletariat**

Die Politik ist der Kampf um die Erlangung, Durchführung und Verteidigung der Macht einer Klasse über die anderen Klassen mit dem Zweck, eigene Interessen durchzusetzen, wobei jede Klasse für diese Zwecke ihre eigene Avantgarde beauftragt – eine politische Partei.

Der Staat ist mit der Teilung der Gesellschaft in Klassen als Instrument der Klassenherrschaft entstanden, mit welchem die in der Wirtschaft herrschende Klasse alle andere Klassen unterdrückt, mit welchem der Wille der Herrschenden den übrigen diktiert wird, während unter den Vertreter der herrschenden Klasse selbst die breiteste Demokratie herrscht. Demokratie kann in einer Klassengesellschaft nur eine Demokratie für eine bestimmte Klasse sein. Die Demokratie der antiken Staaten wie Athen war eine Demokratie der Sklaventreiber und eine Diktatur für Sklaven. Die parlamentarische Demokratie im Kapitalismus ist die Demokratie der Großbürgerlichen und die Diktatur für alle übrigen Klassen. Das Mehrparteiensystem in der Form eines Parlaments ist bisher die adäquate Form der bürgerlichen Diktatur, die das Konkurrieren um Märkte einschließlich der Aufteilung des Staatsvermögens, also des kollektiven Besitzes der Kapitalistenklasse, durch Staatsaufträge am besten widerspiegelt, wohingegen das bürgerliche „Einparteiensystem“ nur in den Zeiten der absoluten Notwendigkeit einer Konsolidierung im Klassenkampf gegen die Verbreitung der Diktatur des Proletariats hervortritt. Diese künstliche Solidarisierung wird jedoch durch die natürlichen widersprechenden Interessen von Finanzkapital, Kleinbürgerlichen, Intelligenz und Proletariat zerrissen und mit der Zeit zu einem stabileren bürgerlichen Mehrparteiensystem zurückkehren. Die wirtschaftliche Dominanz des Finanzkapitals ist im bürgerlichen Parlament entsprechend widerspiegelt. Wenig einflussreiche Gruppen haben aber die Möglichkeit zum Mitreden sowie zu gewissen kosmetischen Korrekturen.

Die Politik der Diktatur des Proletariats kann nach Lenin nur von einer bestimmten Klasse durchgeführt werden – den Fabrikarbeitern (Bergbau, Maschinenbau, landwirtschaftliche Großproduktion u.a.). Diese Klasse kann ihr Leben nicht auf Kosten anderen verbessern. Die Arbeiterklasse kann insgesamt nur ein Ziel verfolgen – den Aufbau einer klassenlosen Gesellschaft. Um dieses Ziel zu erreichen, muss die einzige wissenschaftliche Weltanschauung als Instrument eingesetzt werden – der Mar-

xismus-Leninismus. Für die optimale Bewegung auf dieses Ziel hin ist zur Durchsetzung dieser Weltanschauung genau *eine* Partei notwendig. Für diesen Zweck wurde von Lenin die „*Partei neuen Typus*“ entwickelt, die auf dem Prinzip des demokratischen Zentralismus aufgebaut ist.

Wenn man die von Lenin und damit ferner auch die von Marx und Engels gegebene Definition des Proletariats umdeutet oder erweitert, kann man die Lehre über die Partei neuen Typus nicht anwenden. Wenn im politisch-ökonomischen Sinn sowohl wertschaffende als auch wertverteilende Beschäftigte unter dem Begriff des Proletariats zusammengefasst werden, wenn also Menschen mit unterschiedlichen Klasseninteressen entsprechend der obengenannten Klassenmerkmale in ein Topf geworfen werden, entstehen Notwendigerweise Fraktionen und Plattformen, welche die in vielen Punkten antagonistischen Interessen widerspiegeln und die spätestens im beginnenden Sozialismus zu einem Mehrparteiensystem führen. Dieses Mehrparteiensystem birgt wegen der, infolge der kapitalistisch strengen Arbeitsteilung, zahlenmäßig noch unterlegenen Arbeiterklasse eine große Gefahr mit sich. Die steigende Produktivität führt im Kapitalismus nicht zur Verkürzung des Arbeitstages in der materiellen Produktion, sondern zu einer vermehrten Verdrängung der Arbeitsfähigen in den übermäßig ausgebildeten wertverteilenden Bereich, wodurch die Menge der Wertschaffenden und insbesondere des Proletariats in einer spätkapitalistischen bzw. frühsozialistischen Gesellschaft gering gehalten wird und somit auch in einem aufgeklärten Zustand, d.h. nach dem Erkennen des eigenen Klasseninteresses, im Parlament stets überstimmt werden würde. Da nur das Proletariat am Kommunismus objektiv, d.h. abgeleitet aus den Klassenmerkmalen und deren bewusster Wahrnehmung, interessiert ist, kann durch seine Unterbesetzung im Parlament die Bewegung zum Kommunismus in der offiziellen Politik nur oppositionell betrieben werden. Selbst wenn dieser Interessenskampf im unbewussten Zustand länger dauern mag, naht sein Ende unausweichlich: es kann nur einen Gewinner geben. Welche Art der Diktatur soll die des Gewinners sein, wenn es keine proletarische nach Lenin ist?

*«Entweder die Diktatur (d. h. die eiserne Macht) der Gutsbesitzer und Kapitalisten oder die Diktatur der Arbeiterklasse. Einen Mittelweg gibt es nicht. Von einem Mittelweg phantasieren fruchtlos nur die Herrensöhnchen, die Intellektuellen, jene Herrschaften, die aus schlechten Büchern schlecht gelernt haben. Nirgends in der Welt gibt es einen Mittelweg und kann es ihn geben. Entweder die Diktatur der Bourgeoisie (getarnt durch bombastische sozialrevolutionäre und menschwistische Phrasen über die Volksherrschaft, die Konstituante, die Freiheiten und ähnliches) oder die Diktatur des Proletariats. Wer das nicht aus der Geschichte des ganzen 19. Jahrhunderts gelernt hat, der ist ein hoffnungsloser Idiot. » (LW Bd. 29, S. 551. Brief an die Arbeiter und Bauern anlässlich des Sieges über Koltschak)*

Was die adäquate Form der Arbeiterregierung angeht, kann diese demzufolge keinesfalls das Parlament sein, selbst dann, wenn es dort nur eine Partei gibt. Es kann nur eine natürlicherweise aus den Arbeiterkampf gewachsene Organisationsform wie die der Sowjets/Arbeiterräte sein, die durch Arbeiter selbst im praktischen Kampf erfunden war und auf den Streikkomitees basierte (zum ersten Mal erschien in 1905 in Russland). Die Arbeiterdiktatur kann wirksam durchgeführt werden, wenn die Arbeitervertreter für die Räte von den Fabriken gestellt werden – dies ermöglicht den Abzug und Ersatz des Vertreters des jeweiligen Werkes im Falle des Vertrauensbruches ohne eine Wahlperiode abzuwarten. Die Schwäche der späteren Sowjets lag im Rückgang vom Betriebswahlprinzip zum territorialen Wahlprinzip und damit verbundenen Schwierigkeiten des Abzugs von Vertretern. So sind die Vertreter ihren Wähler direkt verpflichtet, und nicht bloß ihrem eigenen Gewissen, so können sie im Notfall ihre Wähler auch zum offenen Kampf effektiv mobilisieren, dann auf der Arbeitsstelle ist man leicht zu finden. Die Kollegen kennen sich besser als die Bewohner eines Bezirkes – die Arbeit vereint Menschen, wohingegen das Eigentum sie teilt.

*«Andrerseits trug die Ausbildung der Arbeit notwendig dazu bei, die Gesellschaftsglieder näher aneinanderzuschließen, indem sie die Fälle gegenseitiger Unterstützung, gemeinsamen Zusammenwirkens vermehrte und das Bewusstsein von der Nützlichkeit dieses Zusammenwirkens für jeden einzelnen klärte.» (MEW Bd.20, S.446)*

Entsprechend dem bereits von den Arbeitern der Pariser Kommune erstellten und von Lenin sehr geschätzten Prinzip der Staatsverwaltung soll der Vertreter im Arbeiterstaat möglichst mit dem Arbeiterlohn eines qualifizierten Arbeiters bezahlt werden und keinen Vollzeitabgeordneten spielen, sondern einen Beauftragten wie bspw. selbst in den späteren Sowjets darstellen. Solche Arbeiterorganisationen sollen die gesetzgebende und vollziehende Funktion vereinen, was ebenfalls in den späteren Sowjets noch erhalten blieb.

## **Abbau des Privateigentums de jure versus de facto**

Das Privateigentum an Produktionsmitteln ergibt sich aus der Verfügungsgewalt darüber. Produktionsmittel müssen hierfür nicht unbedingt juristisch als privat gekennzeichnet werden. Die alleinige Verwaltung reicht aus, wie sie sich praktisch am Beispiel der UdSSR seit dem Verzicht auf die Diktatur des Proletariats nach Stalins Tod beobachten ließ. Da die Intelligenz spezielle Verwaltungsfunktionen der ausbeutenden und herrschenden Klasse übernimmt, birgt die weitere Ausübung dieser Funktionen bei Abwesenheit der ehemaligen privaten Eigentümer die Gefahr der Entstehung eines Herrscherbewusstseins mit sich, da der kollektive Eigentümer im Sozialismus bei Beibehaltung der kapitalistischen Arbeitsteilung seine Kontrolle effektiv nicht durchführen kann. Genau diese Gefahr der Umwandlung der Verwalter in eine neue Bourgeoisie muss durch das Überwinden der bürgerlichen Arbeitsteilung mini-

miert werden, was nur unter der Leitung des Proletariats und ferner durch den Druck seitens aller schwer körperlich Arbeitenden erfolgen kann. Zum wirksamen Abbau des Privateigentums als gesellschaftliches Verhältnis muss die Übertragung der Verfügungsgewalt über Produktionsmittel an die Arbeiterorganisationen erfolgen.

*«Wir sind keine Utopisten. Wir ‚träumen‘ nicht davon, wie man unvermittelt ohne jede Verwaltung, ohne jede Unterordnung auskommen könnte; diese anarchistischen Träumereien, die auf einem Verkennen der Aufgaben der Diktatur des Proletariats beruhen, sind dem Marxismus wesensfremd, sie dienen in Wirklichkeit nur dazu, die sozialistische Revolution auf die Zeit zu verschieben, da die Menschen anders geworden sein werden. Nein, wir wollen die sozialistische Revolution mit den Menschen, wie sie gegenwärtig sind, den Menschen, die ohne Unterordnung, ohne Kontrolle, ohne „Aufseher und Buchhalter“ nicht auskommen werden. Aber unterzuordnen hat man sich der bewaffneten Avantgarde aller Ausgebeuteten und Werktätigen – dem Proletariat. Die spezifische „Vorgesetztenrolle“ der Staatsbeamten kann und muss man sofort, von heute auf morgen, durch die einfachen Funktionen von „Aufsehern und Buchhaltern“ zu ersetzen beginnen, Funktionen, denen der heutige Städter bei seinem Entwicklungsniveau im allgemeinen schon vollauf gewachsen ist und die für einen „Arbeiterlohn“ durchaus ausführbar sind. Organisieren wir Arbeiter selber die Großproduktion, davon ausgehend, was der Kapitalismus bereits geschaffen hat, auf unsere Arbeitererfahrung gestützt, mit Hilfe strengster, eiserner Disziplin, die von der Staatsgewalt der bewaffneten Arbeiter aufrechterhalten wird; machen wir die Staatsbeamten zu einfachen Vollstreckern unserer Aufträge, zu verantwortlichen, absetzbaren, bescheiden bezahlten „Aufsehern und Buchhaltern“ (dazu natürlich Techniker jeder Art, jeden Ranges und Grades) – das ist unsere proletarische Aufgabe, damit kann und muss man bei der Durchführung der proletarischen Revolution beginnen. Ein solcher Anfang führt auf der Basis der Großproduktion von selbst zum allmählichen „Absterben“ jedweden Beamtentums, zur allmählichen Schaffung einer Ordnung – einer Ordnung ohne Anführungszeichen, die mit Lohnsklaverei nichts zu tun hat –, einer Ordnung, bei der die sich immer mehr vereinfachenden Funktionen der Aufsicht und Rechenschaftslegung der Reihe nach von allen ausgeübt, später zur Gewohnheit werden und schließlich als Sonderfunktionen einer besonderen Schicht von Menschen in Fortfall kommen.» (Staat und Revolution, LW 1974 Bd. 25, S. 438-439)*

## **Ergänzung**

Hier noch eine kurze Ausführung zum grundsätzlichen Verständnis der Begriffe. Selbst im modernen Deutsch gibt es bezüglich der nachfolgenden Begriffe keinen großen Unterschied in der Bedeutung zu der in Lenins Zeiten:

*«Industrie*

*1) Wirtschaftszweig, der die Gesamtheit aller mit der Massenherstellung von Kon-*

*sum- und Produktionsgütern beschäftigten Fabrikationsbetriebe eines Gebietes umfasst*

*2) Gesamtheit der Fabrikationsbetriebe einer bestimmten Branche in einem Gebiet»  
([www.duden.de/rechtschreibung/Industrie](http://www.duden.de/rechtschreibung/Industrie))*

*«Fabrik*

*Betrieb, in dem auf industriellem Wege durch Be- und Verarbeitung von Werkstoffen unter Einsatz mechanischer und maschineller Hilfsmittel bestimmte Waren, Produkte (oder Teile davon) in großer Stückzahl hergestellt werden.»*

*([www.duden.de/rechtschreibung/Fabrik](http://www.duden.de/rechtschreibung/Fabrik))*

*«Produktionsmittel*

*Gesamtheit der Hilfsmittel, die für den Produktionsprozess notwendig sind (z. B. Fabriken, Maschinen, Rohstoffe u. a.)»*

*([www.duden.de/rechtschreibung/Produktionsmittel](http://www.duden.de/rechtschreibung/Produktionsmittel))*

Zur expliziten Klarstellung hier nochmal der Hinweis: Weder Gehirne in Bildungseinrichtungen, noch Patienten in Krankenhäusern werden ganz oder in Teilen mechanisch und maschinell aus Werkstoffen zu fertigen Waren hergestellt. Sie werden auch nicht gekauft, angepasst und wieder verkauft. Es existieren auch keine Denkfabriken, da Gedanken nicht aus Werkstoffen gefertigt werden. Das gleiche gilt für die Tourismusindustrie, Teile der Unterhaltungs- und Werbeindustrie sowie alle übrigen sogenannten Industrien im wertverteilenden Bereich. Andernfalls wären die Parlamente doch schon mit Arbeitern besetzt, aus der Bildungsindustrie, der Erziehungsindustrie, der Verwaltungsindustrie, der Rechtsindustrie und der Wahlkampfindustrie (welche mit zur Unterhaltungsindustrie gehört).

Auch wenn aus der Sicht des Kapitalisten jede kapitalerhöhende (profitable) Tätigkeit als produktiv angesehen wird, ist nur die Herstellung eines materiellen Guts als Ware wertschöpfend

## Berichte und Aufrufe

### **Heinz Ahlreip: Ein Prozent**

Rechtzeitig vor anstehenden Landtagswahlen in ostdeutschen Bundesländern hat die SPD die Wiedereinführung einer 1997 ausgesetzten Vermögenssteuer dem Wahlvolk als Köder hingeworfen. Als Trommlerin ist die kommissarische Parteivorsitzende Manuela Schwesig aufgetreten. „Aus Gerechtigkeitsgründen“ fordere sie angesichts

der immer ungleicher werdenden Vermögensverteilung in Deutschland die Erhebung einer Vermögenssteuer für reiche Einzelpersonen, die über 2 Millionen € Vermögen verfügen, für Paare entsprechend 4 Millionen. Das Präsidium der SPD billigte am 26. August 2019 den 1%-Vorschlag. „Wenige haben viel und viele haben nichts“, gab Schwesig an.

Das ist eine Wischi-Waschi-Angabe, es gibt für diesen Umstand genaue Zahlen. 2018 verfügten die 1,4 Millionen deutschen Millionäre über gut 5 Billionen Dollar (SPIEGEL-online vom 9.7.2019), während die Rest-Deutschen, die unter „ferner liefen“ ihr tristes Dasein fristen, blutarm nur für die Statistik leben.

Also ist fast das gesamte deutsche Volk zu einem die menschliche Würde auf Schritt und Tritt verletzenden Arbeitsprozess, zu einem finanziellen Krüppel- Hunger- und Betteldasein verurteilt. Die Arbeitslosen wissen davon ein Lied zu singen. Sie müssen bei den Bundesagenturen für Arbeit um ihr eigenes Geld betteln.

Mir sagte mal ein Arbeitsloser, die tun seit der rot-grünen Agenda 2010 so, als ob es „ihr“ Geld wäre, und in dieser Aussage eines Betroffenen steckt mehr Wahrheit als in allen professoralen soziologischen Untersuchungen über die Arbeitslosigkeit. Es kann ja nicht ausbleiben, dass Beamte, die sich einem Räuberstaat verdingen, sich auch früher oder später selbst eine Räubermentalität zulegen. Die noch nicht gegen die Arbeitslosen begangenen Schandtaten lagen im Grunde des Herzens schon vor und zu ihrer Ausführung bedurfte es nur der Zusicherung der Straffreiheit. Und hier hat der sozialdemokratische Vollblutvolksfeind Gerd Schröder Absolution erteilen können.

Die Zahl der Menschen, die in Papierkörben nach Verwertbaren suchen, steigt von Tag zu Tag. Und die Blutsaugerei geht im kapitalistischen System ja immer weiter. Je ein Kapitalist schlägt viele tot. Die Zahl der Millionäre ist 2018 laut SPIEGEL-online in Deutschland um 1,1 % zurückgegangen. „Der Staat müsse eingreifen“, verkündet Manuela Schwesig. Aber welchen Staat meint die „Sozial“-„Demokratin“? Nun, wir werden sehen. Die Kriegsministerin Kramp-Karrenbauer will entgegen dem derzeitigen Koalitionspartner keine Steuer, sie will die Wirtschaft „entlasten und anreizen“, die FDP-Generalsekretärin Linda Teuteberg sieht in den 1 % „Gift für den Wirtschaftsstandort Deutschland“. Die Links-Partei ist da „linker“, ist da „weiter“, sie fordert schon seit längerem 5 % für Vermögen von über 1 Millionen €.

In Russland gab es vor der Oktoberrevolution in der Provisorischen Regierung einen bürgerlichen Minister Skobelew, der 100 % Vermögenssteuer forderte. Im Vergleich mit diesem Bürgerlichen sehen unsere Linken und Sozialdemokraten wirklich alt aus, 1 % statt 100 %. Wie sieht nun die politische Linie der unvermögenden Deutschen aus? Diese Linie ergibt sich interessanterweise aus der Polemik, die Lenin gegen den bürgerlichen Minister Skobelew führte. „Den Millionären 80 – 90 % der Einkünfte



wegnehmen, das kann man ... Hätten die Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten die Macht, so würden sie in der Tat nicht zögern, aber auch dann nicht alles nehmen – sie brauchen das nicht. Sie würden einen großen Teil der Einkünfte nehmen. *Eine andere Staatsmacht kann das nicht.*“ (Lenin, Krieg und Revolution, Werke Band 24,413).

So spricht ein Volkstribun, so spricht ein Volkskommissar, der Realitätssinn hat und nicht im Mief des parlamentarischen Kretinismus fern der armen Massen eingegangen ist wie eine Primel. In der parlamentarischen Republik, der höchsten Form bürgerlicher Staatsorganisation, kommen eben 1 % und 5 % heraus, mehr ist für die Massen bei diesem Staatssystem herrührend aus dem Jahr 1707 (siehe Geschichte Englands) nicht drin. Die Millionäre, denen auch der Staat BRD gehört, und die Politikaster, die ihre Agenten sind, dürfen nicht stellvertretend für die Massen handeln, diese müssen selbst die 90 % eintreiben und es ist klar, dass das mit dem alten, verknöcherten politischen Polizei-Regime der BRD nicht möglich ist, dieses muss zunächst völlig zerschlagen, völlig vernichtet werden.

Und wodurch ist es zu ersetzen? Denn Steuereintreiben ist eine staatliche Funktion, aber während einer Revolution betrieben durch die Organe der Massen selbst, durch die Räte.

Diese parasitäre deutsche Minderheit, die 1 % vom kapitalistischen Raubgut den Werktätigen zurückgeben will, die ökonomisch, politisch, philosophisch, moralisch, kulturell ein einziger Misthaufen ist, erklärt dem deutschen Volk nicht, wie man in diesem Land Millionär wird. Den ganzen elementaren Prozess der Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft, der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen gibt es nicht für diese Volksfeinde. Für diese findet kein Klassenkampf statt, sie tun so, als seien 1,4 Millionen Menschen Millionäre durch Günther Jauch geworden, nicht durch Ausbeutung.

Unter diesem Misthaufen der Volksverdummung schläft in Deutschland der proletarische Riese, der durch sein Erwachen die oberen in sich korrupten und verfaulenden Klassen mit Hilfe des wissenschaftlichen Sozialismus, der die kapitalistische Gesellschaft als ein äußerst flüssige, damit eben eines Tages auch überflüssige Gesellschaft erklärt, zum Zittern bringen wird. Die Sache verhält sich so, dass in den relativ unermögenden Deutschen, je mehr ihr Vermögen zwangsläufig abnimmt, zugleich das Vermögen zu einer proletarischen Revolution steigen muss. Darauf bauen die fortschrittlichen Menschen in Deutschland.

Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!

## ***Kommunistischen Allunionspartei (Bolschewiki)–WKP (b): Aufruf im Zusammenhang mit den Parlamentswahlen in der Ukraine***

### **Proletarier aller Länder, vereinigt euch gegen die Bourgeoisie aller Länder!**

*Liebe Thälmannfreunde, das ZK der WKP(b) informierte den RFB-Vorstand mit anhängender Erklärung, die dankenswerter Weise von Tamara und Wolfgang Sch. in die deutsche Sprache übersetzt wurde.*

*Rot Front! Gerd Hommel*

Am 21. Juli fanden in der Ukraine Wahlen zur Ukrainischen Rada (Parlament) statt. Unter den Wahlen zugelassenen Parteien und Blöcken gibt es keine einzige, die die Interessen der Arbeiterklasse vertritt. Die Politik, das heißt der Wille der herrschenden Klasse der Großbourgeoisie verhindert mit ihren Gesetzen die Bildung von kommunistischen Parteien, umso mehr von revolutionären bolschewistischen. Das bedeutet aber nicht, dass eine solche Partei in der Ukraine nicht existiert. Eine solche bolschewistische Partei gibt es.

Eine Besonderheit der gegenwärtigen politischen Situation in der Ukraine besteht darin, dass die herrschende Bourgeoisie (egal wer gegenwärtig ihr Anführer ist: Poroschenko oder Zelensky) demokratische Freiheiten mit terroristischen Leitungsmethoden grob verletzt – das ist Faschismus pur. Auch früher gab es willkürliche Abrechnungen mit den Kommunisten der Ukraine. Nach den letzten Umsturz wurde das zur normalen Sache. Hass gegenüber eigenen Bürgern russischer und anderer Nationalitäten wird geschürt. Sie werden als Separatisten und Besatzer beschimpft, die gegen die territoriale Integrität der Ukraine gerichtet sind. Zeitungen wie „Arbeiter- und Bauern Prawda“, „Bolschewik“ und „Arbeiterklasse“ werden verboten und ihre Aktivisten verfolgt. „Todesschwadronen“ nazistischer Jugendlicher wirken bei stiller Unterstützung der Macht, durch welche sie geschaffen wurden.

In der entstandenen Situation ist die Bildung einer gesamt demokratischen antifaschistischen Front eine erstrangige Aufgabe. Hoffnung auf Wahlen bei der gegenwärtigen Gesetzgebung ist zutiefst fehlerhaft, weil sie die Organisierung der Arbeiterklasse zu einer einheitlichen bolschewistischen Partei, die im Stande ist, dem Nationalfaschismus das Genick zu brechen, verhindert. Durch unendliche Wahlen versucht die Macht des Kapitals die unorganisierte Bevölkerung zu veralbern, unnütze und für sich ungefährliche Illusionen zu verbreiten.

Wir versuchen dieses teilweise zu entkräften.

Wer von den Kandidaten für das Parlament verspricht den Nationalfaschismus aufzuhalten, die Beziehungen zu Russland zu normalisieren? Das ist die Partei „Für das Leben“. Einer ihrer Anführer ist W. Medwedtschuk –ein Oligarch mit 460 Mill. \$ Reichtum.

Vor den Wahlen trafen sich Medwedtschuk und Boiko (auch Partei „Für das Leben“ mit 11,67% Stimmen vor der Wahl) mit dem Ministerpräsidenten der RF D. Medwedew um die Richtung ihrer Politik deutlich zu machen. Am 10. Juli 2019 unterschrieb die Partei „Für das Leben“ einen Vertrag über die Zusammenarbeit mit der Partei „Einiges Russland“... Es ist erstaunlich, dass als einziger Partei, der Partei „Für das Leben“ von den Machthabern der Ukraine erlaubt wurde, sich an den Wahlen zu beteiligen, sie den Wählern aufgezwungen wurde. Weit entfernt von Bolschewistischen Positionen sind die KPU, WSR, Arbeiterpartei von Bondartschuk nicht im Stande selbständige Politik durchzuführen und unterstützen „scheinbare“ Antifaschisten aus der Partei „Für das Leben“. Warum scheinbare? Weil gerade diese an der Wiege der Bildung der gegenwärtigen ukrainische Nationalisten standen.

Versuche, den Nationalfaschismus durch Austausch von Oligarchen anzuhalten, sind gegenstandslos. Es ist nicht möglich solange der Kapitalismus existiert. Kapitalismus bedeutet immer auch Faschismus. Präsidentenwahlen in der Ukraine haben bewiesen, dass es dem ukrainischen Kleinbürger egal ist, welche hohen Ideale vertreten werden. Im ersten Wahlgang beteiligten sich 62 % der Stimmberechtigten, wobei Zelensky, Poroshenko und Timoshenko 60 % der Stimmen erhielten.. Beim zweiten Wahlgang bestätigte sich das. Die Kommunistische Partei der Ukraine, der Arbeiterbund und so genannte „Linke“ diskreditierten sich durch direkte oder indirekte Unterstützung der Partei der Großbourgeoisie „Für das Leben“.

Die Kommunistische Allunionspartei der Bolschewiki, ihre ukrainische Abteilung und die bolschewistische Organisation von Lugansk stehen unerschütterlich auf festen Klassenpositionen. Wir hegen keine Illusionen bezüglich Wahlen in der kapitalistischen Gesellschaft. Vorläufig sind wir nicht im Stande, sie politisch ernsthaft zu beeinflussen. Nach einer Reihe politischer Morde an unseren Aktivisten durch das Regime und nach dem Umsturz gingen diese in die Illegalität und sammeln neue Kräfte.

Ausgehend von den Realitäten in der heutigen Ukraine und aus taktischen Gründen rufen wir die Arbeiterklasse der Ukraine auf, mit allen Methoden kommunistische und demokratische Kräfte zu unterstützen. Diese führen den antifaschistischen Kampf, darunter auch bei Wahlen, und eine selbständige Politik, begründet auf grundsätzlichen Interessen der Arbeiterklasse. Die Nationalitätenfrage kann nur auf dem Wege der kommunistischen Umgestaltung der Gesellschaft gelöst werden.

Die Union der sozialistischen Ukraine und des sozialistischen Russlands soll sein!

Proletarier aller Länder, vereinigt euch! Werdet Mitglied der WKP (B)

ZK der WKP(b) 17.07.2019

Auszugsweise Übersetzung aus dem Russischen von T. und W. Schumann

## ***Gesellschaft zur Rechtlichen und Humanitären Unterstützung: Protest gegen Unrechtsakte der BRD-Justiz***

Mit mehreren Entscheidungen hat die Justiz der BRD die Souveränität anderer Staaten verletzt.

Wie bekannt wurde, veranlasste der Generalbundesanwalt strafrechtliche Ermittlungen gegen 41 Mitglieder des ZK der KPC und ehemalige Grenzsoldaten der CSSR. Vorgeworfen wird den Beschuldigten, verantwortlich zu sein für den Tod von DDR-Bürgern an der Grenze der CSSR nach Österreich bzw. nach der Bundesrepublik Deutschland vor 1989.

In einer anderen Entscheidung hat das Bundesverwaltungsgericht Leipzig einem Bürger Entschädigung für eine psychische Erkrankung zuerkannt, an der er nach einem ungesetzlichen Grenzübertritt von der DDR nach Westberlin im Jahre 1988 heute noch leide.

Die Entscheidungen des Generalbundesanwalts zur Aufnahme von Ermittlungen und das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts verletzen das Recht der CSSR und der DDR, als souveräne Staaten die Unverletzlichkeit ihrer Staatsgrenzen gewährleistet zu haben. Es ist ausschließlich Angelegenheit jedes Staates, die Art und Weise zu bestimmen, wie die territoriale Integrität seines Staatsgebietes gesichert werden kann. Mit der Verletzung von Gesetzen zum Schutze der Staatsgrenzen der CSSR und der DDR und den entsprechenden Grenzordnungen beider Länder haben sich die Betroffenen die Folgen ihres Handelns selbst zuzuschreiben. Die Entscheidungen der bundesdeutschen Justiz stellen eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten dar und verletzen damit das Völkerrecht. Sie ordnen sich ein in die Großmachtansprüche der Bundesrepublik Deutschland gegenüber anderen Staaten.

Die GRH verurteilt die rechtswidrigen Justizakte auf das Schärfste. Sie erklärt sich solidarisch mit den verfolgten Politikern und Grenzern der CSSR.

Berlin, am 6. August 2019

Hans Bauer,  
Vorsitzender

Günter Leo  
Oberst a.D.

Dieter Stiebert  
Geschäftsführer

## **Jürgen Geppert: Rede bei der Gedenkveranstaltung für Ernst Thälmann und dem 50. Jahrestages des Bestehens der Thälmann-Gedenkstätte Hamburg**

Liebe Genossen und Freunde,

zunächst erst einmal vielen Dank für die Einladung zur heutigen Gedenkveranstaltung an den Genossen Pfohlmann.

Wir Kommunisten der KPD sind dazu aus ganz Deutschland angereist. Wir überbringen hiermit die besten Grüße zum 50. Jahrestag des Kuratoriums, verbunden mit dem Versprechen, auch weiterhin die gute Zusammenarbeit zu pflegen und zu entwickeln.

Für uns ist diese Veranstaltung im Rahmen der Thälmann – Ehrungen ein ganz besonderes Ereignis, an der wir sehr gern teilnehmen. Und für mich persönlich: Ernst Thälmann ist noch heute mein Vorbild im Denken und Handeln, und es ist eine besondere Ehre hier einige Worte sprechen zu dürfen. Warum er ein Vorbild für mich ist? Franz Dahlem fand dazu die richtigen Worte:

„Doch bei allen hervorragenden Eigenschaften und Fähigkeiten, die diese historische Persönlichkeit prägten, war er ein ganz normaler Mensch aus Fleisch und Blut mit seinen Eigenheiten und auch nicht frei von Schwächen. Schon gar nicht war er ein Wunderkind, dem schon an der Wiege gesungen worden wäre, zum Parteiführer seiner Klasse berufen zu sein. Darin bestand ja gerade die Stärke unserer Kommunistischen Partei, dass an ihrer Spitze Menschen aus dem Volk standen, deren Verbindung zu ihrer Klasse und zu den werktätigen Menschen stets lebendig blieb.“(1)

Über den Kampf und das Leben von Ernst Thälmann wurde heute schon viele Worte gesprochen. Ich möchte deshalb einige Eckdaten aus seinem Leben, verbunden mit dem Kampf der deutschen Arbeiterbewegung, auch in der Bundesrepublik vor 1990 hervorheben.

Ich hatte in diesem Jahr die Möglichkeit an der Gedenkveranstaltung anlässlich der Selbstbefreiung des KZ Buchenwald teilzunehmen. Es war kalt und nass, und eine eigenartige Stimmung von Trauer breitete sich aus. Die alten Genossen sprachen vom „Buchenwaldwetter“. Anschließend fand die Ehrung Ernst Thälmanns im Hof des Krematoriums statt. Diese gelungene Feierstunde haben junge Genossen ausgerichtet, die Genossen der Kommunistischen Organisation. Das ließ mich hoffen. Wir haben die Fahne weitergereicht. Und das Ziel unseres Kampfes, in dem wir viele schmerzliche Niederlagen erfuhren, ist nicht vergessen. Unser gemeinsames Ziel, ein einheitliches sozialistisches Deutschland zu gestalten, für das auch Ernst Thälmann sein Leben gab, lebt weiter in unseren Kämpfen.

Hier und heute, vor diesem denkwürdigem Treffen junger und alter Kommunisten versprechen wir: Wir werden jene jungen Genossen, mit denen wir bereits eine enge Zusammenarbeit pflegen, in jeder Hinsicht unterstützen. Dazu gehört auch das Weitergeben von Wissen, konkret das Grundwissen über den Marxismus – Leninismus im gemeinsamen Fernstudium der KPD und der Redaktion offen-siv, übrigens die einzige Einrichtung in der BRD, die so etwas anbietet.

Die Angst vor einem sozialistischen Deutschland ist in den Köpfen vieler Deutscher tief verwurzelt. Jene träumen von einer schrittweisen Überwindung des Kapitalismus durch Reformen, die diesen angenehmer und gerechter gestalten sollen. Eine proletarische Revolution schließen sie aus. Diese Denkweise spaltet die Arbeiterbewegung und führt sie weg von ihrer historischen Aufgabe.

Deswegen sollte dann auch Ernst Thälmann in Vergessenheit geraten, und mit ihm seine Ideen. Aber in seinem ganzen Leben blieb Ernst Thälmann kämpferisch – bis zu seinem Tod. Bis zu seinem letzten Augenblicken bekannte er sich als überzeugter Marxist-Leninist zur Sache der Arbeiterklasse.

Aus dem Gefängnis heraus schrieb er am 17. Juni 1936: „Wer sich hier trost- und hilflos in das *unvermeidliche* 'Geschick ergibt, der ist schon verloren und muß ganz allmählich immer mehr abstumpfen an Geist und Willenskraft. ... Und wer außerdem wie ich, jahrelang jenes überquellende, gestaltenreiche Leben vermissen muss, das ich jahrzehntelang in unermüdlichem Ringen und im schweren Kampfe geführt habe, das mir in Fleisch und Blut übergegangen ist, der wird nur dann dem Kerkerleben und seinen seelischen Einwirkungen siegreich widerstehen, wenn er tapfer dem Unent-rinnbaren und Unvermeidlichen gegenübertritt. Denn auch dieses Schicksal ist heroisch, ist das Leben, das bei mir stets kämpferisch gewesen ist.“(2)

Auf Antrag des Oberreichsanwaltes wurde Ernst Thälmann am 1. November 1935 gegen Auflagen aus der Haft in Berlin – Moabit entlassen, und am gleichen Tag von der Gestapo „im Interesse der öffentlichen Sicherheit“ bis auf weiteres in Haft genommen. Welche Gründe warf man ihm vor? Zitat: „*Sie waren bis zu ihrer am 03. III. 1933 erfolgten Festnahme die für die Leitung der Kommunistischen Partei Deutschlands verantwortlichen Persönlichkeit. Da sie sich zweifellos im Falle einer Entlassung wieder im kommunistischen Sinne betätigen werden, werden Sie im Interesse der Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in Schutzhaft genommen.*“(3)

Diese Angst der Machthabenden vor politischen Veränderungen, die bis heute spürbar ist, war riesengroß. Noch in letzter Minute, die Befreiung des KZ Buchenwald stand bevor, ließ Hitler ihn hinrichten. Und sein Mörder lebte jahrelang unbehelligt in der Bundesrepublik.

Bereits 1951, drei Jahre nach der Gründung der Bundesrepublik, fordert Konrad Adenauer das Verbot der fortschrittlichsten Partei der deutschen Arbeiterklasse, der KPD, die unter Führung des Genossen Max Reimann, einen Kampfgefährten von Ernst Thälmann, stand.

Die alte Politik des Verbotes und der Spaltung wurde nahtlos fortgeführt.

Auf Grund eines Haftbefehls gegen ihn floh Max Reimann 1953 in die DDR, wo er bis 1968 lebte und in dieser Zeit die Partei weiter führte. Das Verbot der KPD 1956 konnte er aber nicht verhindern. Dem Verbot folgten tausende Hausdurchsuchungen, Verhaftungen und Berufsverbote. Die Bundesrepublik bekannte sich damit nicht nur juristisch, sondern auch politisch als Nachfolger des Deutschen Reiches. Fortschrittliche Organisationen wie z.B. die FDJ wurden ebenfalls verboten.

Das Jahr 1956 war auch für mich ein bedeutsames Jahr. Ich wurde in diesem Jahr in Halberstadt feierlich in die Pionierorganisation „Ernst Thälmann“ aufgenommen. Ich war sehr stolz als mir das blaue Halstuch umgebunden wurde. Diese Aufnahme war nicht selbstverständlich. Zuerst musste man gute schulischen Leistungen haben. Dann wurde darüber im Klassenkollektiv abgestimmt.

Als Thälmann Pionier gelobte ich: „Ernst Thälmann ist unser Vorbild. Als Thälmann-Pionier gelobe ich, so zu leben, zu lernen und zu kämpfen, wie es Ernst Thälmann lehrt, getreu unserem Gruß bin ich: Für Frieden und Sozialismus immer bereit!“

Das gilt noch heute!

Die Bürger der Deutschen Demokratischen Republik hatten das Erbe Ernst Thälmanns im Kampf gegen Imperialismus, Faschismus und Krieg, für den Frieden und die Macht des Volkes angetreten.

Ernst Thälmann war das Symbol für den todesmutigen Kampf gegen den blutigsten Terror in der Geschichte, gegen den Hitlerfaschismus.

„Elfeinhalb Jahre Einzelhaft, alle physischen und seelischen Qualen konnten den Kommunisten Ernst Thälmann nicht zerbrechen. Den Faschisten ist es nicht gelungen! Nicht mit den brutalsten und raffiniertesten Methoden konnten sie den Heroismus und die geistige Kraft dieses Helden der Arbeiterklasse zerstören. Sie ermordeten ihn. Auslöschen konnten sie ihn nicht.“(4)

Für uns Kommunisten gilt: „Thälmann ist niemals gefallen, Stimme und Faust der Nation ...“. Er lebt in unseren Herzen weiter und ist Ansporn für kommende Kämpfe.

Rot Front – Genossen!

*Literatur: (1) Institut für ML beim ZK der SED, E. Thälmann – Eine Biographie, Dietz Verlag, Berlin 1980; (2-4) Institut für ML beim ZK der SED, E. Thälmann, Briefe aus dem Gefängnis an seine Angehörigen, Dietz Verlag, Berlin 1965*

## Fernstudium 2020-2021

### ***Konzeption des marxistisch-leninistischen Fernstudiums von KPD und offen-siv, März 2020 – September 2021***

„Lernen, lernen und nochmals lernen“ (Lenin)

„Lerne es! Laß es dich nicht verdrießen! Fang an! Du mußt alles wissen! Du mußt die Führung übernehmen.“ (Brecht)

**Inhaltliches:** Die Schulung soll die Grundlagen des Marxismus-Leninismus vermitteln. Sie wird mit einer Einführung in die erkenntnistheoretischen und philosophischen Grundlagen beginnen, also mit dem dialektischen und historischen Materialismus, dann wird es um die Ökonomie gehen, d.h. Marxsche Kapitalanalyse, Leninsche Imperialismustheorie. Abgeleitet daraus sollen die Grundlagen der politischen Ökonomie des Sozialismus erarbeitet und die historische Erfahrung analysiert werden. Danach soll es mehr um Politisches gehen: Klassenkampf, Lenins Parteitheorie, Revolutionstheorie, Bündnispolitik, Kampf gegen den Revisionismus, Diktatur des Proletariats. Hier wollen wir auch die Ursachen der Niederlage des Sozialismus in Europa analysieren.

Die hauptverantwortlichen Teamer für das Fernstudium werden Jürgen Geppert und Frank Flegel sein, unterstützt von je kompetenten Fachreferenten.

**Zur Form des Fernstudiums:** Da die potentiellen Teilnehmer/innen weit über das Land verstreut sind und weder wir noch die KPD die Kapazitäten besitzen, in der Fläche regional bzw. kommunal kontinuierliche Schulungsarbeit durchzuführen, haben wir uns für die Form des Fernstudiums entschieden.

Diese Form bedeutet, dass es zentrale Wochenendseminare geben wird und dazwischen dreimonatige Phasen von Gruppen- bzw. Einzelarbeit vor Ort. Während der Wochenendseminare werden die Referenten die logische Struktur und die wichtigsten „Eckpunkte“ der je kommenden dreimonatigen Lernetape darstellen, den Teilnehmern/innen zum Ende des Seminars Leitfragen mit auf den Weg geben und nach etwa zwei Monaten um Antworten auf die Leitfragen bitten, um das je nächste Semi-



nar konkret vorbereiten zu können. Im Ganzen denken wir an einen Zeitraum von etwas mehr als eineinhalb Jahren, jeweils unterteilt in 3-monatige Blöcke, es soll sieben Wochenendseminare geben.

**Anforderungen an die Teilnehmer/innen:** Das Programm ist nicht unkompliziert, es setzt kontinuierliche Arbeit und einige Disziplin voraus. Andererseits ist es auch zu schaffen: als Teilnehmer/in muss man ein- bis zweimal wöchentlich zwei bis drei Stunden Studienzeit aufbringen können und man muss alle drei Monate zu einem zweitägigen Wochenendseminar (Sa. und So.) fahren können. Und man muss sich anschaffen: Karl Marx, Das Kapital, MEW Bd. 23 und Lenin: Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus (es gibt vielerlei Ausgaben). Des weiteren werden wir gedruckte bzw. kodierte schriftliche Materialien, im wesentlichen Klassikertexte, verteilen.

**Technisches und Organisatorisches:** Die Seminare sind zweitägige Wochenendseminare, Beginn sonnabends um 12.00 Uhr, Ende sonntags um 14.45 / 15.00 Uhr. Die Zeiträume für die Seminare werden sein: März, Juni, September und November 2020, März, Juni und September 2021. Der Tagungsort wird Hannover sein. Unterkunft am Tagungsort ist möglich, man bringt Trampermatte/Luftmatratze und Schlafsack mit oder man kommt nur mit einem Schlafsack und verlässt sich auf eine der vor Ort vorhandenen Matratzen. Duschen sind vorhanden. Für die Verpflegung sorgen wir selbst, d.h. die „Teamer“ sorgen dafür.

**Kosten:** Wir müssen einmalig 15,- Euro für die Druck- und Kopierkosten der Materialien, die wir verteilen, einsammeln. Und für die Miete des Tagungsortes und die Verpflegung müssen wir 10,- Euro pro Person und Wochenende erheben. Dazu kommen natürlich je individuell die Kosten für Hin- und Rückfahrt.

Für Bedürftige mit hohen Anreisekosten werden wir eine Spendenkampagne in der offen-siv und in der Roten Fahne durchführen, damit fehlendes Geld kein Hindernis für's Lernen ist.

**Anmeldungen und Spenden:**

Anmeldungen: Tel: 05572 – 999 22 42, Mail: [redaktion@offen-siv.com](mailto:redaktion@offen-siv.com)

Spendenkonto: Konto Frank Flegel bei der Sparkasse Hannover,

Konto-Nr. DE10 2505 0180 0021 8272 49, Kennwort: Fernstudium.

## Überblick über den inhaltlichen Aufbau anhand der Seminarstruktur:

### Erstes Seminar , März 2020:

Samstag

**12.00 - 12.40 Uhr:**

Technisches (Übernachtungen, Verpflegung, Finanzen usw.)

**12.40 – 13.00 Uhr:**

Überblick über das gesamte Fernstudium.

**13.00 - 14.00 Uhr:**

Wissenschaftsbegriff und Begriff des „Begriffs“, Erkenntnistheorie, Materialismus (und Idealismus), Basis-Überbau-Modell.

**14.00 - 14.30 Uhr:**

Der Begriff der Gesellschaftsformation, das Verhältnis von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen, Grundsätzliches zum Historischen Materialismus.

**14.30 - 15.00 Uhr:**

Pause

**15.00 - 16.30 Uhr:**

Die bisherigen Gesellschaftsformationen der Menschheit:

Urgesellschaft, Stammesgesellschaft, Sklavenhaltergesellschaft, Feudalismus, Kapitalismus, Sozialismus.

**16.30 - 17.00 Uhr:**

Pause

**17.00 - 19.30 Uhr:**

Kapitalismus: Marxsche Methode, dann:

Ware und Geld, Arbeitswerttheorie, Doppelcharakter der Ware und der Arbeit, Wert und Preis der Ware, Herausbildung des Geldes

**19.00 - 19.30 Uhr:**

Abendessen,

danach am besten eine kurze Vorstellungsrunde und Zeit zum Quatschen usw.

Sonntag

**08.00 Uhr:**

Frühstück

**09.00 – 09.30 Uhr:**

Wiederholung Materialismus und Idealismus, Marxsche Methode, dann Wiederholung Ware und Geld.

**09.30 – 10.30 Uhr:**

Fetischcharakter der Ware und des Geldes.

Die Warenzirkulation. Verschlingung der Zirkulationsketten. Die individuelle Konsumtion.

**10.30 - 11.00 Uhr:**

Pause

**11.00 – 12.30Uhr:**

Verwandlung von Geld in Kapital: Der einfache Begriff des Kapitals, die Arbeitskraft als Ware,

Mehrwertproduktion=Ausbeutung bei Einhaltung des Gesetze des Warentausches.

Die notwendig entstehenden Charaktermasken.

Die Klassen und der ökonomische Klassenkampf.

**12.30 - 13.00 Uhr:**

Mittagspause

**13.00 – 14.00 Uhr:**

Mystifizierung der Oberfläche des Kapitals (Stichwort Zirkulationssphäre), Unsichtbarkeit der Ausbeutung. Zusammenfassung: Warenfetisch, Geldfetisch, der schöne Schein der Oberfläche des Kapitals, Unsichtbarkeit der Ausbeutung. Der Begriff des „notwendig falschen Bewusstseins“.

**14.00 – 14.45 Uhr:**

Literaturhinweise,

Rückmeldung über das Seminar, danach Heimreise.

### **Zweites Seminar , Juni 2020:**

Samstag

**12.00 – 14.00 Uhr:**

Wiederholung und Klärung offener Fragen der ersten Etappe.

**14.00 – 14.30 Uhr**

Pause

**14.30 – 16.00 Uhr**

Formen der Mehrwertproduktion, Produktivkraftsteigerung im Kapitalismus, der Begriff der produktiven Arbeit (darin Exkurs zur Benachteiligung der Frau im Kapitalismus), Mehrwertrate und Profitrate, die Jagd nach dem Extraprofit. Der Kapitalfetisch.

**16.00 – 16.30 Uhr**

Pause

**16.30 – 17.30 Uhr:**

Das allgemeine Gesetz der kapitalistischen Akkumulation. Produktivkraftsteigerung, Arbeitslosigkeit, Ableitung des Bankkapitals.

**17.30 - 18.00 Uhr:**

Pause

**18.00 – 19.00 Uhr:**

Monopolbildung, Monopolprofite, Folgen für die Gesellschaft.

**19.00 – 20.00 Uhr**

Abendessen,  
danach Klönen, Diskutieren, Kontakte verstärken usw.

Sonntag

**09.00 – 09.20 Uhr:**

Kurze Wiederholung: Formen der Mehrwertproduktion, Begriff produktiver Arbeit, allgemeines Gesetz der kapitalistischen Akkumulation, Monopolbildung.

**09.20 – 10.30 Uhr:**

Organische Zusammensetzung des Kapitals und Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate. Die allgemeine Krise des Kapitals.

**10.30 – 11.00 Uhr:**

Das Gesetz der ungleichen Entwicklung. Ausplünderung der Peripherie und die Entwicklung konkurrierender imperialistischer Zentren. Kriege der Zentren gegeneinander und um weltweite Einflusssphären.

**11.00 – 11.30 Uhr:**

Pause

**11.30 – 12.30 Uhr:**

Lenins Imperialismustheorie, darin Besonders: Das Finanzkapital, die Tatsache, dass es sich um faulenden, sterbenden Kapitalismus handelt und deshalb die Alternative vor der Tür steht: der Sozialismus.

**12.30 – 13.30 Uhr:**

Mittagspause

**13.30 – 14.30 Uhr:**

Literaturhinweise,  
Rückmeldungen zum Seminar. Danach: Heimreise.

**Drittes Seminar, September 2020:**

Samstag:

**12.00 – 14.00 Uhr:**

Wiederholung und Klärung offener Fragen der zweiten Etappe.

**14.00 – 14.30 Uhr**

Pause

**14.30 – 16.30 Uhr**

1. Marxistische Krisentheorie. Die zyklische Bewegung des Kapitals – oder: die Reproduktionszyklen und ihre Auswirkungen. Dabei zur Illustration evtl. Gruppenarbeit anhand der Statistiken der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung der BRD, dabei besonderes Augenmerk auf die Geschichte der letzten tiefen Krise, also die Krisenentwicklung von 2007/8 und die Entwicklung bis heute.

2. Aktuelle Internationalisierung des Krisengeschehens bezogen auf Europa und die USA. Darin evtl. Gruppenarbeit anhand der Daten ausgewählter anderer Staaten (Italien, Spanien, Griechenland, USA). Deutschland als Gewinner.

**16.30 – 17.00 Uhr:**

Pause

**17.00 – 18.00 Uhr**

Andere kapitalistische Krisenformen: Strukturkrisen, Rohstoffkrisen, Absatzkrisen, Finanzkrisen (Bankencrash).

**18.00 – 19.00 Uhr**

Abendessen.

**19.00 – 21.00 Uhr:**

Eventuelle Publikationsprojekte

Sonntag:

**09.00 -10.30 Uhr**

Der deutsche Imperialismus. Vorgeschichte des 1. Weltkrieges. Vorgeschichte des 2. Weltkrieges.

Die Nachkriegsordnung.

**10.30 – 11.00 Uhr**

Pause

**11.00 – 12.00 Uhr**

Der deutsche Imperialismus seit 1989.

**12.00 – 12.45 Uhr**

Mittagspause

**12.45 – 14.00 Uhr**

**14.00 – 14.30 Uhr**

Literaturhinweise,

Rückmeldungen zum Seminar, danach: Heimreise.

### **Viertes Seminar, Dezember 2020:**

Samstag

**12.00 – 12.30 Uhr:**

Organisatorisches.

**12.30 – 13.30 Uhr:**

Johann und Frank: Wiederholung und Klärung offener Fragen der dritten Etappe.

**13.30 – 14.15 Uhr:**

Frank: Die Funktion von IWF, Weltbank und EZB. Die aktuelle Situation der imperialistischen Konkurrenz, die Frage der „Weltwährung“. Die aktuellen Machtblöcke: Deutsch-Europa, USA, Russland, China. Rolle der Gegengründungen: BRICS-Staaten, Schanghai-Staaten, Alba.

**14.15 – 14.45 Uhr:**

Pause

**14.45 – 16.00 Uhr**

Frank: Staatstheorie – der Staat überhaupt, und: der bürgerliche Staat

Was ist ein Staat, ab wann gibt es ihn in der Menschheitsgeschichte und warum.

Funktionen des bürgerlichen Staates (Recht, allgemeine Produktionsbedingungen, Aufrechterhaltung des Systems). Formen des bürgerlichen Staates. Dabei ausführlich die parlamentarische Demokratie. Integrationsfunktion des Parlamentarismus. Illusionen in den Parlamentarismus. Rekurs auf die Mystifizierung der Oberfläche des Kapitals.

Kritik des Reformismus und der Illusion vom „parlamentarischen Weg“. (D.h. des „Demokratischen Sozialismus“, des „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“, warnende Beispiele: Chile, Nicaragua, heute in Gefahr: Venezuela). Bedeutung und Überschätzung der Erklärung der „Menschenrechte“ und der UNO.

**16.00 – 16.30 Uhr:**

Kaffeepause.

**16.30 – 18.30 Uhr:**

Frank: Politische Ökonomie des Sozialismus, theoretische Grundlagen, erster Teil:

Überwindung des Kapitalismus/Imperialismus = Kommunismus. Warum gibt es keine andere Lösung? Systemanalyse versus jeglicher Reformversuche.

Definition Kommunismus, Definition Sozialismus.

Vergesellschaftung der Produktionsmittel. Voraussetzung dafür: Erringen der politischen Macht der Arbeiterklasse, (wie? Durch Zerschlagen der alten Staatsmaschinerie und Aufbau eigener Machtorgane), d.h. politische und ökonomische Entmachtung der Kapitalistenklasse, d.h. deren Enteignung, d.h. Eliminieren der Bourgeoisie als Klasse. Neue Wirtschaftsform: Planwirtschaft.

Planwirtschaft = es herrscht nicht das Wertgesetz, sondern eine von Menschen für Menschen gestaltete Ökonomie, d.h. die Ökonomie wird das erste Mal in der Geschichte der Menschheit dem menschlichen Willen zugänglich (natürlich bei Berücksichtigung der grundlegenden Wirtschaftsgesetze, vor allem der Reproduktion und der Produktivkraftsteigerung).

Planwirtschaft = Volkswirtschaft versus Betriebswirtschaft, es zählt nicht die Rentabilität eines Betriebes, sondern die Rentabilität der gesamten Volkswirtschaft. Planwirtschaft = Wirtschaftsdemokratie. Der Begriff „Demokratie“. Kein Plan ohne Mitwirkung des Volkes an seiner Gestaltung. Demokratie ist der Planwirtschaft wesenseigen. Das ist wirkliche Demokratie. Vergleich parlamentarische Demokratie und sozialistische Demokratie.

**18.30 – 19.30 Uhr:**

Abendessen.

**19.30 – ca. 21.00 Uhr:**

Frank: Politische Ökonomie des Sozialismus, theoretische Grundlagen, zweiter Teil: Der Staat im Sozialismus. Ökonomie und Staat. Der Staat wird Gesellschaft. Rolle des Zentralismus (Zentralismus als Bedingung für das spätere „Absterben“ des Staates im Kommunismus).

Funktion des Geldes im Sozialismus. Funktion des Arbeitslohns im Sozialismus. Rolle der Partei. (Verschmelzung oder Trennung von Staat und Partei?) Klassenkampf im Inneren. Klassenkampf von außen.

Sonntag

**09.00 – 09.30 Uhr:**

Frank: Kurze Wiederholung vom Samstag.

**09.30 – 11.00 Uhr:**

Michael: Praxis des Sozialismus in der UdSSR, erster Teil: Der Aufbau

Die Neue Ökonomische Politik. Die Kollektivierung der Landwirtschaft. Die Industrialisierung. Der Klassenkampf im Land und in der Partei. Die Masseninitiativen. Der Sieg im 2. Weltkrieg.

**11.00 – 11.30 Uhr**

Pause

**11.30 – 13.00 Uhr:**

Gregor: Praxis des Sozialismus in der UdSSR, zweiter Teil: Der Abbau der Planwirtschaft und die Konterrevolution

Analyse des Rückbaus der Planwirtschaft in der Sowjetunion seit 1953: Die Ära Chruschtschow, die Kossygin-Reformen, Gorbatschows Perestroika, die Konterrevolution. Hinweis auf das Revisionismusproblem, das beim nächsten Seminar behandelt werden wird.

**13.00 – 14.00 Uhr:**

Mittagspause

**14.00 – 14.30 Uhr:**

Literaturhinweise,

Rückmeldungen zum Seminar, danach Heimreise.

**Fünftes Seminar: März 2021**

Samstag

**12.00 - 12.30 Uhr:**

Begrüßung, Organisatorisches.

**12.30 - 13.30 Uhr:**

Gregor, Michael und Frank: Wiederholung und Klärung offener Fragen der vierten Etappe.

**13.30 - 14.00 Uhr:**

Pause

**14.00 - 16.00 Uhr:**

Jürgen: DDR, der Aufbau

Gründung der DDR (und vorher der SED), das Brechen des Bildungsmonopols, die Lösung der Landwirtschaftsfrage, die Sozialpolitik, die Jugendpolitik, die Friedenspolitik, die internationale Solidarität.

**16.00 - 16.30 Uhr:**

Pause

**16.30 - 18.30 Uhr:**

Johann: DDR, die Konterrevolution

Erstarken des Revisionismus in der SED, Opportunismus, Wirtschaftsprobleme, Zerstörung der DDR.

**18.30 - 19.30 Uhr:**

Abendessen

**19.30 Uhr bis 21.00:**

Frank: Einleitung: Das Revisionismusproblem.

Heinz: Lenin zum klassischen Revisionismus.

Frank: Der moderne Revisionismus – auf politischer Ebene und auf ökonomischer Ebene. Der Anti-Stalinismus.

Sonntag:

**09.00 – 9.40 Uhr:**

Jürgen, Johann, Heinz und Frank: Kurze Wiederholung vom Vortag (jeder 10 Minuten!)

**9.40 – 11.00 Uhr:**

Imdat: Die typischen Einfallsstore des Revisionismus

**11.00 – 11.30 Uhr:**

Pause

**11.30 – 13.00 Uhr:**

Frank: Die Verbrechen des Revisionismus

Tafelbild auf Zuruf, Strukturierung durch den Referenten.

**13.00 – 14.00 Uhr:**

Mittagspause

**14.00 - 14.30 Uhr:**

Literaturhinweise, Rückmeldung über das Seminar, Heimreise.

**Sechstes Seminar Juni 2021:**

Samstag:

**12.00 - 12.30 Uhr:**

Begrüßung, Organisatorisches.



**12.30 - 13.30 Uhr:**

Wiederholung und Klärung offener Fragen der fünften Etappe.

**13.30 - 14.00 Uhr:**

Pause

**14.00 - 15.00 Uhr:**

Frank: Parteitheorie, Teil 1: Der Weg zur Organisation der Klasse: Die Partei. Klassen und Klassenkampf, Klasse an sich und Klasse für sich. Notwendigkeit der Partei. Wissenschaft und Partei.

**15.00 – 15.45 Uhr:**

Michael: Parteitheorie, Teil 2: Kaderpartei oder Massenpartei? Die Partei und die Theoriebildung. Der demokratische Zentralismus. Fraktionsverbot. Parteidisziplin. Kampfformen.

**15.45 – 16.15 Uhr:**

Pause

**16.15 – 17.30 Uhr:**

Frank: Strategische Probleme der kommunistischen Partei (und der kommunistischen Weltbewegung):

Proletarischer Internationalismus, Dialektik von Reform und Revolution, Partei und Gewerkschaften, Bündnispolitik: Punktuelle Bündnisse, Aktionseinheit, Einheitsfront und Volksfront. Der Kampf gegen die Sozialdemokratie und die historischen Erfahrungen mit der Einheitsfronttaktik. Das Revisionismusproblem.

**17.30 – 18.30 Uhr:**

Johann: Geschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland

**18.30 – 19.30 Uhr:**

Abendessen

**19.30 - 21.00 Uhr:**

Heinz: Lenins Revolutionstheorie.

Sonntag:

**09.00 – 11.00 Uhr:**

Frank: Kriterien für kommunistische Agitation und Propaganda, abgeleitet aus den Mystifizierungen der Oberfläche des Kapitals und der Fetischbildungen sowie den Illusionen in die parlamentarische Demokratie.

**11.00 – 11.30 Uhr:**

Pause

**11.30 Uhr - 12.15 Uhr:**

In Kleingruppen: Exemplarische Analysen vorhandener historischer und aktueller Beispiele für kommunistische Agitation und Propaganda, Reflexion, Kritik und Verbesserung.

**12.15 – 12.45 Uhr**

Frank: Vorstellung der Gruppenarbeitsergebnisse.

**13.00 – 13.45 Uhr:**

Mittagessen

**13.45 – 14.30 Uhr:**

Wie weiter?

**14.15 - 14.45 Uhr:**

Literaturhinweise, Rückmeldung über das Seminar, Aufräumen, Heimreise.

**Siebentes und letztes Seminar (September 2021):**

Samstag

**12.00 - 12.30 Uhr:**

Begrüßung, Organisatorisches.

**12.30 - 14.00 Uhr:**

Wiederholung und Klärung offener Fragen der sechsten Etappe.

**14.00 - 14.30 Uhr:**

Pause

**14.30 – 15.15 Uhr:**

Frank: Die Reaktionen einiger europäischer Kommunistischer Parteien auf den XX. Parteitag der KPdSU

**15.15 – 16.00 Uhr**

Frank: Überblick über die Entwicklung in den RGW-Staaten. Weichenstellungen vor allem vom II. Weltkrieg bis Anfang der 60er Jahre.

**16.00 – 16.30 Uhr:**

Pause

**16.30 – 17.30 Uhr:**

Anti-Imperialismus und anti-imperialistische Kämpfe, 1. Teil: Der II. Weltkongress der Kommunistischen Internationale über die nationale und koloniale Frage.

**17.30 – 19.30 Uhr**

Anti-Imperialismus und anti-imperialistische Kämpfe, 2. Teil: ausgewählte historische Beispiele, z.B.: Korea, Vietnam, Palästina, Angola.

**19.30 – 20.30 Uhr:**

Abendessen

**20.30 – 21.30 Uhr:**

Frank (Moderation): Unsere eventuellen Publikationsvorhaben

Sonntag

Thema: Der aktuelle Zustand der kommunistischen Bewegung in Deutschland.

**09.00 – 10.30 Uhr:**

Von Zentrismus und Revisionismus beeinflusste Vereinigungen (was nicht heißen soll, dass es dort nicht auch hervorragende Kommunisten gibt)

**10.30 – 10.45 Uhr:**

Pause

**10.45 – 11.00 Uhr:**

Die Reste von Trotzismus und Spät-Maoismus

**11.00 – 12.00 Uhr:**

Der anti-revisionistische Teil der kommunistischen Bewegung in Deutschland

**12.00 – 12.15 Uhr:**

Pause

**12.15 – 13.15 Uhr:**

Frank (Moderation): Was tun? Fragen der Kooperation der Organisationen.

Dabei auch: Zukunft des Fernstudiums, Organisation von Referenten- und Teamer-  
ausbildung.

**13.15 – 14.00 Uhr:**

Mittagspause

**14.00 – 14.45 Uhr:**

Rückmeldung über das Seminar und über das gesamte Fernstudium, Heimreise.

---

Frank Flegel, Gerhart-Hauptmann-Str. 14,  
37194 Bodenfelde-Wahmbeck  
Postvertriebsstück,  
DPAG, H 14360  
**Entgelt bezahlt**